

INHALT

VORWORT

*Zu diesem Heft* ..... 579

ARTIKEL

HANS MOMMSEN: Julius Leber und der deutsche Widerstand gegen Hitler ..... 581

BERND FAULENBACH: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Erinnerung?  
*Das Bild vom deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus nach  
den Erfahrungen von Teilung und Umbruch* ..... 589

WERNER BRAMKE: Das Bild vom deutschen Widerstand gegen den  
Nationalsozialismus im Lichte unterschiedlicher Erfahrungen von  
Teilung und Umbruch ..... 597

OLAF GROEHLER: Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre  
Verbände in der deutschen Nachkriegsgesellschaft ..... 605

JÜRGEN DANYEL: Bilder vom „anderen Deutschland“:  
*Frühe Widerstandsrezeption nach 1945* ..... 611

ARND BAUERKÄMPER: Der verlorene Antifaschismus.  
*Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944  
bei der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone* ..... 623

INES REICH: Geteilter Widerstand.  
*Die Tradierung des deutschen Widerstandes in der  
Bundesrepublik und der DDR* ..... 635

FRANK STERN: Wolfsschanze versus Auschwitz.  
*Widerstand als deutsches Alibi?* ..... 645

DISKUSSION

PETER STEINBACH: Teufel Hitler – Beelzebub Stalin?  
*Zur Kontroverse um die Darstellung des Nationalkomitees Freies Deutschland  
in der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“  
in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand* ..... 651

*Zu diesem Heft*

50 Jahre nach dem 20. Juli 1944 ist die Geschichte des deutschen Widerstandes erneut zu einem Gegenstand heftiger Kontroversen geworden. Durch Stimmen, die eine politische Segmentierung der Opposition gegen Hitler fordern und auf eine Ausgrenzung der kommunistischen Widerstandstradition zielen, ist die Widerstandshistoriographie im besonderen Maße herausgefordert. Hat sie sich doch in den siebziger und achtziger Jahren in Ost und West mit wachsender Souveränität der gesamten politischen und sozialen Breite des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus versichert. Als historisches Datum muß der 20. Juli auch weiterhin ein Anlaß zur Erinnerung an den gesamten Widerstand bleiben. Er gehört dem nationalkonservativen Widerstand und der militärischen Opposition ebenso wie der „Weißen Rose“; dem Widerstand der Arbeiterbewegung, der Kirchen, dem Exil, dem jüdischen Widerstand und den Aktionen einzelner. Mit ihm verbindet sich auch die unteilbare Erinnerung an das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, an die „Rote Kapelle“, an jene, die aus der Wehrmacht desertierten, und an die Schindlers, die durch ihre Hilfe für Bedrängte ein Stück Menschlichkeit bewahrten.

Zu neuerlicher moralischer Überhöhung der Opposition gegen das NS-Regime besteht kein Anlaß. Der Widerstand hat nicht das Ende der nationalsozialistischen Diktatur herbeigeführt und er hat die Verbrechen des Regimes bis hin zum industriell betriebenen Massenmord an den Juden nicht verhindert. Er war das Aufbegehren einer kleinen Minderheit gegenüber einer Mehrheit, die das Regime bis zu seinem durch die Alliierten erzwungenen Ende getragen hat.

Die Erinnerung an den Widerstand nach den Erfahrungen von Teilung und Umbruch verdeutlicht zugleich, welche tiefen Spuren der unterschiedliche Umgang mit dem Widerstand in beiden deutschen Staaten im öffentlichen historischen Bewußtsein hinterlassen hat. Der Antifaschismus in der DDR und der antitotalitäre Konsens der Bundesrepublik bilden komplementäre Muster einer Instrumentalisierung des Widerstandes für legitimatorische Absichten. Jenseits dieser Geschichte der durch Konkurrenz und Konfrontation bedingten Verengungen gilt es, in Ost und West eine Erfahrungsgeschichte unterschiedlicher Aneignungsformen der Widerstandstradition zu entdecken, mit der sich jeweils spezifische Prägungen, Sozialisationsmuster, Geschichtsbilder und nicht selten alternative Entwürfe verbinden. Mit ihrer Rekonstruktion könnte eine plurale Erinnerungsarbeit gefördert werden, die diese Unterschiede nicht einebnet, sondern produktiv macht – eine Erinnerung an den Widerstand, die nicht auf vordergründige Harmonisierung und Identitätsstiftung zielt.

Die Beiträge dieses Heftes widmen sich vorwiegend Fragen des Umgangs mit dem Widerstand in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in beiden deutschen Staaten und im vereinten Deutschland. Angesichts der geschilderten Diskussionslage ist dies kein Zufall. In der Mehrzahl handelt es sich um Beiträge einer gemeinsam von den Landeszentralen für politische Bildung in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen veranstalteten Tagung zum Thema „Das andere Deutschland. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Mythos und Vermächtnis“, die vom 23. – 24. Juni 1994 in Potsdam stattfand.

Hans Mommsen erinnert mit seinem biographischen Porträt Julius Lebers daran, daß die Öffnung gegenüber dem Widerstand der Arbeiterbewegung bereits mit der Geschichte des 20. Juli 1944 verbürgt ist. Bernd Faulenbach und Werner Bramke diskutieren die Möglichkeit einer

gemeinsamen Erinnerung an den Widerstand und deren durch die deutsche Zweistaatlichkeit bedingte Voraussetzungen. Olaf Groehler, Jürgen Danyel und Arnd Bauerkämper dokumentieren die Rezeption des Widerstandes in der Nachkriegszeit und die sie begleitenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Ines Reich vergleicht die Aufarbeitung des Widerstandes in beiden deutschen Staaten und rekonstruiert damit die Grundzüge einer bis 1989 geteilten Erinnerung. Frank Stern analysiert mit Blick auf den 20. Juli die Wendungen des Geschichtsbewußtseins einer sich wiederfindenden deutschen Nation. Peter Steinbach greift in die erneut aufgeflamnte Debatte um das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und seine Präsenz in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ein und plädiert für eine ungeteilte Erinnerung an den Widerstand.

Wir danken allen Autoren und Beteiligten, die das Zustandekommen dieses Heftes in sehr kurzer Zeit ermöglicht haben. Es ist Bestandteil der Bemühungen, die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft als ein offenes Forum für Historiker unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Generationen zu entwickeln, um auf diesem Wege zur gerade erst begonnenen und nach wie vor gefährdeten inneren Vereinigung im Bereich der Geschichtswissenschaft beizutragen.

*Daniel Küchenmeister  
Jürgen Danyel*

## ARTIKEL

---

HANS MOMMSEN

### Julius Leber und der deutsche Widerstand gegen Hitler

In der Geschichte des deutschen Widerstands gegen Hitler nimmt Julius Leber, sozialdemokratischer Parteiführer in Lübeck, Herausgeber des „Lübecker Volksboten“ und Reichstagsabgeordneter seit 1924, einen unverwechselbaren Platz ein.<sup>1</sup> Roland Freisler, der berühmte Präsident des Volksgerichtshofs, nannte ihn abschätzig den „Lenin der deutschen Arbeiterbewegung“. Das war irreführend insofern, als Leber weder als Programmatischer noch als Berufsrevolutionär hervorgetreten war und sich stets für eine pragmatische, tatsachenorientierte Politik der SPD eingesetzt hatte. Das traf zu, wenn man die unbeugsame Standhaftigkeit, die innere Entschlossenheit und Willenskraft Lebers ins Auge faßt, die durch die Mißhandlungen und Entwürdigungen in der Gestapohaft nicht gebrochen werden konnten. Diese Eigenschaften ließen Leber als den gefährlichsten Gegenspieler des NS-Systems unter den Verschwörern des 20. Juli 1944 erscheinen. Den vernehmenden Gestapobeamteten wurde rasch klar, daß Leber nicht in die Kategorie der abgehalfterten Funktionäre paßte, daß er ein Mann aus dem Volke war, dessen Stimme bei der einfachen Arbeiterschaft gehört wurde, und daß er zu den ganz wenigen Verschwörern gehörte, die das Zeug dazu hatten, sich Vertrauen bei den Massen zu verschaffen.

Im Prozeß vor dem Volksgerichtshof im Oktober 1944 nahm Leber, von Freisler immer wieder am zusammenhängenden Sprechen gehindert, die volle Verantwortung für den Umsturzversuch auf sich; in knappen Worten deutete er die politischen Perspektiven für den Fall des geglückten Putsches an. Im Vordergrund stand die Beseitigung des nationalsozialistischen Gewaltregimes, und Leber äußerte wohl, daß er sich selbst mit dem Teufel verbünden würde, um es zu stürzen. Die eigentliche Ursache für die tiefe Krise, deren Anbruch er mit dem 4. August 1914 datierte und deren Endpunkt die nationalsozialistische Herrschaft darstellte, erblickte Leber in dem Fortbestehen eines Systems der sozialen Ungerechtigkeit, in der Beibehaltung historisch überwundener sozialer Privilegien und im Versagen eines Wirtschaftssystems, das in der Krise die Lasten einseitig auf die Schultern der arbeitenden und arbeitslosen Massen abwälzte. Eine künftige Gesellschaftsordnung müsse, wenn sie Stabilität erringen wolle, auf dem Vorrecht der Arbeit, nicht des Besitzes beruhen. Leber war daher entschlossen, nach dem Umsturz nicht bei dem politischen Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen des Widerstands stehen zu bleiben, sondern eine bewußt sozialistische Politik zu betreiben, die den Gedanken der „sozialen Demokratie“ auf volle Verwirklichung brachte. Dies bedeutete zugleich die Preisgabe des „Klassensozialismus“ und die Aufhebung der dadurch bedingten sozialen Verengung der SPD auf eine Berufspartei des Proletariats, deren Beibehaltung er der Weimarer Parteiführung zum Vorwurf machte.

Wie viele Angehörige seiner Generation glaubte Leber in einer grundlegenden geschichtlichen Wandlungsphase zu leben, die zu neuen gesellschaftlichen Gestaltungen hindrängte. Als entschiedener Republikaner hatte er sich konsequent für den Ausbau der demokratischen Grundlagen

---

<sup>1</sup> Statt der Einzelnachweise sei verwiesen auf H. Mommsen, Die Verschwörung des 20. Juli 1944 und die deutsche Arbeiterbewegung, in: K. Schönhoven/D. Staritz (Hrsg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 236 ff.; vgl. weiterhin D. Beck, Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983 (diese Publikation enthält im Anhang den Briefwechsel); Julius Leber. Schriften, Reden, Briefe, hrsg. v. D. Beck/W. F. Schoeller, München 1976 (diese Publikation ersetzt die nicht verlässliche Edition von A. Leber). Letzteres gilt auch für Lebers Beitrag „Die Todesursachen der deutschen Sozialdemokratie“, der damals unter dem verfälschten Titel „Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie“ in stark gekürzter Form erschien. Wichtige Belege finden sich auch bei E. Henk, Die Tragödie des 20. Juli 1944, Heidelberg 1946, sowie bei Helmuth James von Moltke, Briefe an Freya 1939–1945, hrsg. v. B. Ruhm von Oppen, München 1988.

der Weimarer Republik eingesetzt. Anders als der durchschnittliche sozialdemokratische Parteifunktionär war Leber nicht mit der traumatischen Spannung belastet, die zwischen der Übernahme von Regierungsverantwortung und dem Festhalten an der herkömmlichen Oppositionsrolle der Partei bestand. Er bewegte sich unbefangener innerhalb des komplexen politischen Kräftefeldes der Republik, und er kritisierte bitter, wie leichtfertig die Parteiführung Machtpositionen um eines ideologischen Purismus willen und in falscher Rücksichtnahme auf die Anhängerschaft preisgab. Mit guten Gründen verwarf er eine Politik, die vor lauter taktischen Erwägungen die große Linie aus den Augen verlor. Ebenso wie Carlo Mierendorff und Theodor Haubach strebte Leber anstelle einer überlebt erscheinenden Versammlungsdemokratie neue politische Formen an, die auf die Notwendigkeit „stimmungsmäßigen Glaubens in der Massenbewegung“ Rücksicht nahmen und das Feld symbolträchtiger Propaganda nicht allein den Nationalsozialisten überließen.

Lebers bittere Abrechnung mit der Weimarer Sozialdemokratie, die zugleich eine verzweifelte Selbstkritik darstellte, muß vor diesem Hintergrund gesehen werden. Die 1933 in der Haft verfaßte Schrift über die „Todesursachen der deutschen Sozialdemokratie“ enthielt eine polemische Zurechtweisung der sozialdemokratischen Führung, die es an Initiative, an Machtwillen, vor allem aber an einer Vision, die die Massen begeistern konnte, habe fehlen lassen. Im Rückblick beklagte er das Steckenbleiben der deutschen Revolution von 1918 und die mangelnde Entschiedenheit in der Durchsetzung sozialistischer Grundsätze im ökonomischen Bereich. Mit Recht wies er auf die Überalterung des Parteiapparats, auf die unzureichende politische Flexibilität der SPD-Spitzenfunktionäre, vor allem aber auf das Fehlen entschlossener Führungspersönlichkeiten hin. Diese Kritik war, so berechtigt sie im einzelnen immer sein mochte, problematisch, da sie gerade in außenpolitischer Beziehung illusionistischen Alternativen folgte. Sie wird erst verständlich, wenn sie im Zusammenhang mit Lebers Skepsis gegenüber dem parlamentarischen System von Weimar gesehen wird, das er im Grunde seit dem Ende der 20er Jahre nicht mehr für lebensfähig hielt.

Während der Untersuchungshaft 1933 stand Leber, abgeschnitten von zuverlässigen Informationen, vorübergehend unter dem Eindruck, daß es den Nationalsozialisten gelingen könne, zu einer epochalen Lösung der sozialen Frage zu gelangen. Aber er erkannte rasch, daß das NS-Regime die Vision eines „nationalen Sozialismus“ in nahezu jeder Beziehung in ihr Gegenteil verkehrte. Für Leber, der durch seine unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstags am 23. März 1933 erfolgende dauernde Inhaftierung an jeder aktiven politischen Einwirkungsmöglichkeit gehindert war, bedeuteten die Jahre im Gefängnis und Konzentrationslager eine tiefgreifende politische Orientierungskrise. Erst nach der Entlassung aus der Haft fand er im Kontakt mit Gustav Dahrendorf, Ernst von Harnack und Ludwig Schwamb die alte politische Entschlossenheit zurück. Der Freundeskreis, von dem lockere Verbindungen auch zu Leuschner liefen, blieb jedoch zunächst darauf beschränkt, frühere Kontakte wieder anzuknüpfen: Ein konspiratives Konzept entwickelte er nicht.

Die Erfahrungen in der Haft hatten Leber gelehrt, daß ein konspirativer Widerstand im Anschluß an die früheren Organisationen der Arbeiterbewegung nahezu aussichtslos war. Die übergroße Mehrheit der sozialdemokratischen Widerstandsgruppen hatte die erste Hälfte der 30er Jahre nicht überstanden. Die illegale KPD mußte immer wieder die schwersten Eingriffe der Gestapo hinnehmen. Faktisch gelangte sie über die Sicherung oder den Wiederaufbau des konspirativen Netzes nicht hinaus. Erwägungen, die Mierendorff, Leuschner und Leber mit einer Reihe von Gesinnungsgenossen 1938/39 zur Bildung einer alle politischen Richtungen umschließenden Einheitsfront anstellten, erwiesen sich als schlechthin undurchführbar. Trotz frühzeitiger Kontakte zu Leuschner und Mierendorff stieß Leber erst 1943 zu den Verschwörergruppen des 20. Juli.

Der Kontakt mit Goerdeler im Herbst desselben Jahres beschränkte sich auf einen Austausch von Informationen. Leber hielt sich mit einer Stellungnahme zu dessen Neuordnungsplänen be-

wußt zurück. Erst zu einem späteren Zeitpunkt traten die unterschiedlichen politischen Auffassungen beider Persönlichkeiten in den Vordergrund. Gleichzeitig bemühte sich Helmuth James von Moltke, Leber zur Mitarbeit an den Planungen des Kreisauer Kreises zu gewinnen, insbesondere nachdem Carlo Mierendorff 1943 einem Bombenangriff zum Opfer gefallen war. Moltke war bestrebt, in stärkerem Umfange Vertreter der Arbeiterschaft an den Kreisauer Beratungen zu beteiligen. Indessen wurde Moltke mit Leber – für den er den bezeichnenden Decknamen „Neumann“ verwandte – nicht recht warm, da sich dieser nur zögernd zu den Kreisauer Neuordnungsvorstellungen äußerte und eine sachliche Distanz dazu hielt. So sehr Leber mit dem Grundmotiv Moltkes, Trotts und Delps, eine sozial gerechte humane Ordnung zu verwirklichen, übereinstimmte, so wenig konnte er mit dem Gedanken der „kleinen Gemeinschaften“ etwas anfangen, der den Kreisauer Plänen zugrunde lag. Er mochte das Grundprinzip teilen, das darin bestand, die Verantwortungsbereitschaft der Individuen zu aktivieren; jedoch dachte er zu pragmatisch, um darin ein gesellschaftspolitisches Ordnungselement zu erkennen und auf zentrale Zusammenfassung der politisch verantwortlichen Kräfte zu verzichten. Während die bürgerlichen Verschwörer, vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Massenmobilisierung, bestrebt waren, überschaubare politische Einheiten zu schaffen, in denen die Einzelpersonlichkeit zum Zuge kam, hatte Leber keine Scheu vor zentral geführten Massenorganisationen.

Leber war kein politischer Theoretiker. Als konsequenter Gegner des Nationalsozialismus empfand er nicht den eigentümlichen Legitimationszwang der national-konservativen Verschwörer, der sich darin äußerte, dem NS-System eine umfassende gesellschafts- und verfassungspolitische Alternative gegenüberzustellen, wenngleich er mit ihnen darin übereinstimmte, daß man nicht einfach zum Weimarer Parlamentarismus zurückkehren konnte, der politisch versagt hatte. Er kümmerte sich weniger um alternative Konzepte als darum, die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Umsturzversuch zu schaffen. In dieser Einstellung traf er mit Fritz-Dietlof von der Schulenburg überein, der im Hintergrund als unermüdlicher Motor der Staatsstreichplanung tätig war. Schulenburg hatte einen Teil seiner Gymnasialzeit an dem berühmten Lübecker Catharineum verbracht und stand in Kontakt mit dem damaligen Schulleiter, Georg Rosenthal, dem Schwiegervater Julius Lebers. Diese indirekte persönliche Beziehung erleichterte es Leber, mit dem preußischen Aristokraten von der Schulenburg in Gedankenaustausch zu treten. Schulenburg ergriff die Initiative, den immer noch zögernden Leber mit Claus Schenk von Stauffenberg in Verbindung zu bringen.

Es ist ein bemerkenswertes biographisches Detail in der Geschichte des 20. Juli, daß sich zwischen Leber und Stauffenberg spontan ein enges Verhältnis herstellte, das rasch freundschaftlichen Charakter annahm. Was die soziale Herkunft und politische Heimat des schwäbischen Hocharistokraten einerseits und des elsässischen Sozialrepublikaners andererseits anging, konnte man sich kaum einen größeren Gegensatz vorstellen. Eine Brücke bildete Lebers militärische Laufbahn, die kennzeichnenderweise 1920 ihr Ende fand, weil sich der Offizier Leber aktiv für die republikanische Verfassung ausgesprochen hatte. Zugleich war er im Wehrausschuß des Reichstags und auf dem Kieler und Magdeburger Parteitag nachdrücklich für eine realistische und positive Wehrpolitik der Republik eingetreten. Auch in der ausgeprägt nationalen Grundeinstellung stimmten beide Persönlichkeiten überein.

Es spricht vieles dafür, daß Stauffenberg und Leber jeweils in dem anderen Eigenschaften fanden, die ihnen selbst abgingen. Leber war von der Prägnanz und Direktheit, der manchmal sarkastischen Offenheit des hohen Generalstäblers fasziniert, der gelernt hatte, die militärischen und politischen Realitäten nüchtern zur Kenntnis zu nehmen. Das galt nicht minder für Leber, der sich von seinen großdeutschen Hoffnungen wie seiner Liebe für Elsaß-Lothringen angesichts der aussichtslosen außenpolitischen Lage des Reiches frei machte und mit Stauffenberg Goerdelers außenpolitischen Illusionismus kritisierte. Stauffenbergs Verzicht auf Förmlichkeit im Umgang, seine Neigung, direkt zur Sache zu kommen, widersprach gänzlich dem Bild, das

sich Leber vom aristokratischen Offizier der preußisch-deutschen Armee gemacht hatte, und dies wie dessen unbeugsame Entschlossenheit zu handeln fanden seine uneingeschränkte Sympathie. Mißtrauen, wie es bei Hermann Maass, dem engen Mitarbeiter Leuschners, durchbrach und in der Befürchtung Ausdruck fand, daß es Stauffenberg nur um die Sicherung der Privilegien einer überkommenen Elite zu tun sei, war bei Leber auch im Ansatz nicht sichtbar.

Umgekehrt brachte Stauffenberg dem Arbeiterführer Leber größte Hochachtung entgegen. Abgesehen von der gemeinsamen Verbundenheit im Handeln spielte dabei mit, daß Stauffenberg erkannt hatte, daß es im Umsturzfall auf die Haltung der Arbeiterschaft entscheidend ankommen werde. In Leber glaubte er den Volksführer gefunden zu haben, der den von ihm als tragisch empfundenen historischen Zwiespalt zwischen Armee und Arbeiterschaft würde überbrücken können. Stauffenbergs Äußerung, daß die Armee als die konservativste wie am meisten volksverbundene Einrichtung den Fehler von 1918, sich in offenen Gegensatz zur Arbeiterschaft gestellt zu haben, nicht wiederholen dürfe, zeigt, wie stark er von den Erfahrungen von 1918/19 geprägt war. Gerade in diesem Punkte konnten Leber und Stauffenberg zueinander finden.

Stauffenberg wollte eine Neuauflage des bloßen Militärputsches, wie dies 1920 mit Kapp und Lüttwitz der Fall gewesen war, unter allen Umständen vermeiden. Er war überzeugt, daß Leber die notwendige politische Integration nach dem Staatsstreich bewerkstelligen könne, was er bei Goerdeler nicht ganz zu Unrecht bezweifelte. Daher faßte Stauffenberg die Möglichkeit ins Auge, Leber zum Reichskanzler zu machen, was dieser jedoch ablehnte, wobei wohl auch der Gedanke mitspielte, die Kräfte der Arbeiterbewegung nicht durch die volle Verantwortung für die Übergangsregierung zu früh zu verbrauchen.

Sowohl Stauffenberg wie Leber stand das Vorbild der deutschen Erhebung von 1813, die Entfesselung eines Volksaufstands, vor Augen, während den älteren Verschwörern wie Goerdeler und Beck die preußische Reform als historisches Leitbild vorschwebte. Im Zusammenhang damit stand auch die Frage des Verhältnisses zum kommunistischen Widerstand. Es ist unzweifelhaft, daß Leber und Stauffenberg niemals daran gedacht haben, das in der Unconditional Surrender-Forderung der westlichen Alliierten bestehende Dilemma des deutschen Widerstands durch einen Separatfrieden mit der Sowjetunion zu umgehen. Gisevius' gegenüber dem amerikanischen Geschäftsträger in Zürich, Allan Dulles, erhobene Verdächtigungen, Stauffenberg strebe eine Arbeiter- und Bauernregierung an, entbehrten jeder Grundlage. Wohl aber stimmte Stauffenberg Leber in der Auffassung zu, daß es notwendig war, eine Verständigung mit der kommunistischen Widerstandsbewegung herbeizuführen und gegebenenfalls zu einem Stillhalteabkommen zu gelangen. Zusammen mit Adolf Reichwein entschloß sich Leber zu einem Treffen mit der Saefkow-Gruppe, das am 5. Juli 1944 zu seiner Verhaftung führte. Die im Lager des Widerstands umstrittene Initiative war vom engeren Verschwörerkreis um Stauffenberg ausdrücklich begrüßt worden, während Goerdeler dagegen Einspruch erhob.

Obwohl sich Leber an den Umsturzplanungen des Kreisauer und des Goerdeler-Kreises nicht unmittelbar beteiligte, gewann er durch die Verbindung zu Schulenburg und Stauffenberg eine Schlüsselposition. Dies hing mit der Erwartung zusammen, daß Leber in der Lage sein würde, die sozialdemokratisch eingestellte Arbeiterschaft hinter sich zu bringen. Von den in der Widerstandsbewegung des 20. Juli tätigen Sozialisten – Leuschner, Maass, Mierendorff, Haubach, Reichwein – verfügte er ohne Zweifel über die stärkste politische Begabung. Leuschner, der sich lange Zeit als der führende Repräsentant des ehemals sozialistischen Lagers empfand, fungierte in den Planungen des Goerdeler-Kreises in erster Linie als Gewerkschaftler. Das dann auch vom Kreisauer Kreis widerwillig akzeptierte Modell der „Deutschen Gewerkschaft“, das in starkem Maße an der DAF orientiert war, zugleich den schon im April 1933 vom Führerrat der Gewerkschaften beschlossenen Gedanken der Gewerkschaftseinheit konsequent zu Ende führte, ließ eine getrennte politische Interessenvertretung der Arbeiterschaft – also die Schaffung einer sozialistischen Partei – weitgehend als überflüssig erscheinen.

Leber stand den korporativistischen Konzepten der Goerdeler-Gruppe mit großer Skepsis gegenüber, zumal Leuschner den christlichen und nationalen Gewerkschaftlern, darunter Jakob Kaiser, Theodor Brauer und Max Habermann, beträchtliche programmatische Konzessionen gemacht hatte. Darüber hinaus zweifelte er nicht ganz zu Unrecht daran, daß die für die Führung des Gewerkschaftsapparats von Leuschner vorgesehenen früheren Funktionäre noch verfügbar und in einer Umsturzsituation verwendbar waren. Seine Kritik an der Überalterung der vorgesehenen Kader übersah freilich, daß es keine Alternative dazu gab, als auf das aus der späten Weimarer Zeit vertraute politische Personal zurückzugreifen. Die Spannung, die gegenüber Leuschner bestand und die immer wieder durch den Appell an die sozialistische Solidarität überbrückt wurde, beruhte nicht zuletzt auf Lebers Mißtrauen gegen bloß bürokratische politische Lösungen, und daran krankte die Gewerkschaftsplanung in der Tat.

Die Persönlichkeit Julius Lebers trat nicht zufällig zu einem Zeitpunkt in das Zentrum der von den an der Vorbereitung des 20. Juli beteiligten Gruppierungen geführten Beratungen, an dem sich mit dem Auftreten des Nationalkomitees Freies Deutschland bei den national-konservativen Verschwörern die Erkenntnis durchsetzte, daß neben die militärische Staatsstreichplanung und die Festlegung der Regierungslisten eine demokratische Absicherung der Übergangsregierung treten mußte. Während man ursprünglich daran dachte, den Machtübergang in autoritärem Rahmen, also ohne Beteiligung der politischen Kräfte, zu vollziehen, brach sich die Erkenntnis Bahn, daß es notwendig sei, eine demokratische Volksbewegung ins Leben zu rufen, die zugleich als Gegenkraft zum Kommunismus fungierte. Der Gedanke, eine überparteiliche Volksbewegung zu begründen, ging vor allem auf Carlo Mierendorff zurück, der noch vor seinem Tode ein vorläufiges Programm formuliert hatte, das in starkem Umfang christliche Überlieferungen reaktivierte, aber als „Sozialistische Aktion“ firmierte und betont sozialistische Zielsetzungen enthielt. Über die programmatische Ausrichtung der zu schaffenden Volksbewegung kam es in den Monaten vor dem Umsturz zu teilweise scharfen Auseinandersetzungen zwischen Leber und der Gewerkschaftsgruppe. Eine Verständigung konnte vor dem 20. Juli 1944 nicht mehr herbeigeführt werden.

Leber, der sich gegen die Preisgabe sozialdemokratischer Traditionen aussprach, reagierte weniger aus grundsätzlichen als aus praktisch-politischen Erwägungen gegen eine übermäßige Herausstellung christlicher Elemente. Sollte die Volksbewegung die Funktion erfüllen, nicht nur die Reste der NSDAP zu neutralisieren, sondern auch ein Gegengewicht gegen die zu erwartende starke kommunistische Bewegung zu schaffen, so mußte von einer pointiert christlich-konfessionellen Programmatik Abstand genommen werden. Das galt um so mehr, als die Kommunisten mit einem betont national gefärbten Volksfrontprogramm hervortreten würden. Zudem erkannte Leber, daß angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs mit dem Einfluß des Londoner Exil-Parteivorstands der SPD gerechnet werden mußte. Eine Planung im politisch „luftleeren“ Raum, wie sie für die Anfangsstufen der Verschwörung kennzeichnend war, erwies sich als vollends unmöglich.

Innerhalb der Widerstandskreise des 20. Juli bestand Konsens darüber, Julius Leber das Ministerium des Innern anzubieten. Ursprünglich war Fritz-Dietlof von der Schulenburg dafür vorgesehen gewesen. Er brachte von sich aus den Vorschlag ein, als Staatssekretär des Innern unter Leber zu fungieren. Zusammen mit Leber traf er umfangreiche Vorarbeiten zur Übernahme des Rundfunks und der Presse durch die provisorische Regierung. Leber stimmte einer solchen Lösung mit Goerdeler als Kanzler und Beck als Reichspräsidenten zu. Hingegen war Leuschner, bei aller Loyalität zu Goerdeler, skeptisch, ob dessen Kanzlerschaft angesichts der veränderten politischen Gesamtsituation – sowohl in Italien wie in Frankreich hatte die kommunistische Bewegung verstärkten Einfluß gewonnen – noch realistisch war. Die stärksten Einwände kamen jedoch von den Vertretern des Kreisauer Kreises, die gegen Goerdelers liberalkapitalistisches Wirtschaftsprogramm opponierten. Peter Yorck von Wartenburg sprach geradeheraus von einer

Kerenski-Lösung, die quer zu den Erwartungen stand, die Kreisau von der anzustrebenden politischen Neuordnung hatte, und die den Druck von links nicht würde abfangen können.

In den letzten Monaten vor dem schließlich nach vielen Anläufen stattfindenden Attentat gehörte Leber zu der engeren Verschwörergruppe im Umkreis Stauffenbergs. Dieser entschloß sich zu der unverzüglichen Durchführung des Attentats auch unter dem Eindruck, Leber nicht entbehren zu können. Gerade was die Analyse der innenpolitischen Kräftekonstellation anging, übte Leber einen nachhaltigen Einfluß auf Stauffenberg aus. Im Unterschied zu Goerdeler machte sich der engere Kreis nun keinerlei Illusionen über die diplomatischen Möglichkeiten der Verschwörer mehr. Leber stimmte der personellen Zusammensetzung des Kabinetts jedoch nur unter der Voraussetzung zu, daß es noch vor der bevorstehenden militärischen Niederlage Deutschlands zustandekommen würde. Andernfalls sah er keine andere Möglichkeit, als mit einem eindeutig sozialistischen Programm hervorzutreten, zumal darin die einzige Chance lag, den durch die Rote Armee verstärkten kommunistischen Druck in Grenzen zu halten.

All dies beleuchtet die nahezu aussichtslose Lage der Verschwörung des 20. Juli 1944. Trotzdem den Versuch gemacht zu haben, das nationalsozialistische Regime von innen heraus zu stürzen, bleibt ein entscheidendes Verdienst, an dem Leber maßgeblichen Anteil hatte. Über seine politischen Vorstellungen in dieser Spätphase des Widerstands sind wir in der Regel nur indirekt, häufig nur durch die Vernehmungen der Gestapo, unterrichtet. Leber vermied es, zu verfassungspolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Er tendierte zu einem demokratischen Führertum, das plebiszitäre Züge trug. Sein soziales Republikanertum war am Prinzip der Herstellung umfassender sozialer Gerechtigkeit und an der Aufspaltung der Klassengrenzen ausgerichtet. In manchem enthielt es Elemente des Jakobinismus, wie überhaupt in seiner politischen Vorstellungswelt die Erfahrung der republikanischen Traditionen Frankreich eine wichtige Rolle spielte. Sein ausgeprägter Patriotismus hinderte ihn jedoch nicht daran, den außenpolitischen Realitäten Rechnung zu tragen. War er einerseits Vorkämpfer des sozialen Rechts, so verkannte er andererseits nicht die Notwendigkeiten staatlicher Macht.

Gerade unter den schwierigsten Haftbedingungen nach dem 20. Juli erinnerte sich Leber immer wieder an die Lübecker Arbeiterschaft, die ihn, als er bereits im Gefängnis saß, einstimmig zum Vorsitzenden gewählt hatte. Nach jahrelanger Demütigung in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Dritten Reiches ging er den Weg in den aktiven Widerstand nicht aus politischem Illusionismus, sondern weil er sich der Solidarität mit der Arbeiterschaft, die ihn gewählt hatte, verbunden und verpflichtet fühlte. Den Lübecker Arbeitern ließ er ausrichten, er habe getan, was in seiner Macht stünde. Weit stärker als früher fühlte er die Verbundenheit mit Lübeck, das er als seine wirkliche Heimat empfand, wenn er auch nach 1933 nicht mehr dorthin zurückgekehrt war.

Julius Leber war wortkarg, zurückhaltend und jedem falschen Lob gegenüber skeptisch. Hinter der machtvollen Gestalt verbarg sich ein sensibler Charakter. Nicht Heroismus und Draufgängertum, sondern Pflichtgefühl und der Wille zur Wahrung der eigenen Identität bestimmten sein Handeln im Widerstand. Er war sich voll der Risiken bewußt, die der Staatsstreichversuch enthielt. Er wußte von dem Wagnis der Kontaktaufnahme mit der illegalen KPD. Er selbst hatte stets entschieden gegen den Kommunismus Front gemacht. Aber in der Extremsituation des bevorstehenden Staatsstreichs mußte alles versucht werden, um Deutschland einen inneren Bürgerkrieg zu ersparen. Mit Skepsis nahm Leber die maßvollen Programmforderungen des kommunistischen Partners zur Kenntnis. Sie zielten darauf, eine autonome SPD-Politik zu verhindern. Dies war ein Grund dafür, daß Leber einer Fortsetzung der Gespräche skeptisch gegenüberstand, doch kam ihr der Eingriff der Gestapo zuvor.

Als Patriot stellte Leber die Person hinter die Sache zurück. Wenn wir heute dieses deutschen Republikaners gedenken, so steht er für die vielen namenlosen Kämpfer für die Bewahrung und Rückgewinnung der Freiheit und Menschenwürde in dem dunkelsten Abschnitt deutscher Ge-

schichte. Jener verhaltene Stolz, der ihn gegenüber den Tiraden Freislers immun machte und immer wieder Folter, Einsamkeit und Hoffnungslosigkeit überstehen ließ, mag auch zusammenhängen mit seiner unlöslichen Bindung an die Hansestadt Lübeck, deren hanseatische Tradition sich mit seinem sozialen Republikanertum verschmolz.



BERND FAULENBACH

## Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Erinnerung?

### *Das Bild vom deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus nach den Erfahrungen von Teilung und Umbruch\**

Die deutsche Vereinigung, die Überwindung der Zweistaatlichkeit (und das heißt vor allem das Ende der DDR), läßt die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts in verändertem Licht erscheinen. Das gilt auch für das Bild des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Hier soll es deshalb um die kritische Analyse des Umgangs mit dem Widerstand in beiden deutschen Staaten gehen, wobei der politische Umgang im Vordergrund steht, freilich auch die Frage der Spannung dieses Umgangs zur wissenschaftlichen Diskussion gestellt werden soll. Zugleich soll gefragt werden, welche Auswirkungen die Vereinigung auf das öffentliche Bild des Widerstandes haben kann und in welchem Verhältnis diese Veränderung zur wissenschaftlichen Forschung steht, die ihrerseits keineswegs von den Zeitläufen unberührt ist, doch sich auch nicht als schlichter Reflex auf diese interpretieren läßt. Dabei ist davon auszugehen, daß die Vereinigung nicht das symmetrische Zusammenführen zweier gleichgewichtiger Hälften war – was sowohl für die staatliche als auch für die wissenschaftliche Ebene gilt. Zugleich aber ist davor zu warnen, unter den veränderten Bedingungen das Bild des Widerstandes in einer Weise zu interpretieren, die der Eigengewichtigkeit der Geschichte gegenüber Gegenwartserfahrungen nicht Rechnung trägt, d. h. erneut zu einem unhistorischen Bild des Widerstandes führt.

Wenn hier unterschieden wird zwischen öffentlichem Umgang, offiziellen Feiern, der Publizistik und politischen Stellungnahmen auf der einen Seite und der wissenschaftlichen Diskussion auf der anderen Seite, so gilt dies naturgemäß mehr für die alte Bundesrepublik als für die DDR, in der die verschiedenen Ebenen eng verknüpft waren, ohne auch hier identisch zu sein.

\*\*\*

Es ist schwer, den komplizierten, widersprüchlichen Umgang mit dem 20. Juli und dem Thema Widerstand in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik mit groben Strichen darzustellen.

Recht früh erschienen Veröffentlichungen wie die Tagebücher Ulrich von Hassells, Erinnerungsliteratur wie Hans Bernd Gisevius' „Bis zum bitteren Ende“ und vor allem Hans Rothfels' ursprünglich in den USA publiziertes, dann auch in deutscher Ausgabe herausgebrachtes Buch über die Opposition gegen Hitler.<sup>1</sup> Gleichwohl wird man sagen können, daß die Beurteilung des Widerstandes in der westdeutschen Öffentlichkeit und in breiten Bevölkerungsschichten zunächst umstritten blieb. Einen bedeutsamen Wendepunkt stellte der Remer-Prozeß dar, in dem dessen Vorwurf, die Verschwörer des 20. Juli hätten Landesverrat begangen, wirksam zurückgewiesen wurde durch

---

\* Für den Druck wurde das Manuskript des am 23. Juni 1994 in Potsdam gehaltenen Vortrages lediglich um Anmerkungen ergänzt, die sich auf Belege beschränken.

1 U. v. Hassell, Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938 – 1944, Zürich/Freiburg i. Br. 1946; H. B. Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Zürich 1946; H. Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Krefeld 1949.

eine Rechtsprechung, die Motive und Tat der Verschwörer positiv anerkannte, eine Linie, die sich in der gesamten Rechtsprechung, auch in der Wiedergutmachungsgesetzgebung, durchsetzte.<sup>2</sup>

Die Aufwertung des Widerstandes war allerdings nicht frei von politischen Motiven bzw. geriet in spezifische politische Verwertungszusammenhänge. Insbesondere in der Zeit vor Wiedererlangung der Souveränität der Bundesrepublik 1955 diente die Hervorhebung des 20. Juli 1944, des „anderen Deutschland“, auch der Abwehr der Kollektivschuldthese.<sup>3</sup> Erkennbar ist auch das Bemühen, der demokratischen Neuordnung zusätzliche historische Legitimität zu verschaffen. Bei Feiern zum Gedenken an den 20. Juli, an denen 1954 in Berlin Bundespräsident Heuß, Bundeskanzler Adenauer und Bundestagspräsident Gerstenmaier teilnahmen, wurde der 20. Juli als Ereignis gewürdigt, in dem Vertreter aller Schichten sich gegen Hitler erhoben hätten, womit man auf einen politisch-gesellschaftlichen Konsens zielte.<sup>4</sup>

Allerdings waren die Kommunisten in diesen Konsens nicht einbezogen, im Gegenteil. Nicht selten wurden seit 1953 – so z. B. von Ernst Reuter – der 20. Juli 1944 und der 17. Juni 1953 als Aufstände gegen totalitäre Gewaltherrschaft dicht aneinander gerückt.<sup>5</sup> Dies war gewiß angesichts der Unterschiedlichkeit der Ereignisse problematisch, hatte aber den Nebeneffekt, daß über den 17. Juni 1953 auch der 20. Juli 1944 verstärkt Akzeptanz fand. Der Antitotalitarismus, der unter den Bedingungen des Kalten Krieges entstand, trug mithin zur Aufwertung des 20. Juli bei.

Der Aufbau der Bundeswehr warf besondere Probleme auf. Es galt für die Bundesregierung – schon aus außenpolitischen Gründen – zu verhindern, daß die Bundeswehr als einfache Rekonstruktion von Hitlers Armee gelten konnte. Im Traditionsverständnis der Bundeswehr erhielten deshalb einige der führenden Repräsentanten des 20. Juli einen herausgehobenen Platz, nach ihnen wurden z. B. Kasernen benannt. Insgesamt gesehen entwickelte sich in den 50er Jahren in Westdeutschland ein Bild des 20. Juli, in dem nicht nur die moralische Leistung der Männer des 20. Juli hervorgehoben – die häufig gebrauchte Formel vom „Aufstand des Gewissens“ steht dafür<sup>6</sup> –, sondern die Ziele des 20. Juli in eine enge Beziehung zur westlichen parlamentarischen Demokratie gebracht wurden, eine Tendenz, die den Vorrang der Gegenwartsinteressen erkennen läßt. Gleichwohl war der Umgang mit dem 20. Juli teilweise doch auch wieder halbherzig, wie z. B. der Verzicht auf öffentliche Beflagung erkennen läßt.

Kennzeichnend für das Widerstandsbild dieser Jahre war, daß der nationalkonservative Widerstand im Vordergrund stand, der frühe Widerstand der Arbeiterbewegung kaum erwähnt und das Exil eher abgewertet wurde, wie z. B. die Arbeit von Dieter Ehlers zeigt.<sup>7</sup> Auch wurde die Realität des Dritten Reiches eher mit mystifizierenden Wendungen charakterisiert, als realitätsnah inklusive ihrer gesellschaftlichen Dimension beschrieben und analysiert. Einem teilweise verengten und stilisierten Bild des Widerstandes entsprach ein undeutliches, partiell ahistorisches Bild des NS-Systems.<sup>8</sup>

Seit den 60er Jahren traten Veränderungen ein, und zwar sowohl in der historischen Forschung als auch in der politischen „Verwertung“, wozu die Veränderung des Zeitklimas beitrug, in dem die Kritik an den restaurativen Tendenzen der Nachkriegszeit zunehmend Resonanz fand.

2 Vgl. R. Holler, 20. Juli 1944. Vermächtnis oder Alibi? Wie Historiker, Politiker und Journalisten mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus umgehen. Eine Untersuchung der wissenschaftlichen Literatur, der offiziellen Reden und der Zeitungsberichterstattung in Nordrhein-Westfalen von 1945 – 1986, München. 1994, S. 121 ff.; P. Steinbach, Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld, in: aus Politik und Zeitgeschichte, 1988, B. 28, S. 2 – 21, hier S. 4.

3 Vgl. M. Kittel, Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin 1993, S. 191 ff.

4 Vgl. R. Holler, 20. Juli 1944, S. 88 ff.

5 Vgl. Der 20. Juli 1944. Reden zu einem Tag der deutschen Geschichte, hrsg. v. Informationszentrum Berlin, Gedenkstätte deutscher Widerstand, 2 Bde., Berlin 1984 u. 1986, hier Bd. 1, S. 39 ff. Vgl. P. Steinbach, Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld, S. 4 f.

6 „Aufstand des Gewissens“ war eine verbreitete Formel, vgl. R. Holler, 20. Juli 1944, S. 88 ff.

7 D. Ehlers, Technik und Moral einer Verschwörung. 20. Juli 1944 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 1964, S. 28.

8 Vgl. B. Faulenbach, NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, in: aus Politik und Zeitgeschichte, 1987, B. 22, S. 19 – 30.

In der wissenschaftlichen Diskussion, die sicherlich auch durch den Generationswandel unter den Historikern gefördert wurde, entwickelten sich seit den 60er Jahren verschiedene sich gegenseitig verstärkende Neuansätze.<sup>9</sup> Der Prozeß der Auflösung der Weimarer Republik und die Frühgeschichte des Dritten Reiches traten verstärkt in den Blick der wissenschaftlichen Forschung, damit auch der Kampf der Arbeiterbewegung gegen die Nazis, der sich im Dritten Reich fortgesetzt hatte. Die Auseinandersetzung mit der Widerstandsforschung der DDR wirkte auf dem Hintergrund der mit der Studentenbewegung verbundenen Hinwendung zu linkem Denken zusätzlich als Katalysator einer Beschäftigung mit dem Widerstand der Arbeiterbewegung. Nicht zuletzt differenzierte sich das Bild des 20. Juli durch die von Hans Mommsen und Hermann Graml vorgenommene Untersuchung der Verfassungs-, Gesellschafts- und Politikvorstellungen des bürgerlichen Widerstandes einschließlich der militärischen Widerstandsgruppe, die die autoritäre Staatsvorstellung des nationalkonservativen Widerstandes freilegte und damit die Annahme, in den Ideen des Widerstandes eine Antizipation demokratischer Vorstellungen zu sehen, korrigierte.<sup>10</sup> Parallel zur veränderten Sicht der Widerstandsbewegung des 20. Juli und dem verstärkten Interesse am Widerstand der Arbeiterbewegung begann auch eine Neubewertung des Exils.

Seit den 60er Jahren, vor allem in den 70er und 80er Jahren, wurden zahlreiche Regional- und Lokalstudien, fundierte Biographien, insbesondere auch über den Widerstand der Arbeiterbewegung, von der Geschichtswissenschaft realisiert; auch die Geschichtsbewegung der 80er Jahre, Geschichtswerkstätten, lokale Geschichtsinitiativen etc., nahm sich dieses Themas in einer Vielzahl von Projekten an. Insgesamt gesehen trat der Widerstand des 20. Juli – zumindest zeitweilig – gegenüber vielfältigem widerständigen Verhalten in den verschiedenen Schichten der deutschen Gesellschaft geradezu in den Hintergrund. Die Breite der Widerstandsforschung wurde 1984 auf der Berliner Konferenz zur Widerstandsforschung sichtbar, die ihren Niederschlag in einem voluminösen Sammelband gefunden hat.<sup>11</sup>

Die offiziellen Gedenkfeiern zum 20. Juli in Berlin und Bonn blieben in den 60er Jahren zunächst auf einer ähnlichen Linie wie in den 50er Jahren, doch kamen seit 1966 auch Sozialdemokraten zu Wort. Auch sie nahmen das Erbe des Widerstandes für die Demokratie, teilweise auch zur Abwehr rechts- oder linksradikaler Positionen in Anspruch, erwähnten jedoch, wenn auch meist – wie die Arbeit von Regina Holler gezeigt hat<sup>12</sup> – eher am Rande den Widerstand der Arbeiterbewegung. Bemerkenswert war etwa Gustav Heinemanns Rede 1969, in der dieser meinte, der 20. Juli stehe „für unseren Anteil an den besten abendländischen Überlieferungen und an den großen europäischen Zeugnissen des Ringens um Menschenrecht und Menschenwürde“; zugleich aber einräumte, daß die Widerstandskämpfer von unterschiedlichen politischen und sozialen Zielsetzungen erfüllt waren.<sup>13</sup> Daß die konservative Linie der Interpretation auch in den 60er Jahren noch mächtig war, kann man etwa daran ablesen, daß z. B. Herbert Wehner 1978 wegen seiner kommunistischen Vergangenheit als Festredner in Berlin abgelehnt wurde.<sup>14</sup> Zwar gab es hier und da vorsichtige Kritik an den Zielvorstellungen etwa des Goerdeler-Kreises,

9 Vgl. P. Steinbach, Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld, S. 9 ff.; H. Mommsen, Die Geschichte des deutschen Widerstandes im Lichte der neueren Forschung, in: *aus Politik und Zeitgeschichte*, 1986, B 50, S. 3 – 18.

10 H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes; H. Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: W. Schmitthener/H. Buchheim (Hrsg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien*, Berlin/Köln 1966, S. 73 ff., S. 15 ff.; beide Beiträge wurden später wiederholt überarbeitet abgedruckt, so in: H. Graml (Hrsg.), *Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten*, Frankfurt a.M. 1984, S. 14 ff. u. 92 ff.

11 J. Schmäddeke/P. Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München/Zürich 1986. Vgl. auch H. Mommsen, *Die Geschichte des Widerstandes im Lichte der neueren Forschung*.

12 Vgl. R. Holler, 20. Juli 1944, S. 285 ff.

13 G. Heinemann, Eine Flamme am Brennen halten. Ansprache zum 25. Gedenktag des 20. Juli 1944 in Berlin-Plötzensee, in: *ders., Präsidiale Reden*, Frankfurt 1975, S. 93 ff., Zitat S. 95.

14 Vgl. R. Holler, 20. Juli 1944, S. 253 ff.

doch sprach Willy Brandt erst 1984 die bedenkliche Rolle wichtiger Repräsentanten des späteren Widerstandes in den Jahren 1932 – 34 an; der Widerstand habe sich aus einer Schicht herausgebildet, „aus der am Anfang des Hitler-Reiches viele noch geglaubt hatten, sich mit den braunen Machthabern arrangieren und dabei ihre eigenen Interessen wahren zu können“<sup>15</sup>. Seit den 70er Jahren begann die Sozialdemokratie, sich ihren eigenen Widerstandstraditionen zuzuwenden, die vorher in ihrem Selbstverständnis nur eine geringe Rolle gespielt hatten.<sup>16</sup> Der Widerstand wurde im übrigen seit den 60er Jahren – zumindest begrifflich, wobei die Konnotation mit dem Widerstand der NS-Zeit meist gewollt war – für den Kampf gegen die Notstandsgesetze, gegen die Atomkraftwerke, gegen die Raketenstationierung oder auch gegen die Volkszählung in Anspruch genommen – der Widerstandsbegriff wurde dabei unverkennbar enthistorisiert.

Resümierend läßt sich feststellen, daß das geschichtswissenschaftliche Bild in der Bundesrepublik seit den 60er Jahren den Widerstand in all seinen Erscheinungen und Richtungen zunehmend erfaßte, die Vielfalt und Widersprüchlichkeit des Widerstandes herausarbeitete und neben dem aktiven Widerstand auch Formen der Verweigerung und der Resistenz untersuchte.<sup>17</sup> Das Bild des Widerstandes historisierte sich, doch büßte damit der Widerstand nicht seine politische Funktion ein, die sich freilich teilweise richtungspolitisch im Sinne einer historischen Fundierung konkurrierender Positionen auffächerte.

\*\*\*

Der Antifaschismus, in dem sich politische Konzeption und historische Erinnerung verbanden, war konstitutiv für die Politik der SED in der SBZ/DDR. In der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ der Nachkriegsjahre waren miteinander verknüpft die Überwindung des faschistischen Erbes, die gesellschaftliche Umgestaltung und der Aufbau der kommunistischen Parteidiktatur.

Die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf wurde zwar schon früh gepflegt, doch – wie Annette Leo gezeigt hat – bald verengt und politisch von der SED instrumentalisiert.<sup>18</sup> War anfangs der Widerstandsbegriff noch weit gefaßt, so fand spätestens seit 1948 eine Einschränkung und Neubewertung statt. Die Männer des 20. Juli galten bald als reaktionär, der Widerstand der Christen wurde ausgeblendet, das gleiche gilt für den sozialdemokratischen Widerstand. Schon in den frühen 50er Jahren wurde der kommunistische Widerstand und innerhalb dessen das kommunistische Moskauer Exil in den Vordergrund gerückt, gleichzeitig zunehmend enthistorisiert. In mancher Hinsicht mag man von einer spiegelbildlichen Entwicklung zu Westdeutschland sprechen, wo einseitig der nationalkonservative Widerstand hervorgehoben wurde, was allerdings niemals das Ausmaß der Heroisierung des kommunistischen Widerstands in der DDR erreichte.

Ausdruck des spezifischen Umgangs mit dem antifaschistischen Erbe war die Heraushebung Thälmanns, aus der ein regelrechter Thälmann-Kult entwickelt wurde. Die Erinnerung an den Widerstand wurde in ritualisierten Formen, in Massenaufmärschen und Feierstunden gepflegt, die Gestaltung der Gedenkstätten auf dieses Ziel bezogen – wie exemplarisch Sachsenhausen zeigt.<sup>19</sup>

15 W. Brandt, Vorwort zu: Die Sozialdemokratie und der 20. Juli 1944, Hrsg. von der Historischen Kommission der SPD, Bonn 1984, S. 3.

16 Siehe z. B. W. Brandt, Deutsche Sozialdemokraten und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: I. Fetscher (Hrsg.), Geschichte als Auftrag. Willy Brandts Reden zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bonn 1981, S. 192 ff. Vgl. S. Miller, Die Behandlung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der SPD nach 1945, in: U. Büttner u.a. (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Hamburg 1986, S. 407 – 419.

17 Zum Aspekt von Verweigerung und Resistenz siehe vor allem M. Broszat/E. Fröhlich u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München/Wien 1977 – 83.

18 A. Leo, Antifaschismus und Kalter Krieg – Eine Geschichte von Einengung, Verdrängung und Erstarrung, in: Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes. Perspektiven, Kontroversen und Internationale Vergleiche, Berlin 1992, S. 74 ff. Vgl. auch S. Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945 – 1989, Frankfurt 1992, S. 79 ff.; U. Herbert/O. Groehler, Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 29 ff.

19 Vgl. Empfehlungen der Expertenkommission zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten, ebd. S. 215 ff.

Gewiß hat es seit Ende der 50er Jahre und dann auch noch einmal in den 70er Jahren eine breitere Erforschung des Schicksals von Widerstandskämpfern gegeben.<sup>20</sup> Doch wird man fragen können, inwieweit tatsächlich diese – nur teilweise von der professionellen Geschichtswissenschaft durchgeführten – Arbeiten ein einigermaßen historisch getreues Bild von Personen und Ereignissen geliefert haben; bestimmte Tabus waren wirksam. Unbestreitbar ist jedoch eine Menge – wenn auch offenbar selektiv gesammelten – Materials zusammengetragen worden.

In den offiziellen Feiern und in der pädagogischen Praxis wurden Widerstandskämpfer vielfach zu makellosen Helden stilisiert, die geradezu übermenschliche Qualitäten besaßen. Phänomenologisch sind Ähnlichkeiten zum Märtyrerkult der katholischen Kirche unübersehbar. Insgesamt gesehen wurde der Widerstand heroisiert und mythisiert, ein quasi religiöser Staatskult geschaffen, der der Legitimationsbeschaffung der SED-Führung diene. Keine Frage, daß dieser Kult die antifaschistische Führung moralisch überhöhte und der Kritik entzog; man wird wohl sagen können, daß er die Auseinandersetzung mit stalinistischen und poststalinistischen Strukturen entscheidend erschwerte.<sup>21</sup>

Trotz dieser kritischen Beurteilung des SED-Umgangs mit dem Widerstand, ein Umgang, der auf dessen Instrumentalisierung hinauslief und zu einer Deformation seines Bildes führte, ist zu konstatieren, daß in der DDR die Erinnerung an den Widerstand der Arbeiterbewegung, d. h. in erster Linie an den kommunistischen Widerstand wachgehalten wurde – auch wenn es selbst bezogen auf diesen zahlreiche Tabus gab.

Seit den 70er Jahren erweiterte sich der Widerstandsbegriff, zumal der Geschichtswissenschaft, in der DDR wieder. Schrittweise wurde der sozialdemokratische, christliche und bürgerliche Widerstand wiederentdeckt. Erwähnt seien etwa die Arbeiten Kurt Finkers.<sup>22</sup> Jetzt wurde übrigens auch der lange kaum beachtete Genozid an der jüdischen Bevölkerung in das staatliche Gedenkritual, für das die Widerstandskämpfer, nicht die Opfer zentral waren, aufgenommen. Völlig unberührt blieb freilich bei alledem das zentrale Dogma von der unvergleichlichen Rolle des kommunistischen Widerstands, von der Richtigkeit der Politik und führenden Rolle der Kommunistischen Partei in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, einer Partei, die mit der Geschichte im Bunde war.

\* \* \*

Die Konstellation in Deutschland ist heute gegenüber der Zeit vor 1989 grundlegend verändert, was auch Folgen für das geschichtliche Bewußtsein und für den öffentlichen Umgang mit der Vergangenheit hat. Es muß dabei an einen doppelten Tatbestand erinnert werden: 1 das SED-System ist zusammengebrochen bzw. von einer Volksbewegung gestürzt worden, und die DDR hat sich dem anderen größeren deutschen Staat angeschlossen; 2 die doppelte Nachkriegsgeschichte läßt die Erfahrungen und kulturellen Orientierungen der Menschen in Ost und West differieren. So wirken die DDR, das SED-System, die Sozialisation in diesem Staat, die Orientierungen aus der DDR-Zeit in Ostdeutschland nach. Dies gilt auch für historische und historiographische Positionen.

Die letzte gemeinsame Epoche der Deutschen war die NS-Zeit. So stellt sich in besonderer Weise heute die Aufgabe, sich über diese Zeit, über den Nationalsozialismus und den Widerstand in einem breiten Dialog zu verständigen. Einige Fragen dieses Verständigungsprozesses seien hier angesprochen.

20 Siehe O. Groehler, Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite, in: R. Eckert/W. Küttler/G. Seeber (Hrsg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992, S. 408 ff., insbes. S. 410.

21 Vgl. Chr. Kleßmann, Die doppelte „Vergangenheitsbewältigung“; in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 1991, H. 12, S. 1099 ff.; B. Faulenbach, Zur Funktion des Antifaschismus in der SBZ/DDR, in: *Deutschland Archiv*, 1993, H. 6, S. 754 ff.

22 K. Finker, Graf von Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978; ders., Widerstand und Geschichte des Widerstandes in der Forschung der DDR, in: *Deutschland Archiv*, 1986, H. 6, S. 710 ff., ders., Der 20. Juli und die DDR-Geschichtswissenschaft, Berlin 1990.

*Erstens:* Es stellt sich die Frage, inwieweit die Erfahrung der zweiten Diktatur im Hinblick auf die erste Diktatur zu neuen Fragestellungen führt. Auf jeden Fall aber gilt es die Frage zu erörtern, inwieweit die Begrifflichkeit, die für die Widerstandsforschung des Dritten Reiches entwickelt worden ist, auf die DDR übertragen werden kann; zu fragen ist auch, inwieweit Opposition in der DDR am Denken und Handeln des Widerstandes des Dritten Reiches orientiert war. Im Hintergrund steht die schwierige Frage des Vergleiches zwischen dem NS-System und dem SED-System, die nicht nur das Herrschaftssystem, die Ideologie, die geschichtlichen Verläufe usw. umfaßt, sondern auch den Widerstand, seine Möglichkeiten und Grenzen, die Formen und Motive oppositionellen Verhaltens, die Frage nach Resistenz und politischem Handeln einschließt; sie impliziert in einem weiteren Sinne die Erforschung des Verhaltens der verschiedenen Bevölkerungsschichten, der Gruppen, der einzelnen.

Keine Frage, daß der Widerstand gegen das Dritte Reich und oppositionelles Verhalten in der DDR – so unterschiedlich sie waren – zu den positiven Traditionen deutscher Geschichte gehören, die es in der kollektiven Erinnerung des vereinigten Deutschland zu bewahren gilt.<sup>23</sup>

*Zweitens:* Ein Problem stellt unverkennbar der kommunistische Widerstand dar. Seine Glorifizierung bei Tabuisierung wichtiger Aspekte in der DDR, seine Instrumentalisierung zur Legitimationsbeschaffung für das SED-System führt heute vielfach zu einer polarisierten Diskussion. Dazu einige Überlegungen:

- Der kommunistische Widerstand ist zu historisieren, d. h. in den jeweiligen Kontexten differenziert zu untersuchen und darzustellen. Inwieweit dabei auf die Arbeiten der DDR-Zeit zurückgegriffen werden kann, soll hier nicht beantwortet werden. Die zusammengetragenen Materialien dürften vielfach jedoch sehr nützlich sein.
- Das von Antonia Grunenberg typisiert dargestellte dualistische Denken, das Freund-Feind-Schema des Antifaschismus, gilt es historisch zu überprüfen; im Kern dürfte ihre Analyse zutreffend sein.<sup>24</sup> Die antifaschistischen Kämpfer befanden sich gleichsam in einem „permanenten Ausnahmezustand, in einer inneren und äußeren Mobilisierung, und zwar gegen äußere und innere Feinde“ – man denke etwa an die Rolle der stalinistischen Kader im spanischen Bürgerkrieg.<sup>25</sup> Allerdings sind bei der Beurteilung des antifaschistischen Kampfes die realen Handlungsbedingungen und -möglichkeiten mitzusehen. Generell ist die Frage des Verhältnisses zur stalinistischen und poststalinistischen Politik zu untersuchen, die Frage der politischen Konzepte und Orientierungen – der antidemokratisch-antiparlamentarischen Haltung, die Antonia Grunenberg konstatiert<sup>26</sup> – näher zu beleuchten, eine Frage, die im Hinblick auf den national-konservativen Widerstand eine gewisse Entsprechung hat, für den eine tiefe Aversion gegen Massendemokratie und Parteienstaat kennzeichnend war. Diesen Fragen läßt sich nicht mit Hinweis auf politische Opportunitätsgesichtspunkte ausweichen.
- Die Rolle des Mythos Antifaschismus in der DDR ist genauer zu analysieren. Vieles spricht dafür, ihm als integrativem Faktor im SED-System eine beträchtliche Bedeutung beizumessen, die wohl höher einzuschätzen ist als die des Marxismus-Leninismus. Die spezifische Funktion dieses Antifaschismus in der DDR läßt es unmöglich erscheinen, daß an ihn heute in der Auseinandersetzung mit sich revitalisierenden rechtsradikalen Tendenzen angeknüpft werden kann.

*Drittens:* Die gegenwärtig zunehmend kritische Sicht des kommunistischen Widerstandes führt teilweise erneut dazu, als den „eigentlichen“ Widerstand den des 20. Juli zu betrachten und den der frühen Gegner des Nationalsozialismus, nicht zuletzt den der Sozialdemokraten und der Linken insgesamt, gering zu schätzen, was nur als problematische, von politischen Interessen

<sup>23</sup> Vgl. J. Habermas, Die Last der doppelten Vergangenheit, in: DIE ZEIT v. 13. 5. 1994, S. 54.

<sup>24</sup> A. Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek bei Hamburg 1993; vgl. B. Faulenbach, Antifaschismus – ein antidemokratischer Mythos?, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 41, 1994, S. 469 ff.

<sup>25</sup> Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, S. 76 ff.

<sup>26</sup> Ebd., insbes. S. 86 f.

beeinflusste Verengung des Bildes vom Widerstand bezeichnet werden kann. Verbunden damit ist eine gewisse Tendenz, den 20. Juli – jedenfalls in der öffentlichen Würdigung – recht einseitig zu sehen, dabei u. a. die zivile Opposition zu unterschätzen; der Verzicht der Bundesregierung, die offizielle Gedenkfeier zur 50. Wiederkehr des 20. Juli im Konsens der Demokraten zu realisieren, gibt zu denken. Zwar waren die Männer und Frauen des 20. Juli nicht einfach ein Spiegelbild der deutschen Gesellschaft, doch spricht vieles dafür, den 20. Juli aus den parteipolitischen Kontroversen herauszuhalten.

Generell ist im Hinblick auf den 20. Juli vor unhistorischer Sicht zu warnen. Zur historischen Wahrheit des 20. Juli gehört, daß 1933 keineswegs alle späteren Verschwörer gegen die Nazis eingestellt waren, sondern teilweise sogar erhebliche Hoffnungen mit Hitler verbanden, u. a. die Wiederherstellung der deutschen Großmachtstellung erwarteten. Und die politischen Ziele liefen keineswegs bei den meisten auf eine pluralistische offene Demokratie im modernen Sinne hinaus; abgesehen von den Sozialdemokraten war man vielmehr häufig an autoritären ständestaatlichen und ähnlichen Modellen orientiert, die sich in den Strom der Ideen des deutschen Sonderweges, der „Ideologie des deutschen Weges“ einordnen lassen.<sup>27</sup>

Man wird den Widerstand nicht retrospektiv homogenisieren dürfen, hat ihn in seiner Vielfalt und Widersprüchlichkeit zu erfassen.<sup>28</sup> Dazu gehört die Feststellung, daß im Widerstand sehr unterschiedliche Motive zusammenflossen: moralische, religiöse wie politische Motive. Das Bedenkenswerte dürfte gerade darin liegen, daß sich Menschen in einem schwierigen mühsamen Prozeß zum Widerstand, zum mutigen Entschluß, der verbrecherischen Politik entgegenzutreten, durchrangen. In der politisch-ethischen Motivation des Handelns, nicht oder nur sehr bedingt in bestimmten Zielvorstellungen, liegt das Weiterwirkende des Widerstandes des 20. Juli für die Demokratie heute. Viele Denkansätze der Verschwörer des 20. Juli sind uns heute fremd; zu den im Hinblick auf die Gegenwart eher verbindenden Elementen gehört die Europaorientierung eines Teils des Widerstandes.

Kurz gesagt: wir sollten den Widerstand des 20. Juli nicht auf ein hohes Podest heben, ihn nicht monumentalisieren und damit enthistorisieren, sondern ihn in seinen politisch-gesellschaftlichen Kontexten und d. h. auch in seinen Widersprüchen sehen; gerade eine solche Betrachtungsweise wird sein Vermächtnis sichtbar machen.

*Viertens:* Der Widerstand des 20. Juli wird jetzt zuweilen in einer Weise in die Diskussion eingeführt, die den Schluß nahelegt, daß der Widerstand als Mittel betrachtet wird, durch Hinweis auf das andere Deutschland sich endgültig von der Problematik der neuesten deutschen Geschichte zu lösen, um endlich zu einer „Normalisierung“ im Umgang mit der deutschen Geschichte zu kommen. Problematisch wäre ein „Kult der Gerechten“, der die Täterschaft der anderen zudeckt. Andererseits aber darf und muß doch auch festgestellt werden, daß wichtige politische Kräfte der deutschen Gesellschaft sich schon vor 1933 gegen den Nationalsozialismus und eine NS-Machtübernahme gestemmt haben – wenn auch vielleicht nicht konsequent genug – und auch nach 1933 diese Gegnerschaft nicht endete. Und wir dürfen und müssen auch feststellen, daß andere Gruppen – zumal in den Oberschichten – sich immerhin unter dem unmittelbaren Eindruck der Hitlerschen Politik und ihrer Verbrechen zum Widerstand durchrangen und dabei ihr Leben einsetzten.

\* \* \*

27 Vgl. H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, S. 161 ff.; zum Begriff „Sonderweg“ vgl. Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität? Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, München/Wien 1982; B. Faulenbach, „Deutscher Sonderweg“: Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: aus Politik und Zeitgeschichte 1981, B 33, S. 3 ff.; ders., „Nation“ und „Modernisierung“ in der deutschen Geschichte, in: R. Zitelmann u. a. (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Berlin 1993, S. 103 ff.

28 Vgl. H. Mommsen, Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in: ders., Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Ausgewählte Aufsätze, Hamburg 1991, S. 338 ff.

Abschließend ist festzustellen, daß trotz aller genannten Probleme heute eine größere Chance als vor 1989 besteht, ein historisch zutreffendes, von Zielen politischer Instrumentalisierung nicht überformtes Bild des Widerstandes im öffentlichen Bewußtsein durchzusetzen, ein Bild, das gerade in seiner Vielfalt und Widersprüchlichkeit mit unserer Gegenwart in Beziehung gesetzt werden kann, was freilich verlangt, neue Instrumentalisierungsversuche abzuwehren. Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus stellt Selbstverständlichkeiten unseres Denkens in Frage und verweist auf das Problem der politisch-ethischen Grundlagen der zivilen Gesellschaft heute.

WERNER BRAMKE

## Das Bild vom deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Lichte unterschiedlicher Erfahrungen von Teilung und Umbruch

Die DDR war nach dem Selbstverständnis ihrer politischen Führung ein auf dem Fundament des Antifaschismus gegründeter Staat – festgeschrieben in der Präambel der Verfassung, allerdings erst in der von 1968 und noch dezidiert in der Modifizierung von 1974<sup>1</sup>, interessanterweise aber noch nicht in der von 1949. So nimmt es nicht wunder, daß die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Grundlagen und Legitimität der Macht der Deutschen Demokratischen Republik auch die Glaubwürdigkeit des Antifaschismus auf den Prüfstand stellt.

Schon in der Frühphase des Umbruchs von 1989, während einer Podiumsdiskussion an der Leipziger Universität im Oktober mit über 400 Hörern forderte der Leipziger Pfarrer Wonneberger, im Sommer und Herbst 1989 einer der Aktivsten der Bürgerbewegung, den Antifaschismus durch den Antistalinismus zu ersetzen.<sup>2</sup> Wenig später wurden Formulierungen wie verordneter und verratener Antifaschismus beinahe zum Allgemeingut in der öffentlichen Diskussion, und auch namhafte DDR-Historiker wie Kurt Pätzold hoben die der Herrschaft dienende Legitimierungsfunktion hervor.<sup>3</sup> Diese Vorwürfe sind kaum abgeschwächt in den heutigen Auseinandersetzungen um das politische System der DDR enthalten, allerdings auch konterkariert durch den Verweis darauf, daß die Instrumentalisierung des Antifaschismus durch die Machtträger nicht die über ebendiesen Antifaschismus vollzogene „entschiedene Abkehr von jedem bösen Stück gemeinsamer Geschichte vor 1945“<sup>4</sup> zudeckte (Kocka) und daß nicht vergessen werden sollte, wie ernsthaft die Nachkriegsgeneration die „Doktrin des ‚Antifaschismus‘“<sup>5</sup> angenommen hatte.

Gerade weil der Antifaschismus eine konstitutive Bedeutung für die Etablierung der Macht erreicht hatte, ist die heutige Diskussion über den Platz des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im Geschichtsbild der DDR so stark politisiert und mindestens ebenso eine Angelegenheit der politischen Öffentlichkeit wie der Wissenschaft. Das zeigt sich auch im neu aufgeflamnten, eigentlich schon in den späten achtziger Jahren ausgestandenen Streit um die Konzeption der Ausstellung in der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in Berlin<sup>6</sup>, in dem die Präsenz des kommunistischen oder im Bündnis mit den Kommunisten geleisteten Widerstandes in einer nationalen Gedenkstätte angefochten wird.

In dieser polarisierten und polarisierenden Auseinandersetzung zeigen sich das Dilemma des Antifaschismus und das der Einheit Deutschlands. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus überbrückte zeitweilig die vorher intensiv erfahrenen sozialen und politischen Gegensätze zwischen seinen Protagonisten, wie er ja auch auf der internationalen Ebene im Zweiten Weltkrieg die zuvor kaum für möglich gehaltene Anti-Hitler-Koalition hervorbrachte. So bemerkenswert

1 Vgl. Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Hrsg. Horst Hildebrand, Paderborn u.a. 1992, S. 235 f.

2 Nach eigenen Aufzeichnungen dieser nur in den Tagesmedien grob skizzierten Veranstaltung.

3 Kurt Pätzold, Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick, in: Mitteilungen des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung, 3, 1991, S. 14

4 In: 1945 – 1989. Ein unmöglicher Vergleich? Hrsg. Klaus Sühl, Berlin 1994, S. 188.

5 Wolfgang Mommsen, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: aus Politik und Zeitgeschichte, B 29 – 30/1993, S. 24 f.

6 Vgl. Berliner Zeitung v. 3. Juni 1994.

solche Annäherungen und Bündnisse auch waren, sie konnten nur unter den Ausnahmebedingungen einer bis dahin nicht erlebten Bedrohung der europäischen Zivilisation zustande kommen. Damit soll nicht einem zwangsläufigen Auseinanderfall der Anti-Hitler-Koalition und dem folgenden Kalten Krieg bald nach dem Zweiten Weltkrieg das Wort geredet werden. Die Beziehungen der Staaten erfassen immer nur bestimmte Bereiche, was ermöglicht, ernste Konfliktfelder auszuklammern und trotzdem im guten Einvernehmen miteinander zu leben. Die Überlebenden des Widerstandes in Deutschland aber waren angetreten, die Gesellschaft von Grund auf und umfassend neu zu gestalten – in allen vier Zonen. Die Heterogenität des zunächst scheinbar recht homogenen antifaschistischen Lagers mußte aber mit dem Übergang zur leidlichen Normalisierung im Nachkriegsdeutschland, in dem die Herrschaft der Besatzungsmächte ungleich mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten bot als das NS-Regime, deutlich hervortreten, zumal die unerhörte Schärfe der politischen und sozialen Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik nicht vergessen waren. Die vergleichsweise geringen Wirkungsmöglichkeiten der ehemaligen Widerständler in den Westzonen, von ihnen bitter beklagt, erwiesen sich unter diesem Gesichtspunkt für den Aufbau einer Demokratie, für die die Austragung schwerer Konflikte schon bei ihrem Start bedrohlich werden konnte, als vielleicht nicht so unvorteilhaft, zumal die Belastungen der frühen Weimarer Republik noch in unguter Erinnerung waren. Vielleicht traf für die junge Bundesrepublik zu, was Ignacio Sotelo als hilfreich für die Entwicklung der spanischen Republik in der Zeit nach Franco angesehen hat: das Verdrängen der Konflikte der dreißiger und vierziger Jahre, verbunden mit der Amnestie für in dieser Zeit verübte Verbrechen, was den verhältnismäßig konfliktarmen Übergang in die Demokratie ermöglichte.<sup>7</sup> Wenn nicht alles täuscht, ist das Verdrängen der NS-Zeit in den ersten eineinhalb Jahrzehnten der BRD auch nicht durch die Versuche der Studentenrebellion, die nationalsozialistische Vergangenheit ernsthaft zu reflektieren, erschüttert worden. Der wesentlich durch die Elite der alten Bundesrepublik bestimmte Prozeß der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit erscheint mir bis jetzt eher als eine Bestätigung als Dementierung meiner Annahme.

Die Rigidität, mit der „Systemnähe“ in der DDR verfolgt wird, kontrastiert mit halbherzigen Versuchen der Vergangenheitsbewältigung in der BRD seit den sechziger Jahren. In der SBZ und frühen DDR dominierte dagegen das Bestreben, nicht nur den Antifaschismus als die Gesellschaft konstituierende Prinzip zu erhalten, sondern auch durch dessen Organisierung als Block oder Front die Vermeidung grundlegender Konflikte auf Dauer zu gewährleisten. Es war ein m. E. bisher zu wenig beachtetes Dilemma des DDR-Antifaschismus, daß er von vornherein den Weg in eine moderne Gesellschaft, die mit ihren Konflikten umgehen konnte, verbauen half. Damit soll nicht gesagt werden, die SED-Diktatur sei letztlich aus einem Mißverständnis heraus entstanden. Selbstverständlich waren die Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht und der kommunistischen Führung in der SED bestimmend für den sogenannten volksdemokratischen Weg, der schließlich in den „realen Sozialismus“ führte. Aber daß auf diesem Weg ein relativ stabiles System entstand, hat doch mit Antifaschismus zu tun, in dem sich Illusionen und realisierbare Vorstellungen, z. B. von einer größeren sozialen Gerechtigkeit, und Täuschung und Selbsttäuschung bei Machthabern wie Beherrschten mischten. Auf lange Zeit eingeübt, hat dieses durch einen kommunistischen Antifaschismus bestimmte Prinzip der Konfliktdämpfung neben der Repression wesentlich dazu beigetragen, auch die Sozialisation der Generation der sechziger und siebziger Jahre, die die Propagierung dieser Doktrin kaum noch ernst nahm, mit zu prägen. Das gilt auch für das Sozialverhalten, das von Kollektivität bestimmt war. Die Fremdheit zwischen dem größeren und dem kleineren Teil im neuen Deutschland hat offensichtlich mit unterschiedlichem Sozialverhalten zu tun, und es ist nicht absehbar, wie diese Spaltung zu überwinden sein wird.

7 Ignacio Sotelo, Vergangenheitsbewältigung: Spanien – ein unpassendes Beispiel, in: 1945 – 1989, S. 49 – 57.

Die Spaltung des Antifaschismus und die Teilung Deutschlands gingen Hand in Hand, obwohl die meisten Vertreter des Widerstandes, zumindest die ehemaligen Illegalen in Deutschland, sich in beiden Teilen der Entfremdung entgegenstellten<sup>8</sup> – im Osten teils im Auftrag, also verordnet, teils aus eigener, fast zwanghafter Intention heraus. Letztere erwuchs bei den Kommunisten aus einem in der Weimarer Republik erworbenen und verinnerlichten imaginären Klassenauftrag, der in der NS-Zeit das Überleben im Widerstand erleichtert hatte und der über die Einheit der Arbeiter zum einigen Volke führen sollte. Bekanntlich beschwor die KPD in Krisenzeiten immer wieder die nationale Ausrichtung. Diese Haltung hatte Mut vor Gericht ermöglicht, wie ihn Rudolf Pechel oder der Gefängnispfarrer Harald Poelchau unmittelbar nach dem Krieg überlieferten, auch Solidarität gegenüber andersdenkenden Mitgefangenen, aber ebenso eine gewisse Einseitigkeit in der Persönlichkeitsentwicklung, die ein Unterdrücken von Zweifeln begünstigte, wenn dieser imaginäre Klassenauftrag individuelle Interessen verletzte – so z. B. bei der Maßregelung und Verfolgung des sozialdemokratischen Klassengenossen, der von der Einheit der Arbeiterklasse eine andere Vorstellung hatte.

Was die herzustellende politische Einheit der bis dahin gespaltenen Arbeiterbewegung und die zu bewahrende Einheit betrifft, so lagen die Grundeinstellungen bei wohl der Mehrheit der Sozialdemokraten nicht so weit von der der Kommunisten entfernt. Leuschners Ruf nach der Einheit der Arbeiter unmittelbar vor seiner Hinrichtung und das Treffen von Leber und Reichwein mit Saefkow und Jakob im Vorfeld des 20. Juli 1944 sind allgemein bekannt. Zu erinnern ist aber auch an den maßgeblichen Anteil des Sozialdemokraten Hermann Brill bei der Abfassung des Buchenwald-Manifestes. Nationales Denken war gerade bei den herausragenden Persönlichkeiten des sozialdemokratischen Widerstandes im Lande seit langem tief verwurzelt, so daß die Vorstellung von der Einheit der Arbeiter als Voraussetzung für die Einheit der Nation nicht erst durch die kommunistische Einheits- und Volksfrontpolitik sozialdemokratischen Arbeitern nahegebracht werden mußte. Unter Sozialdemokraten der Ostzone war in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende das nationale Einheitsstreben wahrscheinlich noch stärker verwurzelt als bei jenen der Westzonen. Das dürfte weniger auf kommunistischen Druck zurückzuführen gewesen sein, sondern war wohl Reaktion auf diesen Druck. Bei zu erhaltender Einheit sollte der Druck der *einen* Besatzungsmacht durch Vermittlungen der anderen vermindert werden.

Den Mitgliedern der bürgerlichen Parteien im antifaschistisch-demokratischen Block war nationales Denken ohnehin vertraut. Wenn ein Mann wie Ernst Lemmer noch im Frühjahr 1948 in der SBZ verharrte und gleichermaßen vor der Vereinnahmung Deutschlands durch den Osten oder den Westen warnte, dann war das ebenso Ausdruck einer noch nicht ganz geschwundenen Hoffnung, von diesem Platz aus am besten für Demokratie und Einheit eintreten zu können. Von Westdeutschland aus erhielten solche Ambitionen Nahrung, wenn prominente, dort beheimatete Autoren in den ostdeutschen Zeitschriften „Aufbau“ und „Ost und West“ mitarbeiteten oder gar – wie Otto Braß, Annedore Leber, Hildegard Staehle und Theodor Steltzer – dem „Hauptausschuß der Opfer des Faschismus“ angehörten, der seinen Sitz in Ostberlin hatte und vom ehemaligen kommunistischen Spitzenfunktionär Ottomar Geschke geleitet wurde.

Das Bild vom deutschen Widerstand wurde der Bevölkerung der SBZ zunächst weniger durch Darstellungen über die illegale Tätigkeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, die Weiße Rose oder das Attentat vom 20. Juli 1944, sondern über die Dokumentation der Nazi-Greuel-taten in Konzentrationslagern und anderen Haftanstalten von überlebenden Insassen vermittelt. Solche Zeugnisse entstanden z. T. bereits in der Zeit zwischen der unmittelbaren Befreiung und der endgültigen Entlassung aus den Lagern und erschienen wenige Wochen bzw. Monate nach

8 Die folgenden Passagen stellen im wesentlichen eine Zusammenfassung eines Beitrages des Verf. mit dem Titel: Neuordnung der Nachkriegsverhältnisse in Ostdeutschland aus dem Geist des Widerstandes, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand in Deutschland 1933 – 1945, München 1994, dar.

dem Ende der Kampfhandlungen.<sup>9</sup> In diesen vor allem aufklärerischen Dokumentationen über Naziverbrechen wurde das Problem der Mitschuld durch Zustimmung, Wegsehen oder unterlassene Hilfeleistung meist unterschwellig angesprochen. Deutlicher in dieser Hinsicht war Günter Weisenborn in seinem 1947 erschienenen und gerade im Osten beträchtliche Wirkung erzielenden Erinnerungsbuch „Memorial“<sup>10</sup>. Weisenborn, Alfred Kantorowicz, der Herausgeber von „Ost und West“, und andere früher oder später in den Westen übersiedelnde Gegner des Nationalsozialismus handelten im eigenen Auftrag, während die Herausgeber der genannten Dokumentationen oder die Verfasser der noch in den vierziger Jahren erschienenen ersten Darstellungen über den Widerstandskampf<sup>11</sup> eigene Intentionen mit Vorstellungen der SMAD bzw. der entstehenden Verwaltungen und der KPD/SED-Führung verbanden.

Daß für diese aufklärenden Arbeiten Aufträge, d. h. Verordnungen, mehr und mehr bestimmend wurden, kann per se nicht Gegenstand von Kritik sein. Entnazifizierung und Demokratisierung mußten unter den gegebenen Umständen in Ost und West auf dem Verordnungsweg erfolgen. Die schon früh einsetzenden Koordinierungsbemühungen von SMAD, Länder- und Zentralverwaltungen, wirksam geworden z. B. in Richtlinien für den Wiederaufbau des Schulwesens, stellten m. E. zunächst eine konsequentere Umsetzung der alliierten Richtlinien zur Demokratisierung dar, als dies in den Westzonen der Fall war. Das Dilemma des verordneten Antifaschismus bestand darin, daß gleichzeitig mit den Verordnungen spätestens seit 1948 Einwände gegen die Richtlinien oder die ausgegebenen Verfahrensregeln weggewischt wurden und Beiträge ohne Bestellung immer weniger erwünscht waren, wie u. a. Alfred Kantorowicz in seinem Bericht über einen Zusammenstoß mit Alexander Abusch verdeutlichte.<sup>12</sup> Inwieweit im verordneten Antifaschismus auch bewußtes Übersehen von massenhaften Repressalien in den von den Sowjets installierten Lagern seit 1946 angeordnet war, ist heute schwer zu entscheiden. Von mir befragte Antifaschisten haben fast immer die Schuld der Inhaftierten als sicher angenommen. Daß sie freilich heute, trotz der Beweislast, sich kaum selbstkritisch prüfen, macht betroffen.

Auch wenn die Entstehungsgeschichte der beiden bekanntesten Bücher, die für die Aufklärung der Bevölkerung geschrieben wurden, Abuschs „Der Irrweg einer Nation“<sup>13</sup> und Grotewohls „Dreißig Jahre später“<sup>14</sup>, nicht bis ins einzelne bekannt ist, so darf doch angenommen werden, daß sie zentrale Anliegen der politischen Führung behandelten. Grotewohl vermerkt im Vorwort seines Buches, daß Mitarbeiter der Parteihochschule sowie der Historiker Erich Paterna und der Jurist Karl Polak Hilfe geleistet hätten.<sup>15</sup>

Die Diktion dieses Lehrbuches – als solches wurde es im Untertitel ausgewiesen – verrät denn auch passagenweise die spätere Handschrift parteioffizieller Werke. Beide Bücher versuchen den Lesern die Einsicht zu vermitteln, die in der Ostzone begonnene bzw. vollzogene Abkehr vom Imperialismus, für den die Junker und das Monopolkapital verantwortlich seien, müsse unumkehrbar gemacht werden. Die aufklärerisch-antifaschistische Grundhaltung wird nicht aufge-

9 Werner Bramke, Widerstandsforschung in der Regionalgeschichtsschreibung der DDR. Eine kritische Bilanz, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz, Köln 1993, S. 453 (Anm. 8, 9).

10 Erstmals 1947 erschienen, in der SBZ und DDR mehrfach wieder herausgegeben, letztmals zusammen mit: Der gespaltene Horizont. Niederschriften eines Außenseiters, Berlin/Weimar 1982. Die in den Episoden des Erinnerungsbuches immer wieder angesprochene Mitschuld verführter Deutscher wurde wohl deshalb so herausgehoben, weil Weisenborn schon beim Ersterscheinen des Buches von der „umfassende(n) Enttäuschung, die uns die Entwicklung der Welt nach dem Krieg aufzwang“, sprach. Zit. nach der letztgen. Ausgabe, S. 11.

11 Vgl. Bramke, Widerstandsforschung, S. 454.

12 Vgl. Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, T. 1, Berlin 1978, S. 463 f.

13 Noch 1945 im mexikanischen Exil entstanden, deutsch erstmals 1946 in Berlin erschienen und in der Fassung von 1949 „aktualisiert“, wobei der 20. Juli 1944 bereits die Bewertung der fünfziger Jahre erhielt.

14 Otto Grotewohl, Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1948.

15 Angabe nach der Edition von 1951, S. 8.

geben, freilich – besonders bei Grotewohl – in ihrer kommunistischen Ausrichtung als allein mögliche Version präsentiert. Den Begriff Antifaschismus verwendet Grotewohl sparsam, den Bereich Widerstand streift er nur, wobei er immerhin auf die Fehler der KPD, die zur Spaltung der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus führten, eingeht. Das Buch erinnert in seiner negativen Sicht auf die Rolle der SPD seit 1914 an die Sozialfaschismus-These. Vielleicht spielte Grotewohls Verbitterung über das abweisende Verhalten Kurt Schumachers dabei auch eine Rolle.

Die bisherigen Darlegungen sollten verdeutlichen, daß in der SBZ die Frage des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zunächst über die aufklärerisch-erzieherische Tätigkeit der Protagonisten behandelt wurde, dann aber auch durch die im Vergleich zu den Westzonen größere Repräsentanz in den politischen Leitungsgremien hervortrat. Darstellungen über den Widerstand wurde zunächst wenig Platz eingeräumt. In den politischen Verlautbarungen (Befehlen, Richtlinien, Kommentaren, Einschätzungen) wird der Begriff Widerstand – ob als antifaschistischer oder Widerstand gegen den Nationalsozialismus – höchst selten und dann überwiegend von bürgerlichen Vertretern im Block verwendet. Statt dessen finden die Termini Antifaschismus und antifaschistisch eine fast inflationäre Verwendung. Diese Sprachregelung war nicht erst ein Resultat der Spaltung, sondern durchgängig schon 1945 anzutreffen; sie zeigt, wie die Besatzungsmacht ihre Diktion und die ihrer kommunistischen deutschen Verbündeten durchsetzen konnte. Wenn der Begriff Antifaschismus in den Westzonen weniger häufig gebraucht wurde, so verweist das auch darauf, daß die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus noch nicht so intensiv wie im Osten geführt wurde. In der SBZ bedeutete Antifaschismus nicht in erster Linie „Geist des Widerstandes“, sondern Parteinarbeit für die politische Umwälzung nach der Befreiung. Dabei zählte das aktuelle Verhalten mehr als eine exponierte Stellung im Widerstand. Diese galt, wenn sie mit einer zu großen Eigenständigkeit verbunden war, als eher problematisch oder gar unerwünscht.

Die Forschungen und Würdigungen des Widerstandes sind Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre<sup>16</sup> in der SBZ und DDR noch nicht in dem Maße von der Hervorhebung des kommunistischen Antifaschismus und der Heroisierung einzelner

gekennzeichnet, wie dies in späteren Jahren der Fall war. Daß auch in dieser Periode die Präsentationen zum kommunistischen Widerstand quantitativ dominierten, deutete einen politischen Trend an, resultierte aber auch daraus, daß auf dem Territorium der SBZ die Zentren der kommunistischen Illegalen gelegen hatten. Und immerhin erhielten die Vertreter des bürgerlichen Lagers noch die Möglichkeit, wenigstens bis 1948 z. B. das Attentat vom 20. Juli 1944 zu würdigen – eine Möglichkeit, von der vor allem Jakob Kaiser Gebrauch machte.<sup>17</sup> Straßenumbenennungen zugunsten des Arbeiter- und besonders des kommunistischen Widerstandes erfolgten zu dieser Zeit noch nicht. In Leipzig gab es Straßen, die nach prominenten Mitgliedern des nationalkonservativen Widerstandes wie Beck, Hoepner, Witzleben oder Goerdeler benannt waren. Seit etwa 1952 erfolgte der Namentausch. A. Saefkow, W. Florin und W. Stoecker ersetzten die Generäle, aus der Goerdelerstraße wurde die Philipp-Müller-Straße. Der 20. Juli galt in den fünfziger Jahren – bei partieller Anerkennung des Wirkens patriotischer Kräfte um Stauffenberg – als eine Verschwörung, die durch reaktionäre Persönlichkeiten wie Carl Goerdeler geprägt worden und daher als nicht antifaschistisch anzusehen sei.<sup>18</sup> Diese Sichtweise war im Kalten Krieg entstanden und wurde durch Festschreibungen von Spitzenpolitikern wie Walter Ulbricht in Abstimmung mit sowjetischen Interessen und Doktrinen verbindlich – auch für die Geschichtswissenschaft. Gewiß trug die Ausklammerung der kommunistischen Aktivitäten aus dem Spek-

16 Diese Phase der Auseinandersetzung mit dem Widerstand wird bei Jürgen Danyel ausführlicher behandelt. Vgl. seinen Beitrag in diesem Heft.

17 Vgl. Jakob Kaiser, *Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl*, hrsg. und eingel. von Tilman Mayer, Köln 1988.

18 Vgl. Kurt Finker, *Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution?*, Berlin 1994, S. 9 f.

trum des deutschen Widerstandes in der Bundesrepublik und die Verfolgung von Kommunisten, darunter ehemaliger Widerständler, zu dieser Tendenz bei.

Bis in die frühen fünfziger Jahre hatte die an den Universitäten der DDR etablierte Geschichtswissenschaft so gut wie keinen Anteil an der Herausbildung von Positionen zum deutschen Widerstand. Das lag daran, daß die Historiker, die die Geschichtswissenschaft in der DDR zunächst wieder in Gang setzten, überwiegend nicht zu den erklärten Gegnern des NS-Regimes gehört hatten. Bemerkenswert ist aber, daß selbst einst inhaftierte oder emigrierte Mitglieder von Widerstandsgruppen, die nach der Befreiung die marxistische Geschichtswissenschaft etablieren halfen (z. B. Walter Markov und Ernst Engelberg), sich kaum der Widerstandsforschung widmeten; selbst Heinrich Scheel wurde mehr als Historiker der Mainzer Republik denn als solcher des Widerstandes bekannt.<sup>19</sup> Es mag Zurückhaltung aus Bescheidenheit oder die Einsicht gewesen sein, daß persönliche Betroffenheit Voreingenommenheit schaffe. Zu bedauern war es allemal, wie ich auch aus Gesprächen mit Markov erfahren konnte, der davor warnte, zwischen Antifaschisten (gleich Kommunisten) und („nur“) bürgerlichen Oppositionellen zu trennen.<sup>20</sup>

Die seit einer ZK-Sitzung 1951 gültige Orientierung auf die schwerpunktmäßige Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung<sup>21</sup> beschleunigte die Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Prinzipien in der Geschichtswissenschaft. Das bedeutete auch, daß der kommunistische Widerstand zum Maßstab für den Widerstandskampf insgesamt wurde. Ein Nachschlagewerk von 1963 wertete den antifaschistischen Widerstand als Klassenkampf unter den Bedingungen seiner Zeit<sup>22</sup> – was übrigens insofern konsequent war, als diese Definition auch dem Selbstverständnis der Kommunisten in der Illegalität in Deutschland entsprochen hatte. Die im illegalen Kampf gewonnene größere Unabhängigkeit gegenüber der Zentrale in Moskau hat nach meinen Erkenntnissen an diesem Selbstverständnis nicht rütteln können.

Die hier skizzierten Positionen blieben in der Widerstandsforschung und in der Öffentlichkeitsarbeit bis in die achtziger Jahre im wesentlichen konstant. Anders als in der BRD, die in den sechziger Jahren die Herausforderung durch die DDR und deren Konzentration auf den Arbeiterwiderstand annahm und sich verstärkt diesem zuwandte, setzte ein Wandel in der offiziellen Sichtweise des Widerstandes zunächst nicht und dann erst zaghaft in den siebziger Jahren ein. Vor allem die Hinwendung zu sozialgeschichtlichen Methoden in Westdeutschland führte zu einer Flexibilisierung des Widerstandsbegriffs, insbesondere zur Berücksichtigung der sozialen und politischen Breite des deutschen Widerstandes. Methodisch wurden diese Anregungen in der DDR erst in den achtziger Jahren und auch nur zögernd angenommen. Neue Akzente für eine größere Offenheit gegenüber dem nichtkommunistischen Antifaschismus, also einer Erweiterung der politischen Bandbreite im Spektrum des Widerstandes und der Widerstandsforschung, brachten die siebziger Jahre. Die Wissenschaft folgte der politischen Entspannung in der „Ära Honecker“; und es mag kein Zufall gewesen sein, daß unter dem einstigen Illegalen Honecker die Widerstandsforschung flexibler als unter dem Moskau-Emigranten Ulbricht agieren konnte.

Die äußere Entspannung verstärkte über die KSZE-Konferenz von 1975 den Druck auf die DDR-Führung, innenpolitisch aufgeschlossener zu reagieren. Zudem bot ein nicht nur zur Schau gestellter Antifaschismus, der auch unter aktuellen Bedingungen Bündnisbereitschaft und -breite gegenüber Andersdenkenden offerierte, Chancen, das DDR-Bild im kapitalistischen Ausland aufzubessern, zumal in Ländern wie Frankreich oder Italien der Antifaschismus der DDR zum Leiden der BRD-Regierung und -Öffentlichkeit immer eine nicht zu unterschätzende Anerkennung gefunden hatte. Die Entkrampfung der Beziehungen zur Kirche gerade unter Honeckers

19 Sein wichtigster Beitrag zum Widerstand: Heinrich Scheel, Die „Rote Kapelle“ und der 20. Juli 1944, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 33 (1985), S. 326 – 337.

20 Brief Walter Markovs an den Verf. vom 19. Oktober 1984.

21 Vgl. Hans Maur, Zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und Betriebsgeschichte, in: BzG 30 (1988), S. 329.

22 Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1963, S. 72.

Einfluß hing mit diesem taktischen Kalkül zusammen, hatte aber auch Wurzeln in der Erinnerung Honeckers und maßgeblicher Kirchenführer wie Albrecht Schönherr an gemeinsame antifaschistische Solidarität.<sup>23</sup> In den siebziger Jahren kam es im Zeichen dieser Entwicklung zur stärkeren Beachtung der Arbeit von Kirchenhistorikern, die sich mit der Rolle der Kirchen im Nationalsozialismus auseinandersetzten.<sup>24</sup> Es gab so etwas wie ein stillschweigendes Übereinkommen zwischen Kirchenhistorikern, die sich mit eben diesem Thema, und „Profanhistorikern“, die sich mit dem Widerstand befaßten, dabei gut zusammenarbeiteten, wobei letztere auch dem „Widerstand aus Glauben“<sup>25</sup> Beachtung schenkten.

Der Aufschwung der Widerstandsforschung führte zugleich aber zu einer noch intensiveren legitimatorischen Nutzung durch Partei und Staat. Honecker ging es offensichtlich um die Selbstdarstellung und Idealisierung „seiner“ Zeit unter Thälmann, weshalb ja auch die Thälmann-Biographie<sup>26</sup>, die zwar massenhaft vertrieben, aber kaum gelesen wurde, durch das Politbüro zum „Volksbuch“ erklärt wurde. Honecker und seine Mitstreiter glaubten, ihre Vorstellungen von den Klassenkämpfen der Weimarer Republik und vom Antifaschismus allen Teilen der Bevölkerung vermitteln zu müssen oder zu können. Auch hierin zeigte sich der Zwiespalt in der SED-Führung seit Anfang der siebziger Jahre: Einerseits kam es zu einer gewissen politischen Lockerung, andererseits bestand weiterhin die Unfähigkeit zu umfassender Modernisierung. Die zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten verstärkten die Uneinsichtigkeit der „Politgreise“ bis zum Starrsinn, der auch die Einsicht verhinderte, daß der zeitweilige antifaschistische Konsens bei Teilen der Bevölkerung inzwischen weitgehend aufgebraucht, auf jeden Fall aber nur noch schwer zu vermitteln war. Dies galt freilich in einem erheblichen Maß schon seit den späten sechziger Jahren, wie diejenigen wissen, die damals in Schulen oder anderen Bildungsinstitutionen ein zunehmendes Desinteresse am Antifaschismus registrierten.<sup>27</sup>

Die Beschwörung des Antifaschismus als sozusagen letzter Klammer des Staatswesens, das in seinem Zeichen gegründet worden war, konnte in der Spätphase der DDR auch deshalb nicht die erwünschte Wirkung haben, weil seine wissenschaftliche Erforschung und z.T. auch Darstellung in der Öffentlichkeit spätestens in den achtziger Jahren „historisiert“; was letztlich bedeutete: versachlicht worden war. Kurt Finkers Stauffenberg-Biographie<sup>28</sup> wurde in der Erstauflage unfreundlich aufgenommen, der Autor von maßgeblichen Historikern heftig attackiert. Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im Sommer 1983 würdigten wiederum maßgebliche Historiker auf einer repräsentativen Veranstaltung Finkers bedeutende Verdienste in der Entwicklung des DDR-Bildes vom 20. Juli 1944, was zwar nicht dokumentiert, doch mit Aufmerksamkeit, aber ohne Aufregung registriert wurde. Ein dreiviertel Jahr später vollzog die Mehrheit der mit der Widerstandsforschung befaßten Historiker auf einem denkwürdigen Kolloquium in Sellin die endgültige Abkehr von der Fixierung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus auf den Klassenkampf. Bemerkenswert war dabei besonders die wissenschaftliche Öffentlichkeit, die, sonst bei solchen Tagungen vermieden, u.a. durch Hans Mommsen, Christoph Kleßmann, Lutz Niethammer und eine Reihe nichtdeutscher Historiker repräsentiert war.<sup>29</sup> Offenkundig sollte die enttabuisierte Diskussion um den „heiligen“ Antifaschismus ein Angebot zur „Koalition der Vernunft“ werden.

23 Albrecht Schönherr wies in einem Rückblick (Zum Weg der evangelischen Kirche in der DDR, Berlin 1986, S. 10) auf die große Bedeutung der „erste(n) wirklichen Berührung zwischen Christen und Kommunisten ... in den KZs“ hin.

24 Von Bedeutung besonders Kurt Meier, Der evangelische Kirchenkampf, 3 Bde., Halle 1984.

25 Widerstand aus Glauben. Christen in der Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus, zusammengest. u. hrsg. von Klaus Drobisch/Gerhard Fischer, Berlin 1985.

26 Günther Hortschantzky u.a., Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1979.

27 Der Verf. erinnert sich deutlich an entsprechende Diskussionen unter Lehrern im Frühjahr 1969.

28 Kurt Finker, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1967.

29 Vgl. Kurt Pätzold/Wolfgang Meinicke, Der Kampf gegen den Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 32 (1984), S. 718.

Die Historisierung des Antifaschismus, so scheint mir, war nicht nur in einseitig politischen, sondern ebenso in sozialen Veränderungen begründet, die die politischen Wandlungen beförderten. Sigrig Meuschel hat den Erfolg der SED-Führung bezüglich der Nivellierung der Klassengegensätze konstatiert, aber auch betont, daß diese Politik, die letztlich der Eliminierung von Widerstand gegen die Macht gedient habe, die Gesellschaft unfähig für durchgreifende Innovation machte und den Kollaps der DDR bedingte.<sup>30</sup> Ich halte diese These für sehr anregend, aber noch längst nicht bewiesen. Mir scheint vielmehr, daß mit der vorgeblichen Nivellierung der Gesellschaft neue Strukturen und Widersprüche entstanden waren, die tendenziell anderen Industriegesellschaften ähnelten. Ich habe an anderer Stelle darauf verwiesen, daß gerade die tiefen, auch sozialen Widersprüche selbst innerhalb der Einheitspartei entscheidend den schnellen Zusammenbruch der Macht 1989/90 bedingten.<sup>31</sup> So führe ich auch das Suchen nach einem neuen Erbeverständnis vor allem in den achtziger Jahren auf diese inneren Differenzierungen zurück. Wenn das zutrifft, dann wäre das Verblässen des antifaschistischen Mythos bei der Mehrheit nicht in erster Linie Resultat einer abgegriffenen Propaganda, sondern auch Folge der sozialen Differenzierung. Einer sich widersprüchlich entwickelnden Gesellschaft konnte der Antifaschismus, der zunächst in einer erzwungenen Harmonisierung sozialer und politischer Gegensätze angemessen gewesen sein mag, nicht mehr entsprechen.

Die Vereinigung 1990 brachte der ehemaligen DDR eine Geschichtslandschaft, die von der differenzierten der alten Bundesrepublik nur insofern etwas abweicht, als in Ostdeutschland die konservativen BRD-Historiker stärker dominieren als in der Bundesrepublik insgesamt – ein Resultat der Überwindung der „überflüssigen Geschichtswissenschaft“<sup>32</sup> der DDR. In der Widerstandsforschung gibt es einige Besonderheiten, denn hier fanden auch ehemalige DDR-Historiker dank der Unterstützung ihrer Kollegen aus den alten Bundesländern Möglichkeiten, die Resultate ihrer Arbeit einzubringen. Für die Gesamtentwicklung in den neuen Bundesländern wird dieses Problem eine Marginalie bleiben. Eine größere Bedeutung dürfte der Umgang mit dem Antifaschismus der DDR insgesamt behalten, denn seine Resultate prägten wesentlich die Sozialisation der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung, was sich nicht zuletzt in einem ausgeprägten kollektiven Sozialverhalten niederschlug. Ob sich darin wirklich Mangel an Modernität ausdrückt, erscheint so sicher nicht.

Es könnte längerfristig für das kollektive Gedächtnis im Osten von Belang sein, wie die Öffentlichkeit der Bundesrepublik mit „ihren“ überlebenden Widerständlern umgegangen ist. Hier zeigen sich widersprüchliche Tendenzen. Daß heute die Aktivisten des nichtkommunistischen Widerstandes besonders geehrt werden, verlangt Verstehen. Aber es macht betroffen, wenn z. B. Rosemarie Sacke, die Witwe des von den Nazis umgebrachten Historikers Dr. Georg Sacke, ehemals Privatdozent an der Universität Leipzig, schreibt: „Ich halte es nicht für wünschenswert, nicht für im Sinne meiner Freunde, wenn wir *jetzt* als *nicht* proletarische Widerstandsgruppe gewürdigt würden, wie es z. B. eine bayerische Reporterin nach 1989 bei mir versucht hat.“ Es handelt „sich hier um eine feindliche Einstellung gegenüber den eigentlichen Trägern des Widerstandes, welche die höchsten Opfer gebracht haben.“<sup>33</sup>

30 Sigrig Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR*, Frankfurt/M. 1992, S. 10–15.

31 Werner Bramke, *Widerstand und Dissens. Gedanken über die Vergleichbarkeit von Widerständigkeit im Faschismus und im „realen Sozialismus“*; in: Konrad H. Jarausch/Matthias Middell (Hrsg.), *Nach dem Erdbeben*, Leipzig 1994, S. 213–242.

32 So Kurt Nowak in seinem Essay: *Zur Lage der Geschichtswissenschaft in den neuen Bundesländern*, in: *Universität Leipzig*, 5, 1992, S. 8.

33 Brief Rosemarie Sackes an den Verf. vom 20. Mai 1994 (Hervorhebung im Original).

OLAF GROEHLER

## Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre Verbände in der deutschen Nachkriegsgesellschaft

Am 10. März 1945 rief Wilhelm Pieck den für einen Deutschlandeinsatz vorgesehenen Kursanten der KPD zu: „Es muß ein wahres Volksgewitter gegen den Faschismus und alle seine Einrichtungen entfacht werden, um Deutschland von der Nazipest zu reinigen.“<sup>1</sup> Dies war zwar schon eine Milderung der Selbsttäuschungen, die noch Wochen zuvor das Denken des KPD-Vorsitzenden beherrscht hatten. Er glaubte seit 1933 mehr oder minder an die Illusion, dem Nazispuk könnte durch einen Volksaufstand in letzter Minute gemeinsam mit den vordringenden siegreichen alliierten Armeen endgültig das Rückgrat gebrochen werden. Der Parteifunktionär stellte zwar nicht mehr die kommunistischen Kader auf Ereignisse von der Art des 20. Juli 1944 ein, rechnete jedoch zuversichtlich mit Aktionen der Volksmassen im verbliebenen Restteil des Dritten Reiches. Piecks Gläubigkeit war nicht nur dem Dogma geschuldet, das sich mit dem Begriff Volksmassen in der kommunistischen Ideologie verband, sondern entsprach einer seinerzeit auch in anderen Lagern der deutschen Emigration tief ausgeprägten Wunschvorstellung, daß ein großer Teil der Deutschen die endgültige Niederlage des NS-Regimes als einen Akt der Befreiung empfinden werde. Der sozialdemokratische Parteivorstand in London erklärte im April 1945, daß es höchstens noch 20 Prozent echte Nazis in Deutschland gebe und die Zahl der bewußten Nazigegner zwischen 35 bis 40 Prozent betrage.<sup>2</sup>

Viele Häftlinge in den Konzentrationslagern des NS-Regimes ertrugen Unerträgliches nur in der Hoffnung, die Deutschen würde das pure Entsetzen und eine grenzenlose Scham packen, wenn sie eine Ahnung von dem hätten, was sich in den Lagern ereignete. „Ich glaube wenn wir uns unserer vielen, vielen Stunden erinnern, die wir während des Appells auf dem Lagerplatz standen, und mancher sagte, na wenn wir mal rauskommen ... daß es nicht so gekommen ist, wie wir es uns vorstellten. Wir hatten große Illusionen darüber insbesondere, daß uns das Volk anders gegenübertritt, als es der Fall ist. Wir haben uns häufig genug in der Zehnerreihe die Führerreden anhören müssen, aber da wir Hunger und Wut im Bauch hatten, waren wir von vornherein immun. Das Volk aber, das diese Reden, die Fanfaren hörte, das Volk war nicht immun. Ich glaube, wie die wirkliche Stimmung des Volkes ist, darüber brauchen wir uns nichts vorzumachen.“<sup>3</sup>

Die Enttäuschung, die sich mit der langsam wachsenden Erkenntnis und Einsicht einstellte, war für die Opfer und Verfolgten des Naziregimes, für die Widerstandskämpfer, aber auch für Juden, Sinti und Roma, bereits einige Monate nach dem 8. Mai 1945 grenzenlos, weil die Mehrheit der Deutschen diesen Tag nicht als Befreiung, sondern als Tag der Niederlage, als bedingungslose Kapitulation und als nationale Entehrung empfand. Die Mehrheit der Deutschen im Dritten Reich hatte eben nicht in ununterbrochener Distanz, Opposition oder gar im Widerstand zum Dritten Reich gestanden, sondern es bereitwillig mitgetragen und sich, wenn nicht im unge-

1 G. Keiderling (Hrsg.), „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993, S. 250.

2 Zur Geschichte eines politischen Umsturzversuches in Hitlerdeutschland, in: Sozialistische Mitteilungen, London, abgedruckt in: U. Adam (Hrsg.), Die Generalsrevolte. Deutsche Emigranten und der 20. Juli 1944, Berlin 1994, S. 191.

3 So Walter Bartel auf der Delegiertentagung der ODF Groß-Berlins am 23. November 1946, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden SAPMO-BArch), BPA, IV L-2/ 15.

teilten, so aber im Konsens mit diesem Regime befunden. Die Enttäuschung, nicht als Vertreter des anderen Deutschland anerkannt und respektiert zu werden, sondern sich bald des Vorwurfes ausgesetzt zu sehen, die Privilegierten einer neuen Ordnung zu sein oder sich gar der Anklage erwehren zu müssen, Landesverrat begangen zu haben, machte sich in harten Anklagen der Verfolgten an das deutsche Volk Luft. Die Vorwürfe lauteten, sich nicht von Verbrechen abgewandt, schamlos dem mörderischen Treiben der SS-Banditen beigewohnt zu haben, sich nicht gewehrt, sondern willig den Befehlen der NS-Verbrecher gefolgt zu sein und sich nun in eine mitleidische Nicht-Gewußt-Haben-Rolle zu flüchten.

Im Sommer 1945 hatten noch viele Häftlinge aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern, die sich spontan in sozialen Hilfsausschüssen organisiert hatten, geglaubt, daß, wie es der Vorsitzende des Hauptausschusses Opfer des Faschismus formulierte, „der Kern des deutschen Volkes gesund ist“<sup>4</sup>, daß es nur gelte, diesen verschütteten Kern freizulegen und zu nutzen. Die großen Opferfeiern in Berlin, als sich mehrere Zehntausende Berliner, mehr als Berlin je Widerstandskämpfer gezählt hatte, auf den beschwerlichen Weg nach Neukölln machten, um der gemordeten Opfer des NS-Regimes parteiübergreifend, in dem von Hans Scharoun gestalteten Innenraum des Stadions, zu gedenken, als Berlin ganz im Banne dieser Totenehrung stand, schienen die Hoffnung zu nähren, daß der Widerstandskampf als Verkörperung des besseren Deutschland Akzeptanz und Anerkennung der Deutschen, aber auch der Völker Europas gewinnen könne.

Doch die Haltung der Deutschland vom Nationalsozialismus befreienden Alliierten zu den Verbänden der Verfolgten und des Widerstandes war ambivalent. Sie galten ihnen zwar als die besseren Deutschen, was angesichts des Besatzungsregimes indes nicht bedeutete, mit ihnen auf gleicher Ebene zu verkehren. Sie waren zwar die Verkörperung des anderen Deutschland, zugleich aber auch Angehörige eines besiegten Volkes, denen keine besondere Rolle eingeräumt wurde. Das betraf die westlichen Besatzungsmächte genauso wie die Sowjetunion, der ein im sowjetischen Exil lebender Deutscher weitaus vertrauenswürdiger war als jeder KZ- oder Zuchthaushäftling. Hier spielte auch hinein, daß der innere deutsche Widerstand, auch der kommunistische, eine weitaus stärkere nationale Prägung aufwies als etwa das stalinistisch verformte Moskauer Exil. Resigniert jedenfalls urteilte im September 1947 der Kommunist und erste Präsident der Jüdischen Gemeinde in der DDR, Julius Meyer: „Wir müssen doch sagen, daß wir uns unsere Befreiung ein wenig anders vorgestellt haben, denn wenn wir auch die Besiegten sind, so waren doch wir es, die den Kampf gegen das Naziregime überhaupt aufgenommen haben.“<sup>5</sup> Die Besatzungsherrschaft wurde als Überstülpung fremder Normen betrachtet, ohne dem deutschen Widerstand bei der Ausgestaltung der Nachkriegsgesellschaft die von ihm geforderten und moralisch als selbstverständlich angesehenen Freiräume zuzugestehen. Im Gegenteil: mühsam, zäh und langwierig mußten die Verfolgtenverbände in Ost und West um ihre formale Zulassung ringen, rangierten sie in der politischen Optik der Siegermächte doch weit hinter den politischen Parteien. Sie, die aus ihrer Verfolgung, ihrem Kampf und ihrem Leid den moralischen Anspruch ableiteten, über den Parteien stehend mindestens das bessere Gewissen der Deutschen zu sein, sahen sich bald als Fürsorgeverein an den politischen Rand gedrängt. Das veranlaßte sie seit Ende 1946, sich zu einem politischen Kampfbund umzubilden. Diesem Bund indes hafteten alle Mängel der Selbstbeschränkung eines fixierten historischen Bildes und eines elitären Sonderbewußtseins an, das den Wert seiner Mitglieder häufig ausschließlich nach ihrer Haftdauer maß, bewußt ein Kämpferidol pflegte, welches auf Kosten der meisten Opfer ging, und sich eindeutig von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung abgrenzte, die als ein Objekt der Umerziehung und Läuterung angesehen wurde.

4 Archiv des Interessenverbandes ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgte des Naziregimes und Hinterbliebene, Akte 27, Oktober 45, Leipzig, Bl. 8.

5 Den Toten zu Ehren. Den Lebenden zur Pflicht. Internationale Delegierten-Konferenz Berlin 13. 9. 47, Berlin o. J., S. 41.

Im ersten Jahr nach der Befreiung schienen die Deutschen zunächst gewillt, mit den Verfolgten und Opfern des Regimes das wenige noch Verbliebene zu teilen. Doch die Euphorie hielt nicht lange an. Die Gründe waren manigfaltig, lagen teils außerhalb der Macht der Verfolgtenverbände, waren andererseits Folge ihres Tuns, das von der Mehrheit der Deutschen kritisch verfolgt und begleitet wurde. Teilweise außerhalb ihres Handelns lag die Tatsache, daß zwischen den Widerstandskämpfern hierarchische Barrieren errichtet wurden. So sollte ein mit dem Tod bezahlter Widerstand nun plötzlich mehr gelten als der andere erlittene Tod, weil er anderen Zielen galt. Schon mit der Bodenreform, die auch Angehörigen des 20. Juli 1944 Grund und Boden nahm, weil das kommunistische Radikalkonzept einer gesellschaftlichen Umwandlung wichtiger schien als das Vermächtnis des Widerstandes, mußte die einheitliche Widerstandsfront bröckeln. Sie wurde auch nicht gefestigt durch die endlosen und für viele deutschen Juden entwürdigenden Diskussionen und darauf fußenden diskriminierenden Bestimmungen, wer als Opfer des Faschismus 1., 2. oder 3. Ordnung zu gelten habe.

Mochte dies die so vielfach beschworene Solidarität der Opfer und Verfolgten immer mehr zu einem rein formalen Begriff machen, so trug das Verhalten der Opferverbände gegenüber der Mehrheit der Deutschen, die in ihren Augen als verstockt, uneinsichtig, reulos und zutiefst naziverwurzelt galt, ein übriges dazu bei, daß ihre Popularität und ihr Ansehen in den Augen der meisten Deutschen sank. Im Rückblick dünken die Widersprüche fast unlösbar. Hier standen zwei diametral geprägte Erfahrungswelten gegenüber, die das NS-Regime aus völlig unterschiedlichen Perspektiven wahrgenommen hatten und zwischen denen in der Nachkriegszeit keine Brücken geschlagen werden konnten. Häftlinge, Illegale und Emigranten hatten das Dritte Reich ausschließlich als ein System des Terrors, der Vernichtung, der Unmenschlichkeit und des Verbrechens wahrgenommen, mit dem sie nichts, aber auch nicht das Geringste gemein hatten und mit dem sie nichts verband. Sie erwarteten von ihrem Volk rasche Abkehr und Bekehrung. Ihre Anklagen und ihre Enthüllungen dröhnten den meisten Deutschen wie die Posaunen von Jericho ins Ohr, erinnerten an eigenes Versagen, an eigene Scham und an eigenes geflissentliches Wegschauen und Verdrängen. Aber zugleich war für Millionen Deutsche dieses Dritte Reich nicht nur das Reich des Bösen und unermesslicher Verbrechen gewesen, sondern zugleich ein Ort von spezifischer Alltäglichkeit, in dem man gelebt, geliebt und gewohnt hatte. Eine Übereinstimmung von beiden Perspektiven ließ sich für die meisten Deutschen in dieser Zusammenbruch- und Übergangsgesellschaft nicht herstellen, vor allem nicht rasch und schnell. Deutsche Einsichten in die wahre Natur des NS-Regimes wechselten mit Trotzreaktionen, die sich zunehmend jeglicher Reue verschlossen. Stießen die ersten Maßnahmen zur Entnazifizierung durchaus noch auf Verständnis und Beihilfe der Berliner und Brandenburger Bevölkerung, löste die sowjetische Internierungspraxis Unverständnis und Ablehnung aus. Viele Deutsche hielten es nicht für angemessen, daß sich ihre Männer in langjähriger Kriegsgefangenschaft befanden, die hinter der Front verbliebenen Goldfasane indes ungeschoren davon kommen sollten. Die radikalen personellen Entnazifizierungsforderungen, die die Verfolgtenverbände stetig und unnachgiebig propagierten und popularisierten und die sich durch geringe Differenzierung zwischen Aktivisten, Mitläufern und nominellen Parteigenossen auszeichneten, erzeugten Furcht und Angst. Die Verfolgtenverbände rückten bei ihrer unnachsichtigen Forderung nach moralischer und politischer Säuberung in den Augen vieler in die Funktion von inquisitorischen Organen, die mehr als die staatlichen Ämter gefürchtet wurden. Was sollte auch für eine populistische Wirkung von einem Wiedergutmachungsmemorandum des kommunistischen Häftlings Karl Grünberg an der Jahreswende 1945/1946 ausgehen, der die Säuberung des Augiasstalles, genannt Deutschland, forderte, indem er alle Pj's durch besondere Ausweise oder durch offen getragene Hakenkreuze stigmatisieren wollte, wobei er in der ersten Gruppe Nazis, in der zweiten Gruppe Deutsch-Nationale und in der dritten Gruppe 150prozentige, politische Denunzianten, Judenhetzer und Pogrombanditen erfassen wollte, mehrjährige Lagerstrafen in und außerhalb Deutschlands für

diese Gruppen forderte, bei minimalster Ernährung, die als Judenfasttage ausgegeben wurden.<sup>6</sup> Oder was sollten Akademiker aller Wissenschaftszweige von dem Aufruf im Organ der vvn halten, alle Promotionen und Habilitationen im Dritten Reich genauestens zu überprüfen, möglichst die meisten wissenschaftlichen Graduierungen abzuerkennen, denn die meisten „haben sich eine unfafßbare Geschichtsfälschung zuschulden kommen lassen, ein wahnsinniges Recht der Herrenrasse gelehrt und auf diese Weise den ehemaligen Ruf der deutschen Wissenschaft gründlich verdorben“<sup>7</sup>.

Politikfähig waren indes derartige Konzepte nicht und fanden deshalb auch kaum Resonanz bei den politischen Entscheidungsträgern, auch nicht innerhalb der KPD oder SED, was wiederum dazu führte, daß sich ein immer größerer Teil der ehemaligen Widerstandskämpfer von politischen Entscheidungsprozessen ausgegrenzt fühlte. Das betraf in erster Linie jene widerständigen kommunistischen Altkader, die wenig Verständnis für die verschleierte, machtpolitische Politik der Moskauer Emigranten aufbrachten, die sie in letzter Instanz für einen Verrat an den Idealen des kommunistischen Widerstandes hielten. Noch 1948 war es möglich, daß die Kreisleitung der SED Oelsnitz im sächsischen Vogtland an Karl Schirdewan schrieb: „Die Lehren aus den 12 Jahren wurden gezogen und manch altem Genossen wollte es nicht in den Kopf, daß man keine Revolution macht, sondern eine auf Grund der geschichtlichen Bedingungen aufgebaute Politik trieb.“<sup>8</sup> Ein kommunistischer Politikleiter aus Coswig meinte sogar, im Interesse der Machtgewinnung sollte man keine Scheu davor haben, selbst aus den Kreisen der „aus westlicher Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden auch, wenn sie in der SS waren, die aktiven Elemente zu gewinnen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Schlacht nur gewonnen werden kann mit Männern, die den Mut zur letzten Konsequenz haben“<sup>9</sup>. Einen Ausweg aus der Gefahr isoliert zu werden, sahen einflußreiche Funktionäre der Verfolgtenorganisation in dem Versuch, der deutschen Widerstandsbewegung eine doppelte Legende überzustülpen. Die eine Legende faßte Hans Seigewasser schon 1947 in die Worte: „So war er, der deutsche Widerstandskämpfer, bescheiden, sauber, anständig, selbstlos, zuverlässig und solidarisch.“<sup>10</sup> Damit war in der Sowjetischen Besatzungszone ein Topos vorgegeben, der in der Folgezeit immer ausgeprägtere Konturen annahm und schließlich ein Bild vom makellosen Widerstandskämpfer zeugte, das von niemandem mehr nachempfunden werden konnte und das eine fast mystische, jedenfalls für normal Sterbliche unerreichbare, fast religiöse Größe gewann. Hinter dieser Suggestion verschwand indessen der tatsächliche Heroismus des deutschen Widerstandes, wurde Gegenstand von Weihe, aber nicht mehr von nachvollziehbarem kritischen und emanzipatorischen Verhalten. Die zweite Legende des Widerstandes bestand darin, daß er in einer Weise überhöht wurde, die ihn zu einem Massenphänomen machte. 1947 erklärte der Organisationssekretär des Hauptausschusses Opfer des Faschismus, Helmut Bock: „Nach Schätzungen des bis heute vorliegenden Materials befanden sich in den deutschen Widerstandsgruppen 800 000 Kämpfer – wir zählen heute in ganz Deutschland 300 000 Überlebende. Eine halbe Million Deutsche sind für die Freiheit und das Ansehen ihres Volkes auf der grausigen Walstatt der Hinrichtungsstätten und KZs geblieben“<sup>11</sup> – eine Hochrechnung, die von der wissenschaftlichen Forschung in keiner Weise bestätigt werden konnte.

In gewisser Hinsicht wohnte den Bemühungen der Opferverbände in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit in der Sowjetischen Besatzungszone eine bestimmte Tragik inne: Ihnen gelang es einerseits nicht, innerhalb der Bevölkerung eine Akzeptanz für die Traditionen des deutschen Wider-

6 SAPMO-BArch, ZPA, V 278/3/175.

7 Unser Appell 1, 1947, Nr. 4 vom Oktober 1947, S. 13.

8 SAPMO-BArch, ZPA, I 2/3/125, Bl. 81.

9 SAPMO-BArch, ZPA, I 2/3/127, Bl. 71.

10 Hans Seigewasser, Verpflichtung zum Widerstand, in: Unser Appell 1, 1947, Nr. 2 vom August 1947, S. 1.

11 Bericht von der Delegierten-Konferenz zur Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (vvn) in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands am 22. und 23. Februar 1947 in Berlin, Berlin o. J., S. 16.

standes zu erlangen. Die Mehrheit der Deutschen war in dieser Zusammenbruchsgesellschaft viel zu stark mit sich selbst beschäftigt, als daß sie das Vermächtnis dieser Minderheit anzunehmen oder gar zu übernehmen bereit gewesen wäre. Auf der anderen Seite trug der Verlust emanzipatorischen Erbes und einer nicht unverschuldeten Arroganz gegenüber der deutschen Bevölkerung zu einer Selbstisolierung bei.

Die durchaus nachvollziehbare Unnachgiebigkeit und moralische Rigidität bei der personellen Verfolgung ehemaliger Nazis stand letztendlich in der DDR einer Integration eben dieser Bevölkerungsgruppen in eine sich neu konstituierende Gesellschaft im Wege. Diese mußte ungeachtet ihrer normativen, strukturverändernden Gesellschaftspolitik, die in den Augen von Kommunisten die Grundlagen von Faschismus mit Stumpf und Stil ausrottete, ihren stillen Kompromiß mit den kleinen Tätern des NS-Regimes im Sinne ihrer Integration und der Stabilisierung der Gesellschaft schließen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes hingegen verharrte in ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber allen Integrationsbemühungen, verweigerte namentlich an der Basis weitgehend ihre Mitarbeit in der sogenannten Nationalen Front, was ihre praktischen politischen Möglichkeiten zusätzlich minderte. Auf der anderen Seite büßte sie unter den Verfolgten und Opfern des NS-Regimes zunehmend ihre ursprünglich ausgeübte integrative Kraft in dem Maße ein, wie sie seit 1948/1949 zunehmend ganze Gruppen einstiger Kampf- und Leidensgefährten ausgrenzte und diffamierte. Diese Entwicklung begann mit dem Kampf gegen die Zeugen Jehovas und führte bis zu den antizionistischen, letztendlich antisemitischen Verleumdungen des Januar 1953. Die Organisation hatte sich damit zu einem willfährigen Instrument im politischen System der DDR erniedrigen lassen. Aus den Opfern der NS-Zeit waren vielfach Täter in der Nachkriegszeit geworden. Die Auflösung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes im Februar 1953 markierte einen entscheidenden Einschnitt. Die nächste Periode endete 1958 mit den Verfolgungen gegen Karl Schirdewan. Damals waren die letzten wichtigen Exponenten des deutschen Widerstandes zugunsten der Moskauer Emigrantenfraktion unter Walter Ulbricht politisch ausgeschaltet. Die nunmehr einsetzende Legitimierung des Staates DDR erfolgte auf der Grundlage eines einseitig verformten Antifaschismus ohne einen wesentlichen Teil der Antifaschisten.



JÜRGEN DANYEL

## Bilder vom „anderen Deutschland“. Frühe Widerstandsrezeption nach 1945

*Der Umgang mit dem Widerstand in der Nachkriegszeit – eine plurale Erinnerung?*

Der Umgang mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit und seine Aufarbeitung in den beiden deutschen Staaten ist in den letzten Jahren zu einem eigenständigen Gegenstand öffentlichen Interesses und wissenschaftlicher Reflexion geworden. Für diese „Verselbständigung“ der Rezeptionsgeschichte gegenüber der Erinnerung an die deutsche Opposition gegen das NS-Regime gibt es gute Gründe.

Die DDR und die Bundesrepublik befanden sich in einer politischen Konkurrenzsituation, die auch den Umgang mit der gemeinsamen Vorgeschichte in Gestalt des Nationalsozialismus und des deutschen Widerstandes geprägt hat. Die dabei in der Konfrontation, Abgrenzung und mit dem Anspruch auf kulturelle Hegemonie entwickelten Geschichtsbilder und Erinnerungsrituale haben tiefe Spuren im öffentlichen historischen Bewußtsein beider Gesellschaften hinterlassen. Als Prägungen und Sozialisationsmuster wie auch in der negativen Dimension ihrer Abwehr und Verdrängung erweisen sich diese Bilder als langlebige Bestätigungen einer über Jahrzehnte geteilten Erinnerung. Die Rekonstruktion der Genese und inneren Wandlung dieser unterschiedlichen Deutungen des Widerstandes in Ost und West geht insofern über eine bloße Bilanz der Widerstandsforschung in der DDR und Bundesrepublik hinaus. Sie könnte dazu beitragen, jene komplizierte Gegenwartskonstellation abweichender lebensgeschichtlicher Erfahrungen, disharmonischer politischer Mentalitäten und fragmentierten historischen Wissens zu entschlüsseln, die durch die Todesanzeigen für den Antifaschismus und das Abräumen der Denkmäler und Straßenschilder lediglich kaschiert ist.

Die Geschichte des Umgangs mit dem deutschen Widerstand im Nachkriegsdeutschland und in den beiden deutschen Staaten bis 1989 ist dabei nicht nur eine Geschichte komplementärer Verengungen und politischer Stilisierungen. Sie ist zugleich, blickt man auf die siebziger und achtziger Jahre, die Geschichte einer wachsenden Souveränität, sich jenseits der jeweils identitätsstiftenden Ikonen des 20. Juli 1944 und des kommunistischen Widerstandes der gesamten weltanschaulichen und politischen Breite der Opposition gegen den Nationalsozialismus, ihren verschiedenen Äußerungsformen und ordnungspolitischen Zielvorstellungen zu stellen.<sup>1</sup> Den

---

1 Vgl. dazu u.a. H. Mommsen, Widerstandsforschung und politische Kultur in Deutschland und Österreich, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 35, 1993, H. 4, S. 3 – 12; P. Steinbach, Wem gehört der Widerstand gegen Hitler?, in: Dachauer Hefte 6, 1990, H. 6, S. 57 – 72; ders., Widerstandsdiskussion und Widerstandsforschung im Spannungsfeld politischer Entwicklungen, in: Kirchliche Zeitgeschichte 1, 1988, S. 29 – 50; ders., Widerstandsdiskussion im politischen Wandel der Bundesrepublik Deutschland, in: P. Steinbach (Hrsg.), Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987, S. 311 – 334; K. Finker, Widerstand und Geschichte des Widerstandes in der Forschung der DDR, in: ebd.; W. Altgeld, Zur Geschichte der Widerstandsforschung. Überblick und Auswahlbibliographie, in: R. Lill/H. Oberreuter (Hrsg.), 20. Juli. Portraits des Widerstandes, Düsseldorf/Wien 1984, S. 377 – 409; W. Bramke, Der antifaschistische Widerstand in der Geschichtsschreibung der DDR in den achtziger Jahren. Forschungsstand und Probleme, in: aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/88, v. 8. 6. 1988; O. Groehler, Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite der Geschichtsschreibung, in: Utopie konkret, 1990, H. 1, S. 69 – 75; I. Reich/K. Finker: Der 20. Juli 1944 in der Geschichtswissenschaft der SBZ/DDR seit 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 39, 1991, S. 533 – 553.

Widerstand erneut in einen guten und einen schlechten zu segmentieren oder ihn als Widerstand „für Deutschland“ in eine problematische nationale Identität einzubauen<sup>2</sup>, hieße jene mühsam erworbene Souveränität erneut preiszugeben und die alten Schlachten noch einmal zu schlagen.

Gegenüber den Verhärtungen des Kalten Krieges erscheinen die ersten Jahre nach 1945 auf den ersten Blick als eine kurze Zeit politischer Unschuld und spontanen Neubeginns. Dieses starke Bild von einer Situation, in der noch alles offen und vieles möglich war, ist im Lichte neuer Quellen und Forschungen immer wieder kritisch in Frage gestellt worden.<sup>3</sup> Der episodische Konsens der verschiedenen Gruppen und politisch-weltanschaulichen Richtungen der Opposition gegen das NS-Regime in der unmittelbaren Nachkriegszeit dient als ein Argument für die Möglichkeit einer pluralen antifaschistischen Tradition. Mit dem Hinweis auf das Scheitern des legitimato- rischen DDR-Antifaschismus oder der Betonung einer demokratischen Kultur<sup>4</sup> ist die Frage nach alternativen Aneignungsformen der Erfahrungen und politischen Werte der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus als vergangener geschichtlicher Realität, fortwirkendem ideengeschichtlichen Reservoir und Gefährdungspotential für die Gesellschaft<sup>5</sup> nicht schon abgegolten. Betrachtet man die bislang kaum rezipierten und dokumentierten frühen Versuche der Aufarbeitung der Geschichte des deutschen Widerstandes und deren politisch-ethische Intentionen, so wird allerdings sehr schnell deutlich, daß gerade der Hinweis auf die Nachkriegszeit keine einfachen Antworten bereithält.

### *Erinnerungsarbeit als Aufklärung*

In vorliegenden Untersuchungen zum Stellenwert des Widerstandes im historisch-politischen Bewußtsein der deutschen Nachkriegsöffentlichkeit wird zu Recht auf die geringe Bereitschaft großer Teile der deutschen Öffentlichkeit verwiesen, sich der Erinnerung an die Opposition gegen das NS-Regime zu stellen. Als Gründe für diese Abwehrhaltung werden die aus dem Notalltag resultierende Fixierung auf die unmittelbare Lebensbewältigung und die moralische Provokation, die aus einer Handlungsalternative jenseits von Anpassung und Verstrickung resultierte, genannt.<sup>6</sup> Trotz dieser gesellschaftlichen Stimmungslage und der Reserviertheit der Alliierten gegenüber dem Widerstand finden sich in dieser Zeit neben den vielen verstreuten Erinnerungsfragmenten von am Widerstand Beteiligten bzw. von Angehörigen und Freunden der ermordeten Nazigegner bislang kaum wahrgenommene Versuche einer differenzierten Würdigung des deutschen Widerstandes. Drei dieser Projekte, die auf die Geschichte der Widerstandsbewegung in der Vielfalt ihrer politischen Strömungen zielten und eine beachtliche öffentliche Resonanz erfuhren, werden hier erstmals ausführlicher dokumentiert. Erstens handelt es sich um das innerhalb der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gebildete Netz von Forschungsstellen für die Geschichte des Widerstandes und die aus ihrer Arbeit hervorgegangene erste umfassende Gesamtschau der deutschen Opposition gegen das Naziregime in der Ausstellung „Das andere Deutschland“ von 1948. Zweitens ist in diesem Zusammenhang an das Projekt der Schriftstellerin Ricarda Huch „Für die Märtyrer der Freiheit“ zu erinnern, das den deutschen Widerstand mit einer großangelegten Sammlung von Lebensbildern zu dokumentieren suchte. Drittens gehört zu

2 Vgl. K. v. Klemperer/E. Syring/R. Zitelmann, „Für Deutschland“: Die Männer des 20. Juli, Frankfurt a.M./Berlin 1994.

3 Siehe dazu H. Weber, Gab es eine demokratische Vorgeschichte der DDR?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 43, 1992, S. 272 – 280.

4 Vgl. die Argumentation von A. Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek 1993, S. 202 ff.

5 Vgl. B. Faulenbach, Antifaschismus – ein antidemokratischer Mythos?, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 41, 1994, H. 5, S. 469 – 471. Siehe auch die Diskussion zum DDR-Antifaschismus in der Enquete-Kommission: Deutscher Bundestag. Referat Öffentlichkeitsarbeit, 30. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 5. 3. 1993, Öffentliche Anhörung zu dem Thema: „Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der SBZ/DDR“, Bonn 1994.

6 Vgl. P. Steinbach, Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie?, in: G. R. Ueberschär, Der 20. Juli 1944. Rezeption und Bewertung des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994.

diesen interessanten Versuchen früher Widerstandsrezeption die Arbeit der 1948 in Hannover gegründeten Forschungsgemeinschaft des „Andern Deutschland“. Gemeinsam ist diesen Projekten, daß sie neben dem Versuch, die moralische Substanz des Widerstandes in der politischen Kultur der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu verankern, auch auf eine Analyse der variierenden lebensgeschichtlichen Zugänge zum Widerstand und dessen unterschiedliche politische Zielvorstellungen ausgerichtet waren. Darüber hinaus handelt es sich um die ersten großangelegten Initiativen zur Sammlung und Erschließung widerstandsgeschichtlicher Quellen in Deutschland.

Die vor allem aus den Verfolgtenverbänden hervorgegangene Aufarbeitung des Widerstandes war schon allein wegen der Betroffenheit der Beteiligten keine rein akademische Unternehmung. Hinzu kam die geringe zeitliche Distanz zum Geschehen und die Einbindung der Erinnerungsarbeit in politische Tageskämpfe bzw. in die juristische und moralische Auseinandersetzung mit den NS-Tätern. In einer am 11. Mai 1946 im Berliner Hebbel-Theater vor ehemaligen politischen Häftlingen des Konzentrationslagers Sachsenhausen gehaltenen „Rede über die deutsche Widerstandsbewegung“ hatte Günther Weisenborn den gesellschaftlichen Auftrag einer Erinnerung an den deutschen Widerstand formuliert. Sie habe gegenüber den Deutschen und dem Ausland Zeugnis abzulegen über eine Bewegung, die „in einer Zeit des Schweigens, der Geheimnisse, des Flüsterns“ im Verborgenen wirken mußte: „... denn das Ansehen des neuen Deutschland in der Welt wird sich danach richten, was die Welt über die deutsche Widerstandsbewegung erfährt.“<sup>7</sup>

Die gleiche aufklärerische Intention und der Versuch, unter Berufung auf den Widerstand die politische Selbstbestimmung für ein Deutschland nach Hitler zurückzugewinnen<sup>8</sup>, waren der Impuls für den 1938 aus Deutschland in die USA emigrierten Historiker Hans Rothfels, eine der ersten Gesamtdarstellungen des deutschen Widerstandes zu publizieren. Mit „The German Opposition to Hitler“, das auf einem Vortrag von Rothfels in der University of Chicago basierte und 1948 im Verlag von Henry Regnery in Hinsdale/Illinois erschien<sup>9</sup>, schrieb der Autor auch gegen das seinerzeit in der westlichen Öffentlichkeit vorherrschende Bild von den Deutschen an.<sup>10</sup> Die erweiterte deutsche Ausgabe von 1949 und die nachfolgenden Dokumentationen zur Außenpolitik des Widerstandes in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte<sup>11</sup> markieren die Anfänge zeit-historischer Widerstandsforschung in der Bundesrepublik.

Die Leidensgeschichte der am Widerstand Beteiligten, die Erinnerung an Verfolgung, Haft, Folter und Mord gebot für Weisenborn in der erwähnten Rede von 1946 zugleich die Notwendigkeit zur Etablierung einer alternativen politischen Kultur für die deutsche Nachkriegsgesellschaft: „Wir hatten uns hinter Gitter und Stacheldraht oft die Befreiung vorgestellt. Damals, in der äußersten Unterdrückung, hatten wir nichts als rasende Rache im Kopf ... Aber wir waren in jenen Tagen vor einem Jahr geblendet vor Glück, verwandelt, geläutert. Wir wurden sofort in die Verantwortung gestellt, und wir verwandelten unseren Haß, unsere Rache rasch in jene ent-

7 G. Weisenborn, Rede über die deutsche Widerstandsbewegung, in: Aufbau, 1946, H. 6, S. 578.

8 Die Allgegenwart der Metapher vom „anderen Deutschland“ in der öffentlichen Erinnerung an den Widerstand in der Nachkriegszeit belegt diese Wirkungsabsicht. Erstmals findet sich dieses Bild bei U. v. Hassell, dessen Tagebücher 1946 unter dem Titel „Vom anderen Deutschland“ in der Schweiz erschienen.

9 H. Rothfels, The German Opposition to Hitler. An Appraisal, Hinsdale/Illinois 1948.

10 Klemens v. Klemperer nannte diese Hinwendung von Rothfels zur Geschichte des deutschen Widerstandes einen Schritt „persönlicher Courage“, mit dem die angelsächsische Welt auf die Existenz eines „anderen Deutschland“ aufmerksam gemacht worden sei. Vgl. K. v. Klemperer, Hans Rothfels, 1891 – 1976, in: Central European History 11, 1976, H. 4, S. 382. Zum Platz der widerstandsgeschichtlichen Arbeiten im Gesamtwerk von Rothfels und zu dessen Wirken in den USA siehe H. Mommsen, Geschichtsschreibung und Humanität. Zum Gedenken an Hans Rothfels, in: W. Benz/H. Graml, Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 22; ders., Hans Rothfels, in: H.-U. Wehler, Deutsche Historiker 19, Göttingen 1982, S. 140 f.; W. Conze, Hans Rothfels, in: Historische Zeitschrift 237, 1983, S. 344 f.; H. Lehmann/J. J. Sheehan, An Interrupted Past. German-Speaking Refugee Historians in the United States after 1933, Cambridge u.a. 1991.

11 H. Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Krefeld 1949; ders., Zwei außenpolitische Memoranden der deutschen Opposition (Frühjahr 1942), in: VfZ 5, 1957, S. 388 – 397; ders., Adam von Trott und das State Department, in: ebd. 7, 1959, S. 318 – 332; ders., Trott und die Außenpolitik des Widerstandes, in: ebd. 12, 1964, S. 300 – 323)

schlossene Feindschaft, die den gerechten Zugriff nicht scheut, jedoch den Haß ablegt wie ein verfluchtes Nessushemd. Wir sind genug brutal, mit Schaum vor dem Mund behandelt worden, mit der brutalen Ungerechtigkeit der Dummen in Deutschland. Wir aber wollen Gerechtigkeit. Wo heutzutage ein Unrecht geschieht, da lebt noch Hitler.“<sup>12</sup> Diese Hoffnung, daß die Gesellschaft über Erinnerungsarbeit gegen neues Unrecht immunisierbar sei, erwies sich ebenso wie die Erwartung, der Rückgriff auf die Widerstandserfahrung könne einen vom politischen Machtkalkül freien Konsens demokratischer Neuordnung begründen, als Illusion jener Anfangsjahre.

### *Widerstandsforschung in der VVN*

Als größter Verband ehemaliger Teilnehmer am Widerstand verfügte die 1947 gegründete vvn sowohl personell als auch von ihren gesamtdeutschen Organisationsstrukturen her über günstige Voraussetzungen für eine systematische Sammlung und Dokumentation der Überlieferungen des deutschen Widerstandes. Das anfängliche Selbstverständnis der vvn als einer Art über den Parteien stehendes moralisches Gewissen der deutschen Nachkriegsgesellschaft speiste sich in erster Linie aus der Erinnerung an Widerstand und Verfolgung. Insofern versicherte sich die Organisation auf dem Wege einer systematischen Aufarbeitung der deutschen Opposition gegen das ns-Regimes auch der Legitimität ihres Anspruchs auf ein weitreichendes Mitspracherecht bei der politischen Neuordnung nach 1945 und auf eine Hegemonie bei der geistigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Ungeachtet des starken kommunistischen Einflusses verfügte die Erinnerungsarbeit der vvn in den ersten Jahren über eine beachtliche Breite, die durch die Präsenz von Vertretern der sozialdemokratischen Widerstandstradition, des 20. Juli, der Kirchen, der westlichen Emigration, der jüdischen Gemeinden und zahlreicher Verfolgengruppen in der Organisation bedingt war. Auch im Zuge der wachsenden Vereinnahmung durch die SED behielt die vvn einen gewissen Grad an Eigenständigkeit, der aus dem Interessengegensatz zwischen der „mehrheitlich im Untergrund sozialisierten vvn-Mitgliedschaft“ und der SED-Führung, die „von der Moskauer Remigration dominiert wurde“<sup>13</sup>, resultierte. Mit der Betonung des inneren Widerstandes in Deutschland belegte die Forschungs- und Erinnerungsarbeit der vvn, daß die politische Konzeptionsbildung der Kommunisten im deutschen Untergrund und in den Konzentrationslagern nach 1938 weitestgehend unabhängig von der KPD-Führung im Moskauer Exil erfolgt war.<sup>14</sup> Diese konkurrierenden kommunistischen Politikentwürfe führten zu einem latenten Spannungsverhältnis zwischen SED und vvn und wiederholten innerparteilichen Auseinandersetzungen, die auch nach der Auflösung der vvn im Jahre 1953 andauerten.

Ausgehend von dem bereits in der Gründungsprogrammatik der vvn formulierten Ziel, die Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung mit der „vereinten Kraft aller Überlebenden des aktiven Kampfes“<sup>15</sup> zu schreiben, wurde bereits 1947 mit dem Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur innerhalb der Organisation begonnen. Im Mai 1947 beschloß der Interzonale Beirat der vvn auf einer Tagung in München die Einrichtung von Forschungsstellen der deutschen Widerstandsbewegung in allen Besatzungszonen.<sup>16</sup> Die Koordinierung der Forschungsarbeit oblag nach diesen Planungen einer „Zentralen Forschungsstelle der vvn“; die ihre Arbeit in

<sup>12</sup> G. Weisenborn, S. 571.

<sup>13</sup> Vgl. J. Foitzik, Vereinigung der Verfolgten des ns-Regimes (vvn), in: M. Broszat/H. Weber, SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 – 1949, München 1990, S. 748.

<sup>14</sup> Vgl. dazu H. Weber, Die KPD in der Illegalität, in: W. Müller (Hrsg.), Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat. Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus, Köln 1988, S. 199 f.

<sup>15</sup> Vgl. F. Dahlem, Referat auf der Zonendelegiertenkonferenz am 22./23. Februar 1947, in: F. Dahlem/K. Raddatz, Die Aufgaben der vvn, Berlin 1947, S. 10.

<sup>16</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung der Forschungsstelle der sowjetischen Besatzungszone am 19.5. 1948, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), ZPA, v 278/4/4.

Berlin mit Sitz beim Generalsekretariat der Organisation aufnahm. Als regionale und lokale Gliederungen entstanden Zonen- und Landessekretariate, die sich speziell mit der Forschungsorganisation beschäftigen sollten.<sup>17</sup> Als Basisorganisationen sahen diese Planungen Arbeitsgemeinschaften vor, „in denen Kameraden zusammen kommen, die in demselben Abschnitt des Widerstandskampfes gestanden, z.B. Kameraden, die in einem Betrieb resp. in einem Prozeß waren, Widerstand der Parteien, Fragen der rassistisch Verfolgten, der Kirchenkampf, der Spanienkämpfer, Emigranten, Bewährungseinheiten usw.“<sup>18</sup>.

Karl Schirdewan, der neben Klaus Lehmann federführend an der Konzipierung der vVN-Forschung beteiligt war, kündigte im Mai 1948 die Herausgabe einer Zeitschrift „Deutscher Widerstand“ an.<sup>19</sup> Parallel dazu erfolgten Aufrufe an die Öffentlichkeit und die vVN-Mitgliedschaft zur Übergabe von widerstandsgeschichtlichen Überlieferungen und Erinnerungsberichten, die auf eine beachtliche Resonanz stießen.<sup>20</sup>

Die Anfänge der Forschungsstellen innerhalb der vVN waren in erster Linie durch die Bemühungen gekennzeichnet, die enorme Menge des eingehenden Quellenmaterials zu erfassen, zu strukturieren und für Dokumentations- und Darstellungszwecke aufzubereiten. Als Laienforschung, die sie überwiegend war, krankte die Arbeit in ihrer Anfangsphase vor allem an der mangelnden methodischen Befähigung der Beteiligten und einem Defizit an Fragestellungen. Zudem fehlten jegliche Verbindungen dieser Widerstandsforschung des „guten Willens“ zur akademischen Historiographie der Nachkriegszeit. An den Universitäten in allen vier Besatzungszonen war der Widerstand als Forschungsfeld kein Thema. Als Reaktion auf diese Startprobleme organisierte die Zentrale Forschungsstelle in Berlin eine zonenübergreifende Tagung der Forschungsgruppen, die im Januar 1948 im westfälischen Herford stattfand<sup>21</sup>, und mehrere regionale Beratungen der Forschungsstellenleiter in der sowjetischen Zone. Diese Formen des Erfahrungsaustausches dienten sowohl den grundsätzlichen Zielen der Erinnerungsarbeit<sup>22</sup>, der Schulung der ehrenamtlichen vVN-Historiker und der Erarbeitung einer Methodik der Quellenerfassung und -archivierung.<sup>23</sup> Im Sinne einer inhaltlichen Strukturierung der Forschung wurden 21 Themenfelder formuliert, die neben der Aufarbeitung des Widerstandes der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, die Beschäftigung mit dem 20. Juli 1944, dem Widerstand im Bürgertum und in den Kirchen, in nationalkonservativen Verbänden, in der Wehrmacht und den Bewährungseinheiten, in den Konzentrationslagern und Haftanstalten sowie in der Emigration vorsahen.<sup>24</sup> Darüber hinaus wurden Fragen der Generations- und Geschlechterspezifität des Widerstandes, der gesamte Komplex der rassistisch Verfolgten, die Probleme von Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit in diesen breitangelegten Themenkanon aufgenommen.<sup>25</sup>

Diese anfängliche Breite im Umgang mit dem Widerstand erklärt auch die große Resonanz, die die vVN in allen politischen Richtungen der Widerstandstradition und den verschiedenen Verfolgten- und Opfergruppen bis etwa 1948 besaß. In der Zeitschrift der vVN „Unser Appell“ etwa schrieb Probst Grüber über den „heimlichen Kampf der Kirchen“<sup>26</sup>, Rudolf Pechel fragte mit

17 Ebd.

18 Vgl. Richtlinien für die Arbeit der Forschungsstellen, in: SAPMO-BArch, ZPA V 278/2/27.

19 Vgl. Protokoll ... Das Vorhaben wurde später offenbar zugunsten verschiedener Schriftenreihen und Einzelpublikationen aufgegeben.

20 Vgl. Die Forschungsarbeit der vVN, in: SAPMO-BArch 278/2/27.

21 Vgl. Forschungsarbeit der vVN, in: Unser Appell 2, 1948.

22 Siehe dazu K. Schirdewan, Die politische Bedeutung und Wirksamkeit der Forschungsarbeit über die deutsche Widerstandsbewegung gegen das Nazi-Regime, Sonderdruck der Zeitschrift „Unser Appell“, Berlin 1948.

23 Siehe dazu Richtlinien für die Arbeit der Forschungsstellen, in: SAPMO-BArch, ZPA, V 278/2/27; Klaus Lehmann, Der Aufbau der Forschungsstellen (Tagungsreferat), in: ebd.; Gertrud Meyer, Methoden und Arbeitstechnik zur Erforschung des deutschen Widerstandes (Tagungsreferat), in: ebd.

24 Vgl. die Übersicht über die Arbeitsgebiete der vVN-Forschungsstellen, in: ebd.

25 Ebd.

26 H. Grüber, Der heimliche Kampf der Kirchen, in: Unser Appell 1, 1947, Nr. 1 v. 1.8. 47, S. 4 – 5.

Blick auf den 20. Juli nach dem „Ethos des deutschen Widerstandes“<sup>27</sup>, Walter Janka deutete die Emigration als Form der Opposition gegen das NS-Regime<sup>28</sup>, Heinz Galinski würdigte die Widerstandsgruppe um Herbert Baum<sup>29</sup>, und Hans Mayer besprach die neuere Widerstands- und KZ-Literatur.<sup>30</sup>

Die ersten gruppenbiographischen Darstellungen zur Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack<sup>31</sup>, zur Grenzarbeit des Dresdner Arbeiterwiderstandes<sup>32</sup>, die innerhalb der ab 1948 von der Zentralen Forschungsstelle herausgegebene Reihe „Widerstand im Dritten Reich“ erschienen<sup>33</sup>, waren zugleich als Pilotvorhaben<sup>34</sup> für eine umfassendere Gesamtdarstellung angelegt.

Die Diskussion um die Inhalte und Methoden der Widerstandsgeschichtsschreibung innerhalb der VVN spiegelt bereits das Problemarsenal der später einsetzenden zeithistorischen Widerstandsforschung. Fragen wie die nach einer notwendigen Eingrenzung des Widerstandsbegriffs und seiner Unterscheidung vom Tatbestand der Verfolgung verschiedener religiöser, ethnischer und sozialer Gruppen, nach dem Charakter des Widerstandes von Teilen der Funktionselite des NS-Regimes oder nach dem Umgang mit Quellen aus dem Bereich des NS-Justiz- und Repressionsapparates – die oft die einzigen Belege von Widerstandsaktionen lieferten – prägten bereits sehr früh das Selbstverständnis der Forschungsstellen.

#### *Die Abwertung des 20. Juli 1944*

Daß die VVN ihr ehrgeiziges Projekt einer offenen und pluralen Widerstandsgeschichte ab 1948 selbst preisgab, resultierte vor allem aus der Instrumentalisierung der Widerstandstradition für die macht- und ordnungspolitischen Interessen der SED. Die genannten Forschungsfragen konnten nicht unter den Bedingungen einer demokratischen Intentionen verpflichteten Autonomie der Erinnerungsarbeit entfaltet werden, sondern wurden politisch entschieden. Das zunehmende Interesse der SED an einer Delegitimierung und Zurückdrängung sozialdemokratischer und bürgerlicher Kräfte in der SBZ äußerte sich auch in einer Abwertung der entsprechenden Widerstandstraditionen und beeinflusste zunehmend auch die Forschungsarbeit der VVN. Besonders die Verschiebungen in der Bewertung des 20. Juli und der Umgang mit den jüdischen Verfolgten indizieren einen deutlichen Souveränitätsverlust der VVN auf diesem Gebiet.

Die ersten Tendenzen einer Kritik und Abwertung des Widerstandes der Militärs, der Opposition in der Abwehr, im Auswärtigen Amt und im Bereich der nationalkonservativen Tradition waren z.T. eine Reaktion auf die Überhöhung des Attentatsversuchs auf Hitler, der als weithin sichtbare Aktion in der Erinnerungsarbeit der Nachkriegsjahre mit dem Nimbus der entschiedensten Form von Widerstand versehen wurde. Insbesondere in den Reihen der Kommunisten wurde diese zudem meist moralisierende Deutung als Provokation empfunden, gegenüber der die frühe Entschiedenheit und der Blutzoll des Widerstandes der Arbeiterbewegung verteidigt wurde. In einem Aufsatz „Zur Erforschung des deutschen Widerstandes“ verwies etwa Greta Kuckhoff 1947 darauf, daß gegenüber der fest umrissenen Gruppe der Verschwörer des 20. Juli 1944 und deren Aktion, die „nicht verheimlicht werden konnte“; die Erinnerung an den linken

27 R. Pechel, Vom Ethos des deutschen Widerstandes, in: ebd., Nr. 3/4 v. 10.9. 47, S. 8.

28 W. Janka, Deutsche in der Emigration, in: ebd., S. 11 – 14.

29 H. Galinski, Widerstandsgruppe Herbert Baum, in: ebd. S. 15.

30 H. Mayer, Vom „Braunbuch“ zum „ss-Staat“ Bilanz der Widerstands- und KZ-Literatur, in: ebd., Nr. 1 v. 1.8. 47, S. 5 – 7 u. Nr. 2 v. 16.8. 47, S. 6 – 7.

31 K. Lehmann, Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack, Berlin 1948.

32 Widerstandsgruppe „Vereinigte Kletter-Abteilung“ (VKA). Ein Bericht von der Grenzarbeit der Dresdner Arbeiterbergsteiger in der Sächsischen Schweiz und dem östlichen Erzgebirge, bearb. v. M. Zimmering, Berlin 1948.

33 Weitere geplante Bände konnten nicht realisiert werden. Gleichzeitig erschienen eine Vielzahl von Lebensbildern in der VVN-Schriftenreihe „Helden des Widerstandskampfes gegen Faschismus und Krieg“.

34 Vgl. dazu die aus dem Projekt zur Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack hervorgegangene Arbeitsanleitung für die Klassifizierung widerstandsgeschichtlicher Quellen, in: SAPMO-BArch, ZPA, V 278/2/27.

Widerstand auf beträchtliche Hindernisse stieß: „Sehr viel schwieriger aber ist die Übersicht zu gewinnen bei jenen Gruppen, die sich als Teil einer großen freiheitlichen Bewegung, diesseits und jenseits der deutschen Grenzen, empfanden, der sozialistischen nämlich. Sie hatten sich nicht erst dann für den Widerstand entschieden, nachdem Hitlers Pläne in einen erfolglosen Krieg geführt hatten; sie hatten vielmehr von Anfang an aus unbedingter Überzeugung von der Idee des Sozialismus den Nationalsozialismus als *den* Feind des Fortschritts, der Wahrheit und der Freiheit abgelehnt. Von den in Deutschland arbeitenden Gruppen – wenigstens soweit es sich um die Arbeit während des Krieges handelt – sind die wichtigsten Kämpfer tot. Wer am Leben blieb, hat mit geringen Ausnahmen nicht die Einsicht in breitere Zusammenhänge gehabt.“<sup>35</sup>

Die Versuche, mit dem Verweis auf den 20. Juli einzelne Bereiche des NS-Herrschaftsapparates zu rehabilitieren<sup>36</sup>, trafen einen sensiblen Nerv der Kommunisten und verstärkten die Abwehrreaktion um ein weiteres. Anton Ackermanns Kritik von 1947 an dem Versuch, die „auführerische Militärgruppe als die einzigste ernste innerdeutsche Opposition gegen Hitler zu bezeichnen“, markiert bereits den Übergang zu einer offenen Polemik, die mehr und mehr das Kind mit dem Bade ausschüttet: „Zunächst ist erstaunlich, wer nicht alles dabei gewesen sein will. Ein ganzer Rattenschwanz hängt sich an die Bewegung des 20. Juli an, wobei es sich nicht selten um direkte politische Hochstapelei handelt. Dunkle Elemente, die ihre ganzen Kenntnisse der Vorgänge aus der Zeitungslektüre schöpften, prahlen mit ihrer Mitbeteiligung an der Bewegung, wobei der Zweck allerdings sehr durchsichtig ist, nämlich der Versuch einer Reinwaschung von ihrer recht braunen Vergangenheit“<sup>37</sup>

Weit gravierender waren jedoch die Folgen der forcierten gesellschaftlichen Neuordnung in der SBZ, die neben der Überwindung des Nationalsozialismus auch die Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft abtrug. Zu einer ersten folgenreichen Interessenkollision innerhalb des von der SED und insbesondere der VVN proklamierten antifaschistisch-demokratischen Konsenses führte beispielsweise die Bodenreform und die mit ihr aufgeworfene Frage nach dem Umgang mit dem Großgrundbesitz von Angehörigen des 20. Juli 1944.<sup>38</sup>

Diese Entwicklung bewirkte den Rückzug vieler Vertreter der nichtkommunistischen Widerstandstradition aus der Erinnerungsarbeit der VVN. Gerade in den Westzonen und in der Bundesrepublik ermöglichte dies die Denunzierung und Ausgrenzung der VVN als eines Trojanischen Pferdes der SED. Die politische Schwerpunktsetzung der Erinnerungsarbeit nach 1948 spiegelt diese Verhärtung sehr deutlich wieder. In einer Rededisposition über die Widerstandsforschung in der VVN vom Januar 1949 fordert Klaus Lehmann die tagespolitische Einbindung der Forschungsarbeit in den „Kampf für die Einheit Deutschlands“ und reklamiert die führende Rolle des Widerstandskampfes der Arbeiterbewegung.<sup>39</sup> Die Übernahme der kommunistischen Faschismusinterpretation und die Unterscheidung zwischen konsequenten „Antifaschisten“ und „Hitlergegnern“ eröffnet die bekannten Grabenkämpfe der verschiedenen Widerstandstraditionen: „Mehr und mehr wurde der Öffentlichkeit klar, sei es durch Veröffentlichungen der VVN oder durch die durchgeführten Prozesse, daß die Hintermänner der NSDAP, die Ruhrmagnaten, die Monopolherren, die Bankherren und Junker die Schuldigen an der Entwicklung Deutschlands zum Faschismus und zum Kriegsherd waren. Die Schlußfolgerung müssen wir ziehen auch dann, wenn wir dabei den Privatinteressen einzelne evtl. sogar anerkannter Opfer des Faschismus entgegentreten. Daß die durch die Bodenreform entmachteten Junker in der sowjetischen Zone mit dieser Enteignung nicht einverstanden sind, ist selbstverständlich, doch müssen wir

35 Vgl. G. Kuckhoff, Zur Erforschung des deutschen Widerstandes, in: Einheit 2, 1947, S. 1169.

36 Vgl. dazu auch P. Steinbach, Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie?, S. 7 f.

37 Vgl. A. Ackermann, Legende und Wahrheit über den 20. Juli 1944, in: Einheit 2, 1947, S. 1172.

38 Siehe den Aufsatz von A. Bauerkämper in diesem Heft.

39 Vgl. K. Lehmann, Widerstandsforschung in der VVN, in: SAPMO-BArch, ZPA, v 278/2/27.

zugeben, daß es ein gewaltiger Schritt zur friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes war. Das müssen auch diejenigen einsehen, die trotz ihrer Beteiligung am 20. Juli enteignet wurden.“<sup>40</sup>

Kommunistischer Vormachtanspruch und das ihn begleitende Gefühl einer moralischen Überlegenheit gegenüber der Mehrheit der Deutschen, die Hitler gefolgt waren, führte in der Erinnerungsarbeit zu einer zunehmenden Hierarchisierung des Widerstandes. Als normative Kriterien fungierten dabei die politischen Wertvorstellungen des kommunistischen Untergrunds: Konsequenter Widerstand bedeutete demnach Kampf, Organisiertheit und die Parallelität von Antikapitalismus und Gegnerschaft zum NS-Regime. Das im Begriff des „Widerstandskämpfers“ kristallisierte Erklärungsmodell trug die Tendenz zur Ausgrenzung bereits in sich. Mit ihm wurden die Opfer- und Verfolgtengruppen, insbesondere die Juden, die „nicht gekämpft“ hatten<sup>41</sup> und die Loyalitätskonflikte des bürgerlichen, militärischen und nationalkonservativen Widerstandes moralisch abgewertet.<sup>42</sup>

### *Zwiespältige Resonanz in der Bevölkerung*

Ungeachtet dieser bereits 1948 einsetzenden Verengungstendenzen gelang der VVN mit der im September 1948 in ehemaligen Reichspräsidentenpalais eröffneten Ausstellung „Das andere Deutschland. Eine Schau der deutschen Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime“ eine eindrucksvolle Dokumentation ihrer Forschungs- und Erinnerungsarbeit.<sup>43</sup> Das mit großem Aufwand betriebene Projekt war vor allem wegen der Schwierigkeiten, die notwendigen Baumaterialien für Ausstellungsaufbauten zu beschaffen<sup>44</sup>, wiederholt verschoben worden. Die beachtliche Resonanz der Ausstellung – allein in Berlin zählte sie ca. 55 000 Besucher – lag auch daran, „daß sich die Ausstellungsleitung von abseitiger politischer Propaganda in einseitigem Parteisinn erfreulich ferngehalten hat.“<sup>45</sup> Diese erste Berliner Gedenkstätte des deutschen Widerstandes war als Ort des Lernens und der Aufklärung über das weitgehend unbekanntes „heimliche Deutschland“ konzipiert. Zugleich zeigte sie, daß neben ersten Versuchen, den Widerstand als Reaktion auf verschiedene Phasen der Politik des NS-Regimes zu deuten, die Erinnerungsarbeit der Nachkriegszeit sehr stark von der Ehrung der Toten und der Leidensgeschichte des Widerstandes bestimmt war. Das ambivalente Verhältnis der sich antifaschistisch legitimierenden SED zu einer konkreten Erinnerungsarbeit an den Widerstand scheint bereits hier durch: In einem Schreiben an das Generalsekretariat der VVN vom Oktober 1948 moniert die Ausstellungsleitung, daß „sowohl der Landesvorstand wie auch das Zentralsekretariat der Partei bisher sehr wenig Interesse an unserer Ausstellung gezeigt haben“<sup>46</sup>.

Die unzensuriert überlieferten Äußerungen vieler Besucher während der Berliner Präsentation erlauben einige ansonsten aus den Quellen kaum zu gewinnende Rückschlüsse über Akzeptanz und Wirkung der Erinnerungsarbeit der VVN in der Bevölkerung. Neben vielen Belegen der Betroffenheit verdeutlichen die z.T. anonymen Publikumsäußerungen, daß der von der Dokumentation ausgehende moralische Druck bei vielen Besuchern zu Abwehrreaktionen führte.<sup>47</sup> Die Ausstellung konfrontierte unterschiedliche Erfahrungen und Wahrnehmungen der Realität des Nationalsozialismus. Die Geschichten von Schrecken, Leid und Opfern begegneten einer Alltagserfahrung angepaßten Lebens, ein Widerspruch, den das in der Ausstellung wie in der

40 Ebd.

41 Vgl. dazu u.a. O. Groehler, Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR, in: B. Moltmann u.a. (Hrsg.), Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost, Frankfurt a.M. 1992, S. 47 f.

42 Vgl. A. Ackermann, a.a.O.

43 Siehe dazu den Katalog der Ausstellung, in: SAPMO-BArch, ZPA, V 278/2/9.

44 Vgl. die Besucherstatistik und die Auswertungsberichte, in: SAPMO-BArch, ZPA, V 278/2/9.

45 Vgl. Ausstellung „Das andere Deutschland“ Publikumsäußerungen, in: SAPMO-BArch, ZPA, V 278/2/9.

46 Brief der Ausstellungsleitung an das Generalsekretariat der VVN vom 14. 10. 1948, in: ebd.

47 Vgl. Publikumsäußerungen (wie Anm. 45).

Öffentlichkeit dominierende Bild vom Nationalsozialismus nicht auflösen konnte. Überraschend sind die häufigen Hinweise auf die „neuen KZ's“, die sowjetischen Internierungslager, etwa wenn ein Besucher notierte: „Von der Ausstellung bin ich tief beeindruckt und bin als christlicher Mensch gegen jede Grausamkeit und Unmenschlichkeit. Jedoch wann bessert sich endlich die Menschheit??? Mein Onkel und 2 Freunde in meinem Alter sind in den jetzigen K.Z.-Lagern umgekommen! Wann hören wir Menschen endlich damit auf??? Wie soll ich mich für die heutige politische Richtung bei diesen Vorfällen entscheiden?“<sup>48</sup> Der moralische Bonus, den die in der SBZ politisch dominierenden Vertreter des kommunistischen Widerstandes besaßen, wurde durch neues Unrecht schrittweise zerstört.

Mit der erzwungenen Auflösung der vvn im Februar 1953 wurde auch die Forschungsarbeit der Organisation eingestellt. Die Tatsache, daß die in der vvn vereinigte Generation der KZ-Häftlinge und des inneren Widerstandes nicht in der Lage war, die Wendung der SED-Politik zu einer innenpolitischen Harmonisierung der DDR-Gesellschaft durch die Integration der NSDAP-Mitglieder und einen Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit mitzuvollziehen, ließ sie zu einem Hindernis der Politik der „Nationalen Front“ werden. Als einen der Gründe für die unter Umgehung der Mitgliederbasis erfolgte Auflösung der vvn nannte Franz Dahlem in seiner Rede auf der letzten Zentralvorstandssitzung der vvn am 21. 2. 1953, daß die vvn nicht imstande gewesen sei, „eine ernsthafte, großzügige Forschungsarbeit für die Geschichte des Widerstandes durchzuführen“.<sup>49</sup> Die unter dem Vorwand der Professionalisierung erfolgende Überleitung der Widerstandsforschung an das Marx-Engels-Lenin-Institut (später Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED) zeigte schon sehr bald die Fragwürdigkeit dieser Begründung: die lebendige Erinnerungsarbeit der Anfangszeit der vvn verkam in den fünfziger Jahren zum kanonisierten Heldenepos auf die KPD und die Moskauer Emigration.

#### *Ricarda Huchs „Bilder deutscher Widerstandskämpfer“*

Zu den frühen Versuchen einer Aufarbeitung und Dokumentation des Widerstandes gehört neben der Forschungsarbeit der vvn auch das von der Schriftstellerin Ricarda Huch im Frühjahr 1946 in Angriff genommene Projekt eines Gedenkbuches über die deutsche Widerstandsbewegung.<sup>50</sup> Der Umsturzversuch des 20. Juli 1944 und sein Scheitern wurde zu einem wichtigen Bezugspunkt für das Alterswerk der in Jena lebenden Schriftstellerin<sup>51</sup>, die zudem um 1938 gemeinsam mit Franz Böhm Kontakte zu Goerdeler, Yorck von Wartenburg und anderen Vertretern der Opposition hatte. Diese Erinnerungsarbeit, der sich die Autorin nach Vollendung ihrer philosophischen Arbeit „Urphänomene“ bis zu ihrem Tod vollends widmete, sah die damals zweiundachtzigjährige Dichterin als eine der dringendsten Aufgaben kultureller Erneuerung an. Wiederholt äußerte sie ihre Enttäuschung darüber, „daß während des ganzen Jahres, das seit dem Kriegsende vergangen war, diese Menschen nicht als Helden gefeiert, ja den meisten Menschen nicht einmal bekannt waren“<sup>52</sup>.

Zugleich folgte diese Beschäftigung mit dem Widerstand einem Impuls, der auch den zur gleichen Zeit erfolgenden Disput Ricarda Huchs mit Hermann Hesse bestimmte. Gegenüber der Aufforderung des in der Schweiz lebenden Autors an die Deutschen, sich vom Nationalgefühl zu lösen, hatte sie in einer öffentlichen Stellungnahme eingeklagt, daß auch dem deutschen Volk ein mit „aufrichtiger Achtung anderer Völker“ verbundenes „sicheres Selbstbewußtsein“ zuzuge-

48 Ebd.

49 Vgl. F. Dahlem, Die vvn hat ihre Aufgabe gelöst. Bildung eines Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer, in: SAPMO-BArch, ZPA, NL 72, Bd. 74, Bl. 29.

50 Vgl. dazu auch V. Wahl, Ricarda Huch. Jahre in Jena, Schriftenreihe des Stadtmuseums Jena, Nr. 31, Jena 1982, S. 46 f.

51 Vgl. u.a. Brief v. R. Huch an Herbert Krimm v. 28.6. 1946, in: M. Baum (Hrsg.), Ricarda Huch. Briefe an Freunde, Zürich 1986, S. 476 f.

52 Vgl. Wahl, Ricarda Huch, S. 46.

stehen sei.<sup>53</sup> Die Existenz des Widerstandes schien diese Möglichkeit zu belegen. Ricarda Huch plante ein dreibändiges Erinnerungsbuch mit dem Titel „Bilder deutscher Widerstandskämpfer“, das mit biographischen Porträts auf den ethischen Gehalt der Gewissensentscheidung der „Widerständler“ zielte.<sup>54</sup> In einem an alle größeren Tageszeitungen verschickten Aufruf „Für die Märtyrer der Freiheit“ bat die Schriftstellerin Freunde und Angehörige um Dokumente, Briefe und Erinnerungen. Die nach dem Aufruf notwendige Korrespondenz und die Fülle des Materials überforderten sie schon sehr bald, so daß das Projekt immer wieder verzögert wurde.<sup>55</sup> Zudem bot der eher abstrakt philosophische Zugang und die Tendenz Ricarda Huchs zu einer stark moralisierenden Betrachtung kaum Ordnungsmuster für die im Quellenmaterial sichtbar werdende Breite und Vielfalt der Opposition gegen Hitler.

### *Widerstand als Mythos*

Das Projekt spiegelt daher sehr deutlich die Gefahren einer Überhöhung des Widerstandes und zeigt die Grenzen, über die die Nachkriegsrezeption der Opposition gegen Hitler oft nicht hinauskam. Ihr fehlte weitestgehend jene von Martin Broszat empfohlene Balance „zwischen gesinnungsethischer und kritisch-historischer ‚Aufarbeitung‘“<sup>56</sup>. Als „Geschichte herausragender Märtyrer“ mußte sie zwangsläufig zu einer „Kanonisierung bestimmter Formen und Figuren des Widerstandes“ und zu einer Herauslösung der Opposition aus dem „Gesamtzusammenhang der Wirkungs- und Erfahrungsgeschichte des Dritten Reiches“<sup>57</sup> führen.

Nicht zufällig waren die ersten von Ricarda Huch noch zu Lebzeiten veröffentlichten Porträts der „Aktion der Münchner Studenten gegen Hitler“ gewidmet.<sup>58</sup> Der Widerstand der „Weißen Rose“ schien am ehesten jenen Minimalkonsens zu verkörpern, auf den man eine bereits wieder im politischen Dissens der Richtungen und Traditionen versinkende Nachkriegsgesellschaft noch verpflichten konnte. Die dem 20. Juli 1944 gewidmeten biographischen Skizzen wurden erst 1971 zusammen mit weiteren nachgelassenen Schriften publiziert.<sup>59</sup> Die ursprüngliche Idee, das Material für eine Gesamtdarstellung der deutschen Widerstandsbewegung zu nutzen, wurde von Günther Weisenborn aufgegriffen, den Ricarda Huch neben Carl Zuckmayer auf dem 1. Deutschen Schriftstellerkongreß um Fortführung des Unternehmens gebeten hatte.<sup>60</sup>

### *Die Forschungsgemeinschaft des „Andern Deutschland“*

Die Entstehungsgeschichte der am 18. Januar 1948 in Hannover ins Leben gerufenen Forschungsgemeinschaft des „Andern Deutschland“ illustriert demgegenüber besonders deutlich die Konfliktfelder, in die die Erinnerung an den 20. Juli 1944 im sich entfaltenden west-östlichen Spannungsverhältnis geriet. Die von Wolfgang Müller und Graf Kielmansegg initiierte Vereinigung hatte eine Aufarbeitung der Geschichte des „Dritten Reiches“ zum Ziel, die sich in erster Linie gegen eine neue „Dolchstoßlegende“ und die sich verstärkende Diffamierung des militärischen Widerstandes als „Verräter“ wandte.<sup>61</sup>

53 Vgl. R. Huch, Loslösung vom Nationalgefühl? Eine Erwiderung an Hermann Hesse, in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 5, Köln/Berlin 1971, S. 950.

54 Vgl. V. Wahl, Ricarda Huch, S. 47. Siehe auch den umfangreichen Briefwechsel aus dieser Zeit, von dem sich auch Teile in der Sammlung Walter Hammer im Institut für Zeitgeschichte in München befinden.

55 Vgl. Brief v. R. Huch an Emil Henk v. 9. Juni 1946, in: Briefe an Freunde, S. 469.

56 Vgl. M. Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: M. Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, S. 692.

57 Ebd.

58 1948 in der Neuen Schweizer Rundschau erschienen. Siehe auch Werke, Bd. 5, S. 970–1011.

59 Ebd., S. 1012 ff.

60 Vgl. Wahl, S. 47. Siehe dazu auch G. Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Hamburg 1953.

61 Vgl. Wahrheit als Waffe. Aufgaben und Ziele der Forschungsgemeinschaft des „Andern Deutschland“, Hannover 1948, S. 3.

Mit ihrer ersten Tagung reagierte die Forschungsgemeinschaft auf ein sich besonders in den Westzonen verbreitendes gesellschaftliches Klima, in dem die nationalsozialistischen Deutungsmuster des Widerstandes und der Niederlage Deutschlands neuen Einfluß erhielten: „Verrat und Sabotage, so wispert es durch die Lande, haben zum Sturz der nationalsozialistischen Herrschaft und zum Verlust des Krieges und damit zu dem heutigen Elend geführt. Eine der ‚Brutstätten‘ des Verrats sei, so wird behauptet, das ‚reaktionäre Heer‘ gewesen, das Hitler, wie sich jetzt herausstelle, mit Recht stets mit besonderem Mißtrauen betrachtet habe.“<sup>62</sup> Die unbequeme Geschichte der Ausgrenzung und Diffamierung in der frühen Bundesrepublik hatte ihre Wurzeln in der zunächst ungebrochenen Tradierung dieser Deutungsmuster. Nicht zufällig kreisen die ersten Diskussionen innerhalb der Gemeinschaft um die Frage „Wie stehen wir zum National-Komitee „Freies Deutschland?“<sup>63</sup> – ein weiteres Mal die seismographische Funktion des Themas für politisch motivierte Absichten einer Spaltung des Widerstandes bestätigend.

Aber auch der Graben zum Osten war für die Intentionen der Forschungsgemeinschaft bereits aufgemacht. In einem Aufsatz zum 20. Juli 1948 mahnte Wolfgang Müller, der neben der Leitung der Forschungsgemeinschaft auch die „Gruppe 20. Juli“ in der Zonenleitung der vVN vertrat, bei der Verfolgtenorganisation mehr Toleranz und „Verständnis für den 20. Juli“ an und verwies auf die unnötige Verschärfung der Gegensätze „durch einige Parteigrößen“<sup>64</sup> Die kurze Geschichte der Forschungsgemeinschaft steht insofern für eine Entwicklung, durch die viele der interessantesten Erinnerungsprojekte der Nachkriegszeit politisch zerrieben wurden.

Im Rückblick erscheint die frühe Erinnerungsarbeit an den Widerstand als ein merkwürdiges Mixtum zwischen lauterer Absichten und politischem Kalkül, zwischen aufklärerischem Impetus und Wirkungslosigkeit, zwischen konkreter Erinnerung und Mythenbildung. Sie verdeutlicht, wie auch die Geschichte des Umgangs mit dem Widerstand in der DDR und der Bundesrepublik, daß eine politische und nationale Identitätsstiftung im Rückgriff auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus immer problematisch bleiben wird und der kritischen Reflexion bedarf.

---

62 Vgl. Graf Kielmansegg, Grundlagen und Ziele der Forschungsgemeinschaft, in: ebd., S. 4 f.

63 Ebd., S. 7 f.

64 Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, V 278/2/27.



ARND BAUERKÄMPER

## Der verlorene Antifaschismus

### *Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone*

*„Antifaschismus“, die stalinistische Faschismusinterpretation und die Bodenreform*

Das antifaschistische Selbstverständnis prägte die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und DDR bis zu ihrer Auflösung. Noch 1989/90, als die Selbstbefreiung in der DDR die Fiktion gesellschaftlicher Harmonie unter der Führung der Arbeiterklasse zerstört hatte, distanzierte sich die Bürgerrechtsbewegung scharf vom Mythos einer herausragenden Dignität des kommunistischen „Antifaschismus“, ohne aber den antifaschistischen Anspruch aufzugeben. Das „Antifaschismus“-Postulat fungierte als ideale Triebkraft des Aufbruchs nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch als Legitimationsinstrument der kommunistischen Herrschaft in der SBZ und DDR. Der von der SED propagierte „Antifaschismus“ drückte zwar eine – überwiegend durchaus aufrichtige – kategorische Distanzierung von der nationalsozialistischen Herrschaft aus, monopolisierte aber die Tradition des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und sollte die DDR positiv gegenüber der Bundesrepublik Deutschland abheben.<sup>1</sup>

Diese doppelte Abgrenzung, die sich in der politischen Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten im Kalten Krieg verschärfte, verdeutlicht die Funktionalisierbarkeit des parteioffiziellen „Antifaschismus“ als Kampfkonzepkt gegen liberal-pluralistische Gesellschaften, die ein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem und eine kapitalistische Wirtschaftsstruktur aufwiesen. Dabei wurde die marxistisch-leninistische Faschismusdeutung aufgegriffen, die im Zuge der Stalinisierung der Komintern in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren flexiblere Interpretationen – wie Thalheimers Bonapartismustheorie – verdrängt hatte. Diese Verengung der kommunistischen Faschismuskonzeption gipfelte im 13. Plenum der Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im November 1933, als Georgij Dimitroff den Faschismus als „offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ definierte.<sup>2</sup>

Die dominierende Deutung des Aufstiegs faschistischer Bewegungen in Europa als Resultat der Wirtschaftsstruktur kapitalistischer Staaten determinierte zwar nicht die nach 1945 in der SBZ durchgeführte Entnazifizierung, legte aber eine Zuweisung der Verantwortung an einzelne

1 J. Danyel, Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949, in: J. Kocka (Hrsg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 129 ff., bes. S. 133 f.; K. Jarausch, The Failure of East German Anti-fascism: Some ironies of history as politics, in: German Studies Review 14 (1991), S. 85 ff.; G. Fippel, Der Mißbrauch des Faschismus-Begriffs in der SBZ/DDR, in: Deutschland Archiv (im folgenden DA), 1992, H. 11, S. 1055 ff., bes. S. 1055 f. Zur Begriffsgeschichte: Ch. F. Delzell/H. Mommsen, Art. „Antifaschismus“, in: C. D. Kernig (Hrsg.), Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 1, Freiburg 1966, Sp. 220 ff. Zur Diskussion 1989/90: H.-H. Knütter, Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung, in: aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/91, 22. 2. 1991, S. 17 ff.

2 Hierzu der Überblick in: L. Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921 – 1935, Stuttgart 1985, S. 130 ff., 208 f. (Zitat: S. 177). Ergänzend: W. Wippermann, Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921 – 1945, Frankfurt a.M. 1981; J. Dülffer, Bonapartism, Fascism and National Socialism, in: Journal of Contemporary History 11 (1976/IV), S. 109 ff.; M. Kitchen, August Thalheimer's Theory of Fascism, in: Journal of the History of Ideas 11 (1973), S. 67 ff.

Gesellschaftsgruppen, die als Träger des NS-Regimes stigmatisiert wurden, nahe. Die pauschale Identifizierung der traditionellen sozialen und politischen Elite mit dem Nationalsozialismus ging mit einer Präferenz für tiefgreifende strukturelle Eingriffe gegenüber einer Berücksichtigung der individuellen Verstrickung mit dem Nationalsozialismus einher. Die daraus resultierende Spannung zum Postulat des „Antifaschismus“ trat erstmals in der im September 1945 eingeleiteten Bodenreform hervor, als auch Gutsbesitzer, die sich der nationalsozialistischen Herrschaft verweigert oder offen Widerstand gegen sie geleistet hatten, schließlich entschädigungslos enteignet wurden. Das rigorose Vorgehen gegen die Gutsbesitzer und die undifferenzierte Behandlung der sie Unterlagen diskreditierten die Forderung nach einer Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen zutiefst. Die pauschale Enteignung in der SBZ stärkte in Westdeutschland die Opposition gegen eine Umverteilung des Landbesitzes zugunsten der Flüchtlingsbauern, als sich der Kalte Krieg 1948/49 zuspitzte.<sup>3</sup>

Die Entmachtung der Großgrundbesitzer bildete ein konstitutives Ziel der KPD für den politischen Neuanfang in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Einbeziehung derjenigen Gutsbesitzer, die den Widerstand gegen den Nationalsozialismus repräsentierten, in die Enteignungsverfahren blieb aber im Sommer und Herbst 1945 noch unentschieden. In diesem Aufsatz werden zunächst die 1944/45 von der Moskauer Exil-Führung der KPD entwickelten Konzepte zur Durchführung der Bodenreform im Hinblick auf das Verhältnis von antifaschistischer Programmatik, wirtschaftsstruktureller Umwälzung und politischem Herrschaftsentwurf dargestellt. Anschließend wird das Vorgehen gegen die Gutsbesitzer von 1945 bis 1948, vor allem in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, nachgezeichnet.

#### *Die Konzepte der KPD für die Bodenreform und ihre Vorbereitung*

Die Beseitigung des Großgrundbesitzes wurde von der KPD schon in den zwanziger Jahren gefordert. 1926 trat die Partei nachdrücklich für eine Konfiszierung des Besitzes der Fürsten und Gutsbesitzer ein und schlug der SPD eine gemeinsame Agitation für einen entsprechenden Volksentscheid vor. Im Mai 1931 verlangte die KPD in ihrem „Bauernhilfsprogramm“ die „entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne“<sup>4</sup>. Auch auf ihren „Brüsseler-“ (Oktober 1935) und „Berliner-“ Konferenzen (Januar/Februar 1939) verabschiedete die KPD Resolutionen, in denen eine Enteignung der Großgrundbesitzer gefordert wurde. Dem leninistischen Konzept eines „Bündnisses“ von Arbeiterschaft und „werk tätigen“ Bauern entsprechend sollte der zu beschlagnahmende Boden an Landarbeiter und Kleinbauern verteilt werden. Die kollektive Bewirtschaftung des Landes wurde als Zielperspektive angedeutet.<sup>5</sup>

3 Chr. Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: *aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29/30, 16. 7. 1993, S. 34; M. Fulbrook, *The Divided Nation. A History of Germany 1918–1990*, New York 1992, S. 145, 158, 313, 353, 360. Zur Debatte über eine Bodenreform in Westdeutschland: G. J. Trittel, *Die Bodenreform in der britischen Zone 1945–1949*, Stuttgart 1975; ders., „Siedlung“ statt „Bodenreform“: Die Erhaltung der Agrarbesitzstruktur in Westdeutschland (1948/49), in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie (ZAA)* 27 (1979), S. 181 ff.. Vergleichender Überblick in: ders., *Die Bodenreform – ein Beitrag der Besatzungsmächte zur gesellschaftlichen Strukturreform Nachkriegsdeutschlands 1945–1949*, in: *ZAA* 30 (1982), S. 28 ff.

4 L. Berthold, *Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930*, Berlin 1956, S. 240. Zur populistischen Agitation der KPD für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten und Gutsbesitzer 1926: H. A. Winkler, *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, S. 312 ff.

5 S. Kuntsche, *Zur historischen Stellung der demokratischen Bodenreform*, in: *Archivmitteilungen* 25 (1975), S. 163; ders./S. Schombs (Bearb.), *Dokumente zur Bauernbefreiung. Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform und sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Schwerin*, Schwerin o.J. [1975], S. 8 ff.; F. Reinert (Hrsg.), *Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg*, Potsdam 1966, S. 9 ff. Zur programmatischen Entwicklung der kommunistischen Agrarpolitik aus diametral entgegengesetzter Sicht: E. Tümmeler, *Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland – Historische Entwicklung der Landwirtschaft in Mitteldeutschland und ihre agrarpolitische Konzeption*, in: ders. u. a., *Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse*, Berlin 1969, S. 7 f., 12 ff.

1944/45 konkretisierte die Führung der KPD in Moskau das Konzept zur Durchführung einer Bodenreform, die sowohl auf die Entmachtung der Gutsbesitzer als auch auf die Stiftung von Loyalität bei den Kleinbauern und Landarbeitern abzielte, an die der enteignete Boden vergeben werden sollte. Besonders Edwin Hoernle (1883 – 1952), der die KPD von 1924 bis 1933 im Deutschen Reichstag vertreten hatte und anschließend über die Schweiz in die Sowjetunion geflohen war, trieb als Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) die programmatische Vorbereitung der Bodenreform in den letzten Kriegsjahren voran.<sup>6</sup> In seinen Reden und einer Vielzahl von Ausarbeitungen hob er die restriktiven wirtschaftlichen Auswirkungen des nationalsozialistischen Erbhofrechts und die Repression durch den „Reichsnährstand“ hervor, verurteilte scharf die rücksichtslose Requirierung von Lebensmitteln in den vom „Dritten Reich“ besetzten Ländern und trat entschieden für eine Bodenreform ein. Die anvisierte kleinbetriebliche Agrarstruktur sollte nicht nur die Macht der KPD steigern, sondern auch die Ernährung der Bevölkerung in einem Wirtschaftsraum sichern, in dem die Besatzungsmächte den Austausch von Gütern voraussichtlich rigide reglementieren würden.<sup>7</sup>

Das von Anton Ackermann<sup>8</sup> Ende 1944 vorgelegte „Aktionsprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie“ sah die „Entmachtung des Rüstungs- und Monopolkapitals mit seinem junkerlichen, militärischen und bürokratischen Anhang“ als integrale Komponente einer antifaschistischen Nachkriegspolitik vor. Der Besitz der „Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher“ und das Land aller Gutsbesitzer, die über mehr als 150 ha Land verfügten, sollte enteignet werden, um einen Bodenfonds von mindestens 10 Mio. ha bilden zu können. Das enteignete Land war an landarme Bauern und Landarbeiter zu vergeben und sollte vor allem genossenschaftlich bearbeitet werden. Daneben war die Bildung staatlicher Mustergüter vorgesehen. Das „Aktionsprogramm“ enthielt weder Hinweise auf eine Entschädigung der von den geplanten Enteignungsverfahren Betroffenen noch eine Sonderregelung für Gutsbesitzer, die dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus angehört hatten.<sup>9</sup>

Am 4. Februar 1945 hielt Hoernle einen Vortrag über „Die Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie“: Das Konzept kündigte eine Bodenreform an, um aus den verlorenen deutschen Ostgebieten geflohene Bauern und Landarbeiter ansiedeln und die „Vernichtung der ökonomischen Basis des preußischen Junkertums“ erreichen zu können. Außer der Enteignung „gerichtlich verurteilter faschistischer Volksfeinde und Kriegsgewinner“ war eine „Notabgabe von allen größeren Grundbesitzern“ vorgesehen. Von Gutsherren, die dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus angehört hatten, wurde lediglich eine „freiwillige Bodenspende“ erwartet. Bei der Vergabe des beschlagnahmten Bodens sollten Kleinbauern und Landarbeiter ebenso bevorzugt werden wie in den auf dem Land zu etablierenden „Volksausschüssen“. Da Hoernle aber von der ökonomischen Überlegenheit landwirtschaftlicher Großbetriebe ausging, trat er für „eine energische Politik in der Richtung auf die Entwicklung genossenschaftlicher bäuerlicher

6 Zu Hoernle: J. Cerny, *Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon*, Berlin <sup>2</sup>1992, S. 197. Glorifizierend die Einleitung in: Edwin Hoernle, *Zu Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928 – 1951*, Berlin 1972, S. 11 ff. Zum NKFD als Überblick: A. Fischer, *Die Bewegung Freies Deutschland in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht?*, in: J. Schmäddeke/P. Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München <sup>3</sup>1994, S.954 ff.

7 Vgl. die Manuskripte und Dispositionspapiere in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden SAPMO-BArch), ZPA, NL 30/21, Bl. 1 – 24, 25 – 50, 139 – 235, 250 – 252. Ergänzend: E. Hoernle, S. 211 – 332.

8 Zu Ackermann die biographischen Angaben in: Cerny, S. 9 f.

9 H. Laschitzka, *Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD*, Berlin (Ost) 1969, S. 156 f., 198, 201 f. (Zitate: S. 198, 202). Vgl. auch den 3. Entwurf des „Aktionsprogramms“ vom 21. 10. 1944 in: ebd., S. 193 ff.; G. Keiderling (Hrsg.), *„Gruppe Ulbricht in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation*, Berlin 1993, S. 130 ff.; Zum Kontext: A. Sywottek, *Revolutionäre Perspektiven des kommunistischen Widerstands*, in: Schmäddeke/Steinbach (Hrsg.), S. 485 ff.

Betriebsweise“ ein.<sup>10</sup> Die „Ratschläge für die Arbeit auf dem Lande“, die von der KPD-Führung unter Leitung Hoernles ausgearbeitet worden waren und am 28. Februar 1945 vorgelegt wurden, wiesen der individuellen Bewirtschaftung des Bodenreformlandes zwar weiterhin die Priorität zu, ließen aber explizit die genossenschaftliche Bewirtschaftung großer Güter zu, die nicht aufgeteilt werden sollten.<sup>11</sup>

Am 4. Juni wurde in einer Besprechung der KPD-Führung um ihren Vorsitzenden Wilhelm Pieck mit Stalin, Molotow und Shdanow in Moskau die Entmachtung der Gutsbesitzer als erstes Ziel des antifaschistischen Neuaufbaus festgelegt.<sup>12</sup> In ihrem programmatischen Aufruf vom 11. Juni, in dem das Zentralkomitee (ZK) der KPD für die Etablierung einer parlamentarisch-demokratischen Republik eintrat, forderte die kommunistische Führung daher die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Übergabe ihres Besitzes an die „durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern“<sup>13</sup>. In der erweiterten Sitzung des ZK-Sekretariats am 14. und 15. Juli 1945 wurde Walter Ulbricht beauftragt, eine Resolution zur Bodenreform zu formulieren. Am 1. August 1945 beschloß das ZK, die Bezirksleitungen der KPD über die Durchführung einer Propagandakampagne für die Bodenreform zu unterrichten. Ulbricht wurde nach Halle und Thüringen, Franz Dahlem nach Mecklenburg-Vorpommern und Ackermann nach Sachsen entsandt; Pieck sollte die kommunistischen Funktionäre in Berlin und Brandenburg informieren.<sup>14</sup>

Nachdem sich die Alliierten im Potsdamer Abkommen auf die Entnazifizierung, Demokratisierung und Entmilitarisierung als Leitlinien ihrer Politik im besetzten Deutschland geeinigt und auch die Auflösung der zentralen Verwaltungsinstitutionen und Wirtschaftskartelle angekündigt hatten, intensivierte die KPD die Vorbereitung der Bodenreform. Einzelfragen der Durchführung, vor allem die Behandlung der Gutsbesitzer, die sich dem Nationalsozialismus widersetzt hatten, wurden jedoch zunächst noch nicht endgültig fixiert. Am 2. August 1945 beschloß das ZK der KPD, die Bezirksleitungen mündlich über das Kommuniqué der Potsdamer Konferenz zu unterrichten, und entschied, die schon am 1. August festgelegte Instruktion über die Bodenreform am 5. August durchführen zu lassen. Da die zu den Bezirksleitungen entsandten ZK-Mitglieder bei den KPD-Funktionären jedoch offenbar auf erhebliche Vorbehalte gegenüber dem Konzept einer auf Privatbesitz basierenden kleinbetrieblichen Agrarstruktur trafen, beschloß das ZK am 7. August, die zunächst festgesetzte Wirtschaftsfläche der vorgesehenen Neubauernhöfe geringfügig von fünf auf fünf bis höchstens acht Hektar zu erhöhen.<sup>15</sup>

<sup>10</sup> Zu den Zitaten (in dieser Reihenfolge): Laschitza, S. 210, 221, 217, 211. Hierzu auch das Manuskript, das Hoernle im August 1944 unter dem Titel „Das Agrarprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“ abschloß, in: E. Hoernle, S. 333 ff., bes. S. 341 f.

<sup>11</sup> Ebd., S. 153 ff., 237.

<sup>12</sup> Hierzu die Gesprächsnotiz in: R. Badstübner/W. Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 – 1953, Berlin 1994, S. 50 f. Pieck war nach der Inhaftierung Thälmanns im Oktober 1935 – zunächst nur vorläufig – zum Vorsitzenden der KPD gewählt worden, hatte 1943 an der Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ mitgearbeitet und in den letzten Kriegsjahren die programmatische Vorbereitung der Nachkriegspolitik vorangetrieben. Vgl. ebd., S. 18 f.; Cerny, S. 349 f.

<sup>13</sup> Zit. nach: S. Kuntsche, Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: D. Keller u.a. (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, Bonn 1993, S. 194. Zum Aufruf vom 11. 6. 1945 auch: J. Piskol u. a., Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945 – 1949), Berlin (Ost) 1984, S. 12, 20; Reinert (Hrsg.), Dokumente, S. 64 f.

<sup>14</sup> Hierzu die Sitzungsprotokolle in: G. Benser/H.-J. Krusch (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, Bd. 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946, München 1993, S. 54; dies. (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46, Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des ZKs der KPD Juli 1945 bis Februar 1946, München 1994, S. 2.

<sup>15</sup> Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 55 ff. Zur Landesparteiarbeiterkonferenz in Schwerin am 5. 8. 1945: H. Voßke, Über die Initiativgruppe des Zentralkomitees der KPD in Mecklenburg-Vorpommern (Mai 1945 bis Juli 1945), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im folgenden BzG) 1964, H. 6, S. 436; Kuntsche/Schlombs (Bearb.), S. 17. Allg. auch: Chr. Nehrig/J. Piskol, Zur führenden Rolle der KPD in der demokratischen Bodenreform, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden ZfG) 1980, H. 4, S. 327, 329 f. Zur Potsdamer Konferenz das Kommuniqué vom 2. 8. 1945 in: W. Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 21992, S. 207 ff., bes. S. 211 ff.

Am 12. August 1945 lag dem ZK der erste Entwurf einer Direktive zur Bodenreform vor, in dem die Enteignung aller Bodeneigentümer mit einem Landbesitz von jeweils mehr als 100 ha anvisiert wurde. Außerdem war eine Reduzierung des Landbesitzes von Großbauern auf maximal 50 ha vorgesehen; Flächen über diese Grenze hinaus sollten konfisziert werden. Gutsbesitzern, die das nationalsozialistische Regime nicht unterstützt hatten, wurde ein „Restgut“ von bis zu 50 ha zugestanden. Diese Ausnahmeregelung findet sich auch im zweiten Entwurf, der bis zum 15. August verfaßt wurde. Einen Tag später beauftragte das ZK den Leiter seiner Abteilung Land, Rudolf Reutter, einen verbindlichen Beschluß zur Bodenreform zu formulieren. Nach mehrfachen Rücksprachen mit Repräsentanten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) legte das ZK am 20. August den Text der Anweisung zur Bodenreform fest und verabschiedete diese Direktive an die Bezirks- und Kreisleitungen der KPD auf der erweiterten Sitzung am 22./23. August.<sup>16</sup>

Die Resolution stigmatisierte die Gutsbesitzer undifferenziert als Exponenten des Militarismus, radikalen Nationalismus und Nationalsozialismus, so daß ihre Entmachtung gerechtfertigt schien: „Die feudalen Großgrundbesitzer und die Junkerkaste sind seit je die Träger des Militarismus und Chauvinismus. Ihre reaktionäre Ideologie entwickelte sich unter der Naziherrschaft zur extremsten Form der Kriegsideologie, die in den furchtbarsten Kriegsverbrechen der Geschichte ausmündete [...] Die sozialökonomische Entmachtung der Junker und Großgrundbesitzer ist deshalb die wichtigste Voraussetzung der Ausrottung des preußischen Militarismus“. Außer Kriegsverbrechern und führenden Nationalsozialisten sollten alle Gutsbesitzer, die über mehr als 100 ha Land verfügten, enteignet werden. Eine Entschädigungsklausel war in die Anweisung ebensowenig aufgenommen worden wie eine Sonderregelung für Großgrundbesitzer, die der konservativen Opposition gegen den Nationalsozialismus angehört hatten. Der enteignete Boden sollte überwiegend an landlose Bauern, Landarbeiter und Flüchtlinge vergeben werden. Die Wirtschaftsfläche der Neubauernhöfe wurde auf fünf, bei einer geringen Bodengüte maximal zehn Hektar begrenzt. Auch landarmen Bauern konnte Boden zur Aufstockung ihrer Betriebe zugeteilt werden. Das ZK der KPD ordnete außerdem die Bildung von Gemeinde-, Kreis- und Landes- bzw. Provinzialkommissionen zur Durchführung der Bodenreform an, die das Land bis Ende Oktober 1945 aufteilen sollten.<sup>17</sup>

### *Die Enteignung der Gutsbesitzer durch die Bodenreform*

Agrarpolitiker wie Hoernle traten Ende August offenbar für eine Verschiebung der Bodenreform bis zum Abschluß der Herbstbestellung ein, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern. Die KPD-Führung um Pieck verlangte aber eine schnelle Enteignung und Aufteilung des konfiszierten Besitzes. Eine Entscheidung über das Verfahren bei Gutsbesitzern, die das NS-Regime nicht unterstützt hatten, wurde aber noch nicht getroffen. Pieck notierte über ein Gespräch, das er und Hoernle am 29. August mit dem stellvertretenden Politischen Berater des Chefs der SMAD, Semjonow, und Tschujenkow, dem Leiter der Abteilung Land- und Forstwirtschaft der SMAD, führten:

„20 – 50 ha schon sehr reiche Großbauern,  
übrige sind Rittergüter  
Ausnahmen – wo Grundbesitzer, die antifasch. –  
Boden belassen, als Berater bleiben;  
nicht in Ausführungsbestimmungen, aber  
in Instruktion durch Prov. Verwaltung beschließen“<sup>18</sup>

<sup>16</sup> SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/7/227, Bl. 1 – 9, 55f.; Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 65, 68 f., 71; dies. (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, S. 3, 13 ff.. Zusammenfassend: W. Zank, Die Gesellschaftspolitik der KPD/SED 1945 – 1949, in: aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, 9. 3. 1990, S. 54; D. Zimmer, „Auferstanden aus Ruinen...“ Von der SBZ zur DDR, Stuttgart 1989, S. 35; Nehrig/Piskol, S. 328.

<sup>17</sup> M. Schwank/F. Göttlicher, KPD und demokratische Bodenreform, in: BzG, 1975, H. 4, S. 849 ff. (Zitat: S. 849).

<sup>18</sup> Badstübner/Loth (Hrsg.), S. 56. Zu den Vorbehalten gegen die Durchführung der Bodenreform vor der Herbstbestellung die Gesprächsnotiz Piecks vom 28. 8. 1945 in: ebd., S. 55.

Nachdem das ZK entschieden hatte, das erste Bodenreformgesetz in der Provinz Sachsen durchzusetzen, fuhr Reutter am 27. August nach Halle, um die KPD dort zur Vorlage einer Verordnung im „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ aufzufordern. Die Bezirksleitung der Partei beschloß einen Tag später, Bauern- und Landarbeiterkonferenzen einzuberufen, um eine populistische Legitimation der Bodenreform zu erreichen. Gleichzeitig drängten die KPD und die Sowjetische Militäradministration (SMA) in der Provinz die im „Block“ zusammengeschlossenen Parteien, ein Bodenreformgesetz zu verabschieden. Am 1. September 1945 unterzeichnete der Blockausschuß eine entsprechende EntschlieÙung, die zwar die Enteignung der Grundeigentümer mit einem Besitz von mehr als 100 ha vorsah, den als „Antifaschisten“ einzustufenden Großgrundbesitzern aber eine Entschädigung zugestand. Diese Bestimmung, die vor allem von der CDU und LDP gefordert worden war, wurde jedoch nach einer Intervention der SMA nicht in die Bodenreformverordnung aufgenommen, die die Provinzialverwaltung am 3. September erließ. In der Provinz Sachsen sollte vielmehr „der gesamte feudal-junkerliche Boden und Großgrundbesitz über 100 ha mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen enteignet“ werden.<sup>19</sup>

Bis zum 10. September 1945 wurden von den Verwaltungen der Provinz Brandenburg und der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen weitgehend identische Verordnungen erlassen. In Mecklenburg begründete Innenminister und Vizepräsident Hans Warnke die Forderung nach einer Bodenreform besonders mit der von der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge geplanten Ansiedlung von drei Millionen Flüchtlingen in dem agrarisch strukturierten Land. Am 5. September, als die Verordnung für Mecklenburg-Vorpommern von der Landesregierung unter Präsident Höcker verabschiedet wurde, forderte das ZK der KPD den Erlaß eines entsprechenden Gesetzes auch in Brandenburg. Daraufhin wurde schon einen Tag später in dieser Provinz eine Bodenreformverordnung erlassen, die keine Bestimmungen über eine Entschädigung oder ein Sonderverfahren bei antifaschistischen Gutsbesitzern enthielt. Am 10. September verabschiedete auch das Präsidium der Landesverwaltung Sachsens eine Verordnung, die in den Gerichten entzogenes und anderen Gesetzen übergeordnetes Recht setzte. Am gleichen Tag mußte auch der thüringische Ministerpräsident Rudolf Paul, der sich gegen eine entschädigungslose und pauschale Enteignung der Gutsbesitzer ausgesprochen hatte, ein weitgehend mit der Verordnung für die Provinz Sachsen identisches Bodenreformgesetz unterzeichnen.<sup>20</sup>

Anfang September 1945 verstärkte die KPD ihre Propaganda für die Durchsetzung der Bodenreform und rief zur Bildung der in den Verordnungen vorgesehenen Gemeindebodenkommissionen auf, die jeweils fünf bis sieben Mitglieder umfassen sollten. Die Kommissionen, in die ausschließlich Landarbeiter und Kleinbauern mit einem Besitz von weniger als fünf Hektar aufgenommen wurden, verzeichneten die zu enteignenden Betriebe, beschlagnahmten sie, übernahmen die Ver-

19 H. Reuber/B. Skibbe (Bearb.), Die Bodenreform in Deutschland in Zahlen und Dokumenten, Berlin 1947, S. 48. Zur Entsendung Reutters nach Halle: Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 75. Zur EntschlieÙung und Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen: S. Suckut, Der Konflikt um die Bodenreformpolitik in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union, in: DA, 1982, H. 10, S. 1082 f.; R. Stöckigt, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1946, Berlin 1964, S. 79 ff.; Zank, S. 54; Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 37 f.; Nehrig/Piskol, S. 330 f. Hierzu auch die Textauszüge in: I. Spittmann/G. Helwig (Hrsg.), DDR-Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945 – 1949, Köln 1989, S. 146 ff.

20 Kuntsche, S. 195; Piskol u.a., S. 41. Zur Durchsetzung des Bodenreformgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern: Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Schwerin (im folgenden MLHA), Ministerium des Innern (Mdl), Nr. 310, Bl. 1 – 15; Kuntsche/Schlombs (Bearb.), S. 23 ff. Zu Hans Warnke: Cerny, S. 471. Zur vorgesehenen Flüchtlingsansiedlung: W. Meinicke, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone. Ein kurzer historischer Überblick, in: ders./A. v. Plato, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 33 f. Zur Verordnung für Brandenburg: Benser/Krusch (Hrsg.), Bd. 1, S. 78; Reinert (Hrsg.), Dokumente, S. 17 f.; Reuber/Skibbe (Bearb.), S. 54 ff. Zum Widerstand Pauls, der 1947 nach West-Berlin floh: Badstübner/Loth (Hrsg.), S. 163.

antwortung für ihre Bewirtschaftung, registrierten die Bodenbewerber und verteilten das konfiszierte Land, die dazugehörigen Gebäude sowie das Vieh und Inventar. Unter dem Druck der beginnenden Enteignung verabschiedete am 13. September auch der zentrale Einheitsfront-Ausschuß des „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ in Berlin eine Resolution zur Bodenreform. In der Erklärung verlangten die Vorsitzenden der KPD, CDU, SPD und LDPD allerdings lediglich allgemein „die restlose Enteignung der Kriegsverbrecher und aktivistischen Nazis und die Aufteilung des Besitzes der großen Feudalherren...“<sup>21</sup>.

Noch am 13. September 1945 entschied das ZK der KPD, die Resolution des zentralen „Blocks“ in Zeitungen zu veröffentlichen und die Agitation zur Bodenreform zu intensivieren. Der Umgang mit den Gutsbesitzern, die sich dem Nationalsozialismus verweigert hatten, blieb aber zunächst unsicher. In einem Zeitungsartikel, den Edwin Hoernle Anfang September verfaßte, forderte der neuernannte Präsident der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft einerseits die entschädigungslose Enteignung „der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen, führenden Nazis und Volksfeinde sowie überhaupt aller Großgrundbesitzer mit mehr als 100 Hektar“. Andererseits behauptete er, daß die Bodenreformverordnungen Ausnahmen zuließen, „und zwar für im Kampf gegen den Faschismus bewährte Besitzer, die ein genügend großes Restgut behalten sollen“<sup>22</sup>.

In Brandenburg hob der in Bernau amtierende Oberlandrat der Bezirksverwaltung Berlin, Robert Neddermeyer, der auch der Provinzialbodenkommission angehörte, in einem Schreiben vom 20. September 1945 hervor: „Bei allen mit der Durchführung der Bodenreform vertrauten Stellen muß dahin gewirkt werden, daß bei der Enteignung von Großgrundbesitz nachweisbarer Antifaschisten oder Opfer des Faschismus den besonderen Bedingungen Rechnung getragen wird. Ohne die Aktivität der Massen bei der Durchführung der Bodenreform zu stören, muß in solchen Sonderfällen die Möglichkeit einer neuen Existenzgründung für die betreffenden Familien geprüft und ins Auge gefaßt werden“<sup>23</sup>. Gutsbesitzer wurden aber vielfach wahllos und ohne eingehende Prüfung enteignet; Inspektoren verwalteten ihre Betriebe in staatlicher Treuhandschaft. Neddermeyer hatte daher schon am 14. September den Bürgermeistern seines Oberlandratsbezirks die Anweisung erteilt, Grundeigentümern, deren Enteignung die Provinzialbodenkommission in Brandenburg abgelehnt hatte, ihre Rechte uneingeschränkt wieder einzuräumen.<sup>24</sup>

Ende September forderte die KPD-Führung aber ausdrücklich die Enteignung aller Gutsbesitzer, die einen Landbesitz von über 100 ha aufwiesen. Auf einer erweiterten Sekretariatssitzung des ZK vom 28. September veranlaßte ein Mitarbeiter der KPD-Bezirksleitung Brandenburg Ackermann zu einer eindeutigen Stellungnahme, die im Protokoll wiedergegeben wurde: „Die Frage, was mit den Besitzern geschieht, die wenige Hektar über 100 ha haben, aber sich im Kampfe gegen den Nazismus bewährt haben, muß in der Presse behandelt werden, weil die Gemeindekommissionen

21 S. Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945 – 1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986, S. 89. Zu den Aufgaben der Gemeindebodenkommissionen die Anweisung in: SAPMO-BArch, IV 2/7/227, Bl. 14 – 18. Zur Mobilisierung der Landarbeiter und Kleinbauern: SAPMO-BArch, IV 2/7/227, Bl. 70 – 72. Allg. auch: Kuntsche, S. 195 f.; Piskol u.a., S. 43 ff.

22 E. Hoernle, S. 354, 359.

23 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (im folgenden BLHA), Ld. Br. Rep. 255, Amtsbez. Lindenberg, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 3. Vgl. auch den Runderlaß des Präsidenten der brandenburgischen Provinzialverwaltung, Karl Steinhoff, vom 10. 10. 1945 in: ebd. Zu den Oberlandratsämtern in Brandenburg und zu Neddermeyer: B. Fait, (Mark) Brandenburg, in: M. Broszat/H. Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 – 1949, München <sup>2</sup>1993, S. 85, 91, 97; Cerny, S. 329 f. Zum Beschluß des ZK vom 13. 9. 1945: Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente, Bd. 1, S. 81 f.

24 BLHA, Ld. Br. Rep. 255, Amtsbez. Lindenberg, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 3. Zur Einsetzung der Treuhänder in Brandenburg: BLHA, Ld. Br. Rep. 255, Amtsbez. Krausnick, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 19, Bl. 234; SAPMO-BArch, IV 2/2022/52, Bl. 26.

hier vor Schwierigkeiten stehen. (Ackermann: Gibt es eine Ausnahmebestimmung im Gesetz, daß sie nicht enteignet werden?) – Nein. (Ackermann: Na also!)<sup>25</sup>.

Dennoch wurden einzelnen Gutsbesitzern im Herbst 1945 „Restgüter“ mit jeweils bis zu 100 ha zugebilligt. So konnte der international bekannte Professor Bier 100 ha seines Gutes Sauen im brandenburgischen Kreis Beeskow-Storkow behalten, denn die sowjetische Militärverwaltung befürchtete eine unerwünschte, bei einer Enteignung unvermeidliche Publizität.<sup>26</sup> Am 10. November waren in der SBZ aber bereits 7 735 Güter mit einer Fläche von nahezu 2,1 Mio. ha aufgeteilt worden. Die Gemeindebodenkommissionen hatten allein in Mecklenburg 2 002 und in Brandenburg 1 903 Gutsbesitzer enteignet. Am 1. Januar 1946 waren in Ostdeutschland insgesamt 8 906 Betriebe konfisziert worden, davon 2 200 in Brandenburg und 2 313 in Mecklenburg-Vorpommern. Am 1. Januar 1949 hatte die Bodenreform in der SBZ 11 390 Privatbetriebe erfaßt, die mehr als 2,6 Mio. ha Land aufgewiesen hatten. Davon wurden als Besitz von Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten nur 4 302 Höfe mit 170 676 ha eingestuft. Auch die Betriebe von in der Opposition gegen den Nationalsozialismus führenden Gutsbesitzern wie Carl-Hans Graf v. Hardenberg, dessen Besitz im brandenburgischen Kreis Lebus die nationalsozialistische Verwaltung im Herbst 1944 beschlagnahmt hatte, und Ulrich-Wilhelm Graf v. Schwerin v. Schwanefeld, der am 8. September 1944 in Plötzensee hingerichtet worden war, wurden entschädigungslos beschlagnahmt.<sup>27</sup>

Im Herbst 1945 mußten die Gutsherren auch ihre Höfe verlassen, denn sie wurden zunehmend beschuldigt, die Landarbeiter und Kleinbauern einzuschüchtern, die Gemeindebodenkommissionen zu bedrohen und sich der Enteignung durch eine Aufteilung ihres Besitzes und durch die Berufung auf Widerstand gegen das NS-Regime zu entziehen. Außerdem wurden sie bezichtigt, Gerüchte über eine Rückkehr der Westalliierten in die von ihnen geräumten westlichen Regionen der SBZ verbreitet und die Durchführung der Bodenreform offen sabotiert zu haben. Die SMAD hatte aber schon am 29. August 1945 angeordnet, die Großgrundbesitzer von ihren Betrieben zu verweisen. Im September mußten daher zahllose Gutsherren ihre Höfe verlassen. Im November 1945 wurden in Mecklenburg-Vorpommern die enteigneten Gutsbesitzer, die als Kriegsverbrecher oder aktive Nationalsozialisten galten, erfaßt, in Gruppen zu festgelegten Sammelplätzen geleitet und auf Rügen inhaftiert. Auch Großgrundbesitzer, deren Güter in Thüringen beschlagnahmt worden waren, wurden auf die Insel verschleppt und dort in Lager eingewiesen.<sup>28</sup>

25 Benser/Krusch (Hrsg.), *Dokumente*, Bd. 2, S. 120. Die Aussage Ackermanns widerlegt klar die oben zitierte Behauptung Hoernles in seinem Artikel von Anfang September. Die Äußerung relativiert auch die von Reich und Finker vertretene These, daß Ackermann den antifaschistischen Konsens erst 1947 aufgekündigt habe. Vgl. I. Reich/K. Finker, *Der 20. Juli 1944 in der Geschichtswissenschaft der SBZ/DDR seit 1945*, in: *ZfG*, 1991, H. 6, S. 539. Allg. zum Druck der KPD: Zank, S. 54 f.

26 BLHA, *Ld. Br. Rep.* 203, Nr. 1526, Bl. 71. Exemplarisch für Thüringen: W. Abelshäuser, *Zur Entstehung der „Magnet-Theorie“ in der Deutschlandpolitik*. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningh über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (im folgenden VfZ), 1979, H. 3, S. 677; H.-G. Merz, *Bodenreform in der SBZ*. Ein Bericht aus dem Jahre 1946, in: *DA*, 1991, H. 11, S. 1164.

27 Zu v. Hardenberg: K. Gerbet, *Carl-Hans Graf von Hardenberg 1891 – 1958. Ein preußischer Konservativer in Deutschland*, Berlin 1993; H. Mühleisen, *Patrioten im Widerstand. Carl-Hans Graf von Hardenbergs Erlebnisbericht*, in: VfZ, 1993, H. 3, S. 419 ff., bes. S. 435, 437 f.; G. Agde (Hrsg.), *Carl-Hans Graf von Hardenberg. Ein deutsches Schicksal im Widerstand. Dokumente und Auskünfte*, Berlin 1994. Zu Schwerin v. Schwanefeld, der 1926 ein Gut in Göhren (Mecklenburg) geerbt hatte: D. Graf v. Schwerin, „Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt“: Die junge Generation im deutschen Widerstand, München 2 1994, bes. S. 45 f., 347 ff., 373 ff., 460 f. Allg. auch: I. Reich/K. Finker, *Potsdam und der 20. Juli 1944. Offiziere und Beamte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, in: D. Eichholtz (Hrsg.), *Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente*, Berlin 1993, S. 322 ff. Zur Enteignung die Statistiken in: Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BArch), DK-1, Nr. 7374, Bl. 120, 107; DK-1, Nr. 7375, Bl. 1.

28 MLHA, *MdI*, Nr. 310, Bl. 97. Hierzu auch die Dokumente in: Kuntsche/Schlombs (Bearb.), S. 57; Spittmann/Helwig (Hrsg.), S. 156. Zur Zwangsaussiedlung im September 1945: SAPMO-BArch, IV 2/7/227, Bl. 62; MLHA, *Ministerium für Land- und Forstwirtschaft*, Nr. 2801, Bl. 165. Zur Anordnung der SMAD vom 29.8.1945: Badstübner/Loth (Hrsg.), S. 56 f. Zusammenfassend: Kuntsche, S. 197; Piskol u.a., S. 51 f.

Auf einer erweiterten Sitzung des ZK der KPD vom 19./20. November 1945 kritisierte der Leiter der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU), Josef Schlaffer, die Absicht der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, die dort lebenden mehr als 2 000 enteigneten Großgrundbesitzer nach Thüringen zu transportieren. Folgende Stellungnahmen wurden dabei protokolliert: „Die Nationalsozialisten in Mecklenburg sind bekannt; dort können sie kein Unheil mehr anrichten. (Pieck: Man kann sie also nur erschießen! – Heiterkeit.) – Gut, dann soll man sie erschießen. In Mecklenburg sind sie bekannt, in Thüringen tauchen sie unter. (Ackermann: Es ist nicht zu leugnen, daß die Gutsbesitzer in ihren Dörfern den größten Schaden anrichten können.) – Sie sollen ja nicht in ihrem Dorf bleiben, sondern kommen in zentrale Lager, die vollkommen abgesperrt werden, so daß sie mit der Außenwelt überhaupt keine Verbindung mehr haben.“<sup>29</sup>

Im März 1946 schloß die brandenburgische Provinzialverwaltung eine Entschädigung für enteignete Grundeigentümer ausdrücklich aus. Die im Februar 1946 in der SBZ eingerichteten Revisionsausschüsse sollten Enteignungsverfahren beschleunigen, um Land und Wohngebäude an die deutschen Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei und Polen vergeben zu können. Die Enteignung von antifaschistischen Gutsbesitzern stieß aber weiterhin auf Widerstand. So kritisierte der Landesverband Thüringen der CDU noch im November 1946, daß Grundeigentümern, die sich der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nachweislich widersetzt hatten, kein „Restgut“ gewährt worden war.<sup>30</sup>

In Brandenburg hatten von 2 080 Gutsbesitzerfamilien, deren Eigentum beschlagnahmt worden war, im Sommer 1947 bereits 1 222 ihre Heimatkreise verlassen. In ihrem Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947 ließ die SMAD zwar eine soziale und politische Reintegration der ehemaligen nominellen NSDAP-Mitglieder zu, verlangte aber von den deutschen Gerichten einen schnellen Abschluß der Verfahren gegen Kriegsverbrecher und führende Nationalsozialisten. Die Zentralverwaltungen für Inneres und Justiz sowie die Länderregierungen sollten – unter der Kontrolle der SMA – sicherstellen, „daß in einer dreimonatigen Frist die ehemaligen aktiven Faschisten und Militaristen von allen öffentlichen und halböffentlichen Posten und den entsprechenden Posten in den wichtigen Privatbetrieben entfernt werden“. In den Ländern wurden daraufhin Personen, die durch die Bodenreform enteignet worden waren, nochmals überprüft.<sup>31</sup> In Brandenburg ordnete die SMA eine Woche später sogar an, daß enteignete Gutsbesitzer sich mindestens 50 km aus ihren Heimatdörfern zu entfernen hatten. Die Ausweisung, die mit der fortbestehenden Unsicherheit der Neubauern durch die Präsenz der ehemaligen Gutsherren in den Gemeinden begründet wurde, erfolgte ohne Berücksichtigung der individuellen Rolle im „Dritten Reich“ oder der Zugehörigkeit zu einer der in der SBZ zugelassenen Parteien. Die Landtagsfraktion der LDP protestierte deshalb gegen die Zwangsmaßnahme. Der brandenburgische Innenminister schloß aber eine Ausnahmeregelung am 1. November 1947 in einem Rundschreiben an die Landräte und Oberbürgermeister explizit aus. Da auch die Proteste der betroffenen Gutsbesitzer ohne Wirkung blieben, wurden sie erfaßt und insgesamt 798 von ihnen aus ihren Heimatkreisen verwiesen. In Brandenburg lebten danach nur noch 60 enteignete Grundeigentümer in den Kreisen, in denen ihr Landbesitz konfisziert worden war. Im Frühjahr 1948 wurden sie auf Befehl der sowjetischen Militärverwaltung erneut von der Landespolizei überprüft, besonders hinsichtlich

29 Benser/Krusch (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, S. 313 (Orthographie korrigiert; unzutreffende Schreibweise des Namens im Protokoll: ebd., S. 310). Zu Schlaffer und der ZVU: D. M. Schneider, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, in: Broszat/Weber (Hrsg.), S. 241 f.; Meinicke, S. 35.

30 BArch, DK-I, Nr. 8044, Bl. 3. Zur Arbeit der Revisionsausschüsse: SAPMO-BArch, IV 2/2022/52, Bl. 39 – 41. Zur Anordnung der Provinzialverwaltung Brandenburg vom 14. 3. 1946: BLHA, Ld. Br. Rep. 255, Amtsbez. Krausnick, Kr. Beeskow-Storkow, Nr. 19, Bl. 90 (Rückseite). Allg. auch: Kuntsche, S. 197.

31 Zit. nach: C. Vollnhals (Hrsg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945 – 1949, München 1991, S. 208. Zu den Auswirkungen in Brandenburg: F. Reinert (Hrsg.), Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945 – 1950, Weimar 1994, S. 158 ff., 171, 186.

ihrer „Zuverlässigkeit und Loyalität gegenüber der Durchführung der Bodenreform ...“ Auch in den anderen Ländern der SBZ mußten die verbliebenen Gutsbesitzer 1947/48 ihre Heimatkreise verlassen.<sup>32</sup>

### *Die Bodenreform als „Antifaschismus“?*

Die Bodenreform galt in der DDR als „revolutionäre Erhebung“ der Kleinbauern und Landarbeiter, die – so die offizielle Interpretation – unter Anleitung der KPD die Bauernerhebungen seit dem 16. Jahrhundert vollendeten. Die Enteignung der Kriegsverbrecher, Repräsentanten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und Gutsbesitzer bildete aber auch eine integrale Komponente der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“. Die KPD-Führung, in der die aus dem Moskauer Exil zurückgekehrten Funktionäre schnell Schlüsselpositionen errungen hatten, forderte die Entmachtung der Gutsbesitzer als traditionelle ländliche Elite aber nicht nur, um den Nationalsozialismus zu überwinden und den politischen Neuaufbau abzusichern, sondern auch, um neue Loyalitätsbindungen zu konstituieren und die kommunistische Vorherrschaft auf dem Land durchzusetzen.<sup>33</sup>

Die ostelbische Gutsherrschaft wurde in der DDR-Historiographie weitgehend einseitig als „Stütze des Faschismus“, „Brutstätte[n] der Reaktion“ und „Wurzel des Militarismus“ verurteilt.<sup>34</sup> Demgegenüber blieb der konservative Widerstand, dem sich auch Gutsbesitzer angeschlossen hatten, unterbelichtet. In den achtziger Jahren gewannen allerdings flexiblere Interpretationen im ostdeutschen Staat an Einfluß, auch wenn das Dogma von der Führungsrolle der KPD nicht revidiert wurde. Die Geschichtswissenschaft in der DDR untersuchte zunehmend die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgelasten der Bodenreform, und auch die Opposition nationalkonservativer Eliten gegen den Nationalsozialismus wurde – gefördert durch die Debatte über das Verhältnis von „Erbe und Tradition“ – differenzierter beurteilt.<sup>35</sup>

Die Durchführung einer Bodenreform mit dem Ziel einer dauerhaften Entmachtung der Gutsbesitzer war unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen den in Deutschland zugelassenen Parteien und unter den Siegermächten kaum umstritten. Der Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft in der Britischen Zone (1946/47) und Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (1947 – 1949), Hans Schlange-Schöningen (CDU), trat ebenso für eine – allerdings begrenzte und weitgehend an den Siedlungskonzepten der zwan-

32 BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1525, Bl. 26, 206 (Zitat). Die Antwort des brandenburgischen Innenministers auf den Einspruch der LDP-Fraktion findet sich in: BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1526, Bl. 104. Vgl. auch die Polizeiberichte über Ausweisungen in: BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1530, Bl. 2, 5 – 7, 10 – 60. Ergänzend: Reinert (Hrsg.), Dokumente, S. 113 f. Zu Sachsen: SAPMO-BArch, IV 2/2022/24, Bl. 152. Zu Sachsen-Anhalt: SAPMO-BArch, IV 2/2022/52, Bl. 204. Zum Befehl Nr. 6080 der SMA Brandenburg vom 23. 8. 1947 allg.: J. Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Broszat/Weber (Hrsg.), S. 43.

33 Zur Bodenreform als Herrschaftsentwurf: Schwank/Göttlicher, S. 853; BLHA, Ld. Br. Rep. 330, I/2/30, Bl. 7, 12. Zur offiziellen Interpretation der Bodenreform exemplarisch: G. Grüneberg u.a., Die marxistisch-leninistische Agrarpolitik von der gegenseitigen Bauernhilfe und demokratischen Bodenreform zur Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der Landwirtschaft der DDR, Berlin 1965, S. 13 ff., 21 f., 29, 33 ff. Zur Interpretation der Bodenreform als Beitrag zur Überwindung des Nationalsozialismus: R. Badstübner, Gesellschaftlich Altes und Neues im Entstehungsprozeß der beiden deutschen Staaten – ein Vergleich, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 19 (1990), S. 182, 185.

34 S. Stein, Die demokratische Bodenreform in Mecklenburg – ein Schlag gegen den Imperialismus und Militarismus, Schwerin o. J. [1960], S. 14, 22. Ebenso die – nicht für die Geschichtswissenschaft der DDR repräsentativen, aber ihre politische Instrumentalisierung verdeutlichenden – Beiträge in: Junkerland in Bauernhand. Von der Junkerherrschaft zum Sozialismus. Hrsg. zum 15. Jahrestag der demokratischen Bodenreform, Schwerin o. J. [1960].

35 Reich/Finker, Der 20. Juli 1944, S. 550 ff. Zur – allerdings eingeschränkten – Diskussion über die Bedeutung von „Erbe und Tradition“ für die Geschichtsschreibung in der DDR z. B.: H. Meier/W. Schmidt, Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker, Berlin (Ost) 1988. Als Beispiel für eine differenziertere Darstellung der Auswirkungen von Bodenreform und beginnender Kollektivierung: D. Schulz, Probleme der sozialen und politischen Entwicklung der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1949 bis 1955, Diss. A, Humboldt-Universität Berlin 1984 (MS).

ziger und frühen dreißiger Jahre orientierte – Umverteilung des Bodens zugunsten mittelbäuerlicher Betriebe ein wie Andreas Hermes, der bis Dezember 1945 amtierende Vorsitzende der CDU. Die Außenminister der alliierten Staaten einigten sich noch im Frühjahr 1947 auf ihrer Konferenz in Moskau auf die Durchführung einer Bodenreform bis zum Jahresende. Die Resolution konnte jedoch kaum verdecken, daß weder unter den Alliierten noch unter den Parteien in den Besatzungszonen Deutschlands ein Konsens über den Umfang, die Methoden und Ziele einer Landumverteilung bestand.<sup>36</sup>

Auch in der KPD, deren Einfluß in der SBZ in den ersten Nachkriegsjahren vor allem wegen der Protektion durch die sowjetische Besatzungsmacht wuchs, waren der Idealismus eines antifaschistischen Neuanfangs und weitreichende Herrschaftsansprüche zunächst noch eng miteinander verwoben. Obwohl in die Bodenreformverordnungen keine Ausnahmeklauseln für Gutsbesitzer, die sich dem NS-Regime widersetzt hatten, aufgenommen wurden und kommunistische Spitzenfunktionäre wie Ackermann schon im Spätherbst 1945 für eine pauschale Enteignung der Gutsbesitzer plädierten, war bei den Enteignungsverfahren eine bevorzugte Behandlung von Mitgliedern der Opposition unter den Grundeigentümern zumindest nicht ausgeschlossen. Die im August 1945 auch in der KPD-Führung erwogene Konzession, bei antifaschistischen Gutsbesitzern nur die über 100 ha hinausreichende Fläche zu beschlagnahmen, wurde vereinzelt durchaus umgesetzt. Gelegentlich konnten bereits enteignete Großgrundbesitzer, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus hervorgetreten waren, auch Kleinbauernstellen beantragen.

Aber bereits mit der Ausweisung der Gutsherren aus ihren Dörfern und der Festlegung einer entschädigungs- und ausnahmslosen Enteignung in den Durchführungsverordnungen der Provinzial- bzw. Länderbodenkommissionen verstärkte sich die Dominanz des herrschaftspolitischen Konzepts, durch weitreichende Eingriffe in die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur die Vorherrschaft der KPD bzw. SED zu erreichen – über das Postulat eines politisch-moralischen Neuaufbaus, der die individuelle Rolle im Nationalsozialismus berücksichtigen mußte. Das Ziel, die Gutsbesitzer als „Klasse“ auszulöschen, war schon in der Bodenreform angelegt und gewann vor dem Hintergrund des sich 1947/48 verschärfenden Kalten Kriegs immer deutlicher die Oberhand. Die Ausweisung der enteigneten Grundeigentümer aus ihren Heimatkreisen spiegelte eine rigorose Herrschaftspolitik wider, die den „Antifaschismus“ in der SBZ zum Instrument der Durchsetzung eines kommunistischen Machtmonopols und der Beseitigung von Ansätzen eines demokratischen Neuaufbaus und gesellschaftlicher Pluralität degradierte.<sup>37</sup>

Die Bodenreform beseitigte in der SBZ endgültig die Gutsherrschaft, die sich im 16. Jahrhundert in Nordostdeutschland – aber auch in den benachbarten polnischen Regionen, Böhmen, Mähren, den von Polen und Litauen beherrschten Gebieten Weißrußlands und der Ukraine, in Ungarn und Rumänien – herausgebildet hatte. Der Dominanz der agrarischen Elite in Militär und Bürokratie, ihr gesellschaftlicher Einfluß und ihre politische Vorherrschaft hatten im 19. und frühen 20. Jahrhundert eine durchgreifende Demokratisierung und Parlamentarisierung blok-

36 Kuntsche, S. 193 f., 209 (Anm. 2). Zu Schlange-Schöningen: G. J. Trittel, Hans-Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde“, in: VfZ, 1987, H. 1, S. 25 ff., bes. S. 30 ff., 42, 45 ff., 62 f. Zu Hermes und zum Agrarkonzept der CDU: Suckut, Konflikt, S. 1082 f., 1086; Keiderling (Hrsg.), 299f. In ihrem 1952 vorgelegten „gesamtdeutschen Agrarplan“ wandte sich die Ost-CDU, die in den ersten Nachkriegsjahren die pauschale Enteignung der Gutsbesitzer in der SBZ kategorisch abgelehnt hatte, gegen eine Revision der Bodenreform in einem wiedervereinigten Deutschland. Vgl. M. Richter, Die Ost-CDU 1948 – 1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 2 1991, S. 353.

37 Zum Konzept einer pauschalen Enteignung der Gutsbesitzer das 1947 verfaßte Manuskript Hoernles in: SAPMO-BArch, IV 2/7/211, Bl. 376 – 378. Weiterhin exemplarisch: E. Hoernle, Die demokratische Bodenreform in der Bewährungsprobe, Berlin 1947, S. 12; Badstübner/Loth (Hrsg.), S. 166 f. Zu den demokratischen Ansätzen in der SBZ: H. Weber, Die Geschichte der DDR. Versuch einer vorläufigen Bilanz, in: ZfG, 1993, H. 3, S. 195 f.

kiert. Noch die Mitglieder der konservativen Opposition gegen den Nationalsozialismus traten überwiegend für einen „deutschen Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, westlichem Individualismus und östlichem Kollektivismus ein.<sup>38</sup> Diese Leitvorstellung, die eine pluralistische Gesellschaft ebenso ausschloß wie eine umfassende politische Demokratisierung, entwertet weder den mutigen Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, noch rechtfertigt sie die pauschale Enteignung der Gutsbesitzer in der Bodenreform 1945/46. Sie verdeutlicht allerdings exemplarisch die Antinomien der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, die undifferenzierte Interpretationen ausschließen. Diese Widersprüchlichkeit muß auch in der politischen Diskussion über ein Ausgleichs- und Entschädigungsgesetz zugunsten der enteigneten Grundeigentümer und in der Kontroverse über die Bewertung von in ihren Zielen divergierenden Oppositionsgruppen gegen den Nationalsozialismus ausgehalten und berücksichtigt werden.<sup>39</sup>

---

38 Zur Durchsetzung der Gutsherrschaft zusammenfassend: F. L. Carsten, *Geschichte der preußischen Junker*, Frankfurt a. M. 1988, S. 18 ff.; W. Rösener, *Die Bauern in der europäischen Geschichte*, München 1993, S. 140 – 147. Zu den politischen Konzepten der nationalkonservativen Oppositionsgruppen aus einer umfangreichen Literatur: H. Mommsen, *Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944*, in: Schmädke/Steinbach (Hrsg.), S. 570 ff., bes. S. 589; ders., *Bürgerlicher (nationalkonservativer) Widerstand*, in: W. Benz/W.H. Pehle (Hrsg.), *Lexikon des deutschen Widerstandes*, Frankfurt a. M. 1994, S. 55 ff., bes. S. 64 ff. Zur Rolle der Großagrarien bei der Auflösung der Weimarer Republik die pointierte Interpretation in: Winkler, S. 601.

39 Zur Debatte über eine gesetzliche Ausgleichsregelung für durch die Bodenreform geschädigte Personen: G. Biehler, *Die Bodenkonfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 nach Wiederherstellung der gesamtdeutschen Rechtsordnung 1990*, Berlin 1994; R. Herzog, *Das Bodenreform-Urteil des Bundesverfassungsgerichts*, in: B. J. Sobotka (Hrsg.), *Burgen, Schlösser, Gutshäuser in Mecklenburg-Vorpommern*, Stuttgart 1993, S. 141 ff.; Merz, S. 1159 f. Ergänzend die Artikel in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (im folgenden FAZ), 24. II. 1993, S. 1 f.; FAZ, 21. 5. 1994, S. 2; FAZ, 11. 6. 1994, S. 1 f. Zur Auseinandersetzung über die Darstellung des kommunistischen Widerstands in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Berlin): E. Klaus, *Ungeteilte Ehre*, in: *Die Zeit*, Nr. 25, 17. 6. 1994, S. 12.

INES REICH

## Geteilter Widerstand. Die Tradierung des deutschen Widerstandes in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Die Geschichtsschreibung und Publizistik über den deutschen Widerstand und seine öffentliche Würdigung hat in der Bundesrepublik wie in der DDR mehrere Entwicklungsphasen durchlaufen, die zeitlich nahezu deckungsgleich sind.<sup>1</sup> Sie wurden von der politischen und historischen Wahrnehmung dieses Phänomens durch die Besatzungsmächte und deren nationalen Geschichtswissenschaften ebenso beeinflusst, wie sie von der Einbindung beider Staaten in zwei gegensätzliche politische, ökonomische und militärische Systeme, den vorherrschenden politisch-kulturellen Tendenzen der jeweiligen Zeit und bestimmten Ansätzen und Fragestellungen der Wissenschaft geprägt wurden. Dabei war die Interpretation des Widerstandes immer auch eine Frage der ideologischen Auseinandersetzung und Abgrenzung zum jeweils anderen deutschen Staat. In ihr spiegeln sich die Stufen der Staatswerdung der Bundesrepublik und der DDR sowie die verschiedenen Phasen der Deutschlandpolitik und des Ost-West-Verhältnisses wider.

Wenn sich auch deutsche Politiker und Vertreter der Kirchen in Ost und West gleichermaßen auf den Widerstand bezogen und den Anspruch erhoben, aus dessen Zielen Orientierungen für die Gegenwart abzuleiten, so griffen sie dabei jedoch jeweils andere Teilgruppen des deutschen Widerstandes heraus. In der Bundesrepublik dominierte bis in die 60er Jahre hinein die Behandlung des Widerstandes des 20. Juli 1944 sowie der kirchliche Widerstand und in der DDR der kommunistische Widerstand sowie Fraktionen wie das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) oder die „Rote Kapelle“. Diese unterschiedliche Gewichtung existierte trotz einer inhaltlichen Akzentuierung seit den 60er Jahren tendenziell bis zum Ende der DDR und ließ den Eindruck entstehen, daß die Historiographie und öffentliche Rezeption des Widerstandes sich in beiden deutschen Staaten gleichsam komplementär vollzog.

Der Zeitraum vom Ende der 40er Jahre bis Anfang der 60er Jahre – nach der *ersten Phase* der Jahre 1945 bis 1949<sup>2</sup> – markiert die *zweite Rezeptionsphase* des Widerstands. Sie wurde durch den Kalten Krieg, die zunehmende Ost-West-Konfrontation und die Konsolidierung der beiden deutschen Staaten beeinflusst. Der Widerstand wurde im besonderen Maße zur Legitimation der jeweiligen Staatsgründung mit herangezogen. So gingen die Erinnerung und gegenwartsbezogene Deutung des Widerstands eine enge Verbindung ein. Im Zuge dieser politischen und ideologischen Instrumentalisierung trug die Beschäftigung mit dem Widerstand sehr stark polemische Züge.

In der Bundesrepublik wurde der Widerstand als eine vorrangig aus einem ethisch-moralischen Impuls entsprungene Erscheinung interpretiert, wobei die politischen Beweggründe und Interessenlagen der Akteure nahezu vernachlässigt wurden. Das führte zu einer Heroisierung des Widerstandes und zur undifferenzierten Rückprojektion von Vorstellungen einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf den Widerstand. Der dadurch qualifizierte Widerstand wurde dann

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu u. a. G. R. Ueberschär (Hrsg.), *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime*, Köln 1994; H. Mommsen, *Der 20. Juli 1944 in der historiographischen Sicht des gespaltenen Deutschland*, in: *Politik und Kultur* 4, 1994, S. 9 – 20, und G. Plum, *Widerstand und Resistenz*, in: M. Broszat/ H. Möller (Hrsg.), *Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte. Vorträge aus dem Institut für Zeitgeschichte*, München 1993, S. 248 – 273.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Beiträge von O. Groehler und J. Danyel in dieser Ausgabe.

als Tradition der jungen Bundesrepublik in Anspruch genommen. Das hatte die politische Funktion, die Kontinuität des politischen Anstandes zu wahren und den „roten“ Totalitarismus in der DDR zurückzuweisen.

Die DDR verfolgte ihrerseits die politische Zielrichtung, in der Systemauseinandersetzung sich und ihre „führende Partei“ zu legitimieren und die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem als eine Fortsetzung der „reaktionären“, „antisowjetischen“ Goerdeler-Beck-Politik zu verurteilen. Als Aufhänger für die antibundesdeutsche Polemik dienten die Politik der Regierung Konrad Adenauer und Karrieren wie die von Adolf Heusinger in der Bundeswehr.<sup>3</sup> Diese Art der „Aktualisierung“ historischer Vorgänge, die lange Zeit die DDR-Geschichtsschreibung bestimmen sollte, war Ausdruck des Stalinismus einerseits und wurde andererseits durch die lange vorherrschende einseitige Hervorhebung der Bewegung des 20. Juli und die Tabuisierung des kommunistischen Widerstandes in der westdeutschen Historiographie begünstigt.

Voraussetzung und Folge der polemischen Ausrichtung der politischen, historischen und publizistischen Wahrnehmung des Widerstandes war, daß sich die Geschichtswissenschaft der DDR in einem viel stärkeren Maße mit der Darstellung des 20. Juli in der Bundesrepublik beschäftigte<sup>4</sup>, als die Bundesrepublik das Widerstandsbild der DDR thematisierte. Erst seit Anfang der 60er Jahre stieß die ostdeutsche Widerstandsrezeption auf ein gewisses Forschungsinteresse in der BRD.<sup>5</sup>

Die politisch-ideologische Instrumentalisierung des Widerstandes in beiden deutschen Teilstaaten basierte auf unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätzen und theoretischen Fundamenten. In der Bundesrepublik prägte die Totalitarismus-Theorie die Beschäftigung mit dem Widerstand. Der Widerstand wurde grundlegend als auch totalitäres Verhalten charakterisiert, so daß der Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung ausgeklammert und dem kommunistischen Widerstand als dessen aktivstem Teil sogar die Legitimationsbasis streitig gemacht wurde.<sup>6</sup> Im Mittelpunkt der Betrachtungen stand der Widerstand um die Bewegung des 20. Juli 1944 und der mit ihr in Verbindung stehenden Gruppen, die Opposition in den Kirchen und der Widerstand der „Weißen Rose“.

Die Widerstandsinterpretation fußte auf einer dualistischen Sicht der deutschen Verhältnisse in der NS-Zeit, in der sich als monolithisches Ganzes „totalitärer Staat“ und „freiheitlich-demokratischer Widerstand“ gegenüberstanden. Ein ähnlich undifferenziertes, homogenes Bild vom „Dritten Reich“ und seinen Gegnern existierte auch in der DDR, nur mit anderen Vorzeichen. Diese gleichermaßen vereinfachte Sichtweise hatte zur Folge, daß in der Bundesrepublik die richtungspolitischen Unterschiede der Bewegung des 20. Juli ebensowenig wahrgenommen wurden, wie die DDR diese innerhalb des kommunistischen Widerstandes aufdeckte.

In der DDR griffen im Vergleich zur Bundesrepublik andere Interpretationsansätze, die hier nur summarisch genannt werden sollen: Es waren die Haltung zu den Volksmassen bzw. zur Entfaltung einer revolutionären Volksbewegung; die Einstellung zur KPD, zur Sowjetunion und zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und die Bereitschaft, mit diesen Kräften zusammenzuarbeiten. Danach wurden einzelne Widerständler und Widerstandsgruppen bzw. -organi-

3 Vgl. J. Hellwig/H. Gley, *Der 20. Juli 1944 und der Fall Heusinger*, Berlin 1959.

4 Vgl. u. a. W. Ersil, *Die Wahrheit über den 20. Juli 1944 und die Lügen der Bonner Militaristen*, in: *Einheit*, 1960, H. 7, S. 1085–1097; H. Dress, *Die Verfassungspläne Goerdelers in der Darstellung der westdeutschen Geschichtsschreibung*, in: *Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957* in 2 Bänden, Bd. 2, Berlin 1955, S. 403–409. Dabei gab es später durchaus ernsthafte Untersuchungen zum bundesdeutschen Rezeptionsverhalten. Vgl. H. Dress, *Neue Tendenzen bei der Darstellung des 20. Juli 1944 in der westdeutschen Geschichtsliteratur*, in: *1917–1945. Neue Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Forschung und Lehre*, Protokoll der konstituierenden Tagung der Fachgruppe „Geschichte der neuesten Zeit 1917–1945“ am 31. Oktober und 1. November 1964 in Brandenburg (Havel), Berlin 1965, S. 183–192.

5 Vgl. G. Plum, *Widerstand und Antifaschismus in der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1961, H. 1, S. 50–65.

6 Vgl. u. a. G. Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954, S. 106 ff.

sationen als „fortschrittlich“ oder „reaktionär“ noch bis in die 80er Jahre eingeschätzt. Bei der Beurteilung des sozialdemokratischen Widerstandes waren die Spätfolgen des Sozialfaschismus-Vorwurfes deutlich zu spüren, so daß er nur partiell in das Geschichtsbild der DDR eingeholt wurde. Die Ansätze der DDR-Forschung gründeten sich auf ein überzeichnetes und starres Verständnis von der Rolle der Volksmassen in der Geschichte und auf die Faschismus-Definition der Kommunistischen Internationale von 1933, womit in der politischen Auseinandersetzung des Kalten Krieges die Bundesrepublik letztlich als imperialistisch-faschistisches System denunziert wurde.

Die Fragestellungen und das Forschungsinteresse der DDR-Wissenschaft wurden durch politische Richtlinien für den Umgang mit der Widerstandsgeschichte wesentlich untermauert. Der Beschluß des ZK der SED über „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei“ vom Oktober 1951 kritisierte die Historiker der DDR wegen unzureichender ideologischer Militanz und forderte die „wissenschaftliche Ausarbeitung der deutschen Geschichte vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus“<sup>7</sup>. Diese wissenschaftspolitische Vorgabe wurde im Juli 1955 mit dem Politbürobeschuß zur „Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der DDR“ bekräftigt, der auf „die Erforschung und Darstellung der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, besonders der Partei der deutschen Arbeiterklasse“<sup>8</sup> orientierte. Die durch solche und ähnliche Richtlinien vorgegebene selektive Geschichtsforschung konzentrierte sich auf den kommunistischen Widerstand, den Widerstand in Konzentrationslagern, in Betrieben sowie auf die lokale und regionale Erforschung des Widerstandes. Der 20. Juli fand dabei ebenso wie beispielsweise auch christlicher, jüdischer und sozialdemokratischer Widerstand, wenn überhaupt, nur an der Peripherie Beachtung. Insgesamt konsolidierte sich das negative Bild von der Bewegung des 20. Juli, bis der Schluß gezogen wurde, „daß im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 20. Juli 1944 von antifaschistischem Kampf nicht die Rede sein kann“<sup>9</sup>.

Diese Bewertungsmaßstäbe und Negativurteile bildeten bis in die 80er Jahre hinein die Ausgangsbasis für die Beschäftigung mit dem Widerstand in der DDR. Sie behinderten die wissenschaftliche Erkenntnis noch, als schon neue Forschungsergebnisse vorlagen, und förderten so die Stagnation der Widerstandsgeschichtsschreibung der DDR sowie ihre internationale Isolierung. Nur zur sowjetischen Geschichtswissenschaft gab es aufgrund der ähnlich ausgerichteten Ideologisierung des Gegenstandes eine nahezu völlige Übereinstimmung in den Wertungen.

Das Fazit der Betrachtung der *zweiten Phase* lautet: In den 50er und frühen 60er Jahren bestand in der Bundesrepublik wie in der DDR ein grob gerastertes, primär politisch motiviertes Bild vom deutschen Widerstand. Die unkritische Heroisierung der Protagonisten der jeweiligen Teilbilder, einerseits des 20. Juli 1944 und andererseits des kommunistischen Widerstandes, führte zu Verkürzungen, Vereinseitigungen und nicht zuletzt zu Auslassungen. Fast überall fehlte eine Analyse der Widersprüche in den Widerstandsgruppen und im Denken und Handeln der einzelnen Widerständler.

Die *dritte Phase*, die Mitte der 60er Jahre einsetzte, war durch eine inhaltliche Neuakzentuierung der Widerstandsforschung in beiden deutschen Staaten gekennzeichnet. Widerstand wurde begrifflich differenzierter und breiter gefaßt, und lange Zeit abqualifizierte sowie vernachlässigte Widerstandsaktivitäten fanden stärkere Berücksichtigung. Diese Veränderungen wurden aufgrund des Abklingens des Ost-West-Gegensatzes, des kurzzeitigen politisch-ideologischen Tauwetters in der Sowjetunion mit seinen Auswirkungen auf die DDR und der fortschreitenden Konsolidierung der beiden deutschen Staaten möglich. In dem Maße, wie der Widerstand in Ost und West seine Bedeutung für die Primärlegitimation langsam aufgab, schwand der betont vorder-

7 Dokumente der SED, Bd. III, Berlin 1952, S. 581.

8 Dokumente der SED, Bd. V, Berlin 1956, S. 348.

9 Zum Charakter der Verschwörung vom 20. Juli 1944, in: Militärwesen, 1959, H. 6, S. 833.

gründig politische Einfluß auf die Beschäftigung mit dem Widerstand, ohne daß er jedoch generell aufhörte zu existieren. Damit verringerte sich die deutsch-deutsche Polemik, und es zog mehr Sachlichkeit in die Forschung und Rezeption ein.

In der Bundesrepublik wirkte sich zunehmend auch die Auseinandersetzung mit der Widerstandsforschung der DDR aus. Sie führte zu einer Prüfung mancher Thesen und Befunde und damit zu einer Relativierung der Positionen, wie sie sich in den 50er Jahren insbesondere über den kommunistischen Widerstand eingestellt hatten.<sup>10</sup> Nunmehr kam die Forschung über den bis dahin stark vernachlässigten Widerstand aus der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften allmählich voran. Auch wuchs das Interesse am lokalen Widerstand.

Die Forschungen zum Komplex des 20. Juli wurden auf eine verbesserte Quellenbasis gestellt. Sie bewegten sich von der Analyse der Motive hin zur kritischen Untersuchung der politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen und deren politischen und geistesgeschichtlichen Traditionen. In diesem Zusammenhang sei auf die bahnbrechenden Studien von Hermann Graml und Hans Mommsen sowie die Arbeit von Ger van Roon verwiesen.<sup>11</sup> Sie korrigierten die bisher bestehenden Auffassungen über die innen- wie außenpolitischen Ziele und Verfassungspläne des konservativen Widerstandes und trugen damit zum Aufbrechen der monolithischen Vorstellungen vom Widerstand bei. Es wurde deutlich, daß der bürgerlich-aristokratische Widerstand mit seinen Gesellschaftsvorstellungen nicht die Wiege liberal-demokratischen Denkens und war damit nicht als der geistige Vorläufer des bundesdeutschen Grundgesetzes angesehen werden konnte.

In der Widerstandsforschung bildeten sich zwei Denkschulen heraus, die bis heute die Beschäftigung mit dem Widerstand bestimmen: die traditionelle Schule der „Intentionalisten“, die die Motivationen in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, und die Anhänger der zweiten Schule, die von ihren Gegnern als „Revisionisten“ bezeichnet werden<sup>12</sup>. Letztere legt einen eher prozeßorientierten, dynamischen Widerstandsbegriff zugrunde, der die Entwicklung der Widerständler zwischen Anpassung, Opposition und Widerstand detailliert zu erfassen sucht. Diese Herangehensweise ist vornehmlich von sozialwissenschaftlichen Impulsen und Methoden beeinflusst.

In der DDR begann sich seit Mitte der 60er Jahre an der Seite einer weiter vorangetriebenen Beschäftigung mit dem kommunistischen Widerstand eine eigenständige Forschung zum 20. Juli zu entwickeln, deren Träger wie in der Bundesrepublik überwiegend eine nachgerückte, jüngere Historikergeneration war.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich vorwiegend Funktionäre und Politiker der DDR mit dem Thema beschäftigt. Im Zuge der einsetzenden Forschungen blieb die DDR-Geschichtswissenschaft hinsichtlich der Beurteilung des 20. Juli nicht bei der ursprünglichen Interpretation stehen. Die Aktion wurde in ihrer Gesamtheit positiv als „antnazistische Tat, die objektiv auf die Beseitigung der barbarischen Herrschaftsform des deutschen Imperialismus gerichtet war“<sup>13</sup>, bewertet. Das nun gezeichnete Bild gewann an Tiefenschärfe, insbesondere dadurch, daß stärker die Heterogenität des konservativen Widerstandes berücksichtigt und die Forschung wie in der Bundesrepublik auf eine verbreiterte Quellenbasis gestellt wurde.<sup>14</sup> Dennoch blieben schema-

<sup>10</sup> P. Steinbach, Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld, in: *aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/88 v. 8. 7. 1988, S. 11.

<sup>11</sup> H. Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, und H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, beide in: W. Schmitthener/H. Buchheim (Hrsg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien*, Köln/Berlin 1966, S. 15 – 72 u. S. 73 – 167; G. v. Roon, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967.

<sup>12</sup> Vgl. K.-J. Müller/H. Mommsen, *Der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime. Zur Historiographie des Widerstandes*, in: K.-J. Müller (Hrsg.), *Der deutsche Widerstand 1933 – 1945*, Paderborn/München/Wien/Zürich 1990, S. 16 – 17.

<sup>13</sup> Konzeption zur Darstellung der Verschwörung vom 20. Juli 1944, in: *Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“*, 1965, Nr. 1, S. 36.

<sup>14</sup> Zunehmend wurden neue Quellen aus Archiven der DDR oder durch Zeitzeugenbefragungen erschlossen und teilweise publiziert. Siehe C. Goerdeler, *Schlußbetrachtungen über die Reise. Nordafrika, Vorderasien. Reisebericht vom 6. August 1939*, eingeleitet von J. Glasneck, in: *Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“* 1965, Nr. 4, S. 10 – 27.

tische Betrachtungsweisen und kurzschlüssige politische Aktualisierungen weiter bestehen. Im Zusammenhang mit der seit 1958 einsetzenden Würdigung und Thematisierung des NKFD und des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) wurden die alten Wertungskriterien modifiziert, weil sie die Haltung, Motivation und Entscheidung von Teilen der deutschen Generalität zum Widerstand gegen das NS-Regime methodisch nicht erklären konnten, was aus politischen Gründen auch nicht notwendig gewesen war. Diese Veränderungen strahlten positiv auf die Ehrung und Betrachtung der Männer des 20. Juli aus.<sup>15</sup>

Während der sowjetische Einfluß in der zweiten Hälfte der 40er Jahre hinsichtlich der Ausgrenzung des bürgerlichen Widerstandes normierend wirkte, gab er jetzt mit dem Buch „20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit“ von Daniel Melnikow, das 1964 erstmalig in deutscher Sprache erschien, den Auftakt für die Tilgung von Fehlurteilen und Voreingenommenheiten der Geschichtsforschung der DDR. Sichtbar werden die nun folgenden Veränderungen am Referat Heinrich Scheels auf der Festveranstaltung des Nationalrates der Nationalen Front und der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere zum 20. Jahrestag des 20. Juli, an einer am Zentralinstitut für Geschichte erarbeiteten Konzeption zur Darstellung der Verschwörung und an dem im Rahmen der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ gegebenen ersten Gesamtüberblick über den deutschen Widerstand.<sup>16</sup> 1967 erschien dann die erste Stauffenberg-Biographie in der DDR.<sup>17</sup> Damit wurde im Prinzip wissenschaftlich eingelöst, was seit Jahren politisch eingefordert worden war und u.a. in Artikelüberschriften wie „Oberst Graf von Stauffenberg gehört uns“<sup>18</sup> zum Ausdruck kam. Dennoch blieb die offizielle Aufnahme der Monographie nicht ohne Probleme, so daß vorerst keine Neuauflage vorgesehen wurde. Die Kritik von Historikern des Instituts für Marxismus-Leninismus und des Zentralinstituts für Geschichte in Berlin bemängelte vor allem, daß der Klassenkampfcharakter des Widerstandes und die führende Rolle der KPD ungenügend deutlich würden, daß die Stauffenberg-Gruppe zu sehr in die Nähe der Arbeiterbewegung gerückt worden sei.<sup>19</sup>

Obwohl seit Anfang der 60er Jahre Fortschritte in der Würdigung und Darstellung des 20. Juli bei wachsendem öffentlichen Interesse gemacht wurden, blieb er nach wie vor ein Randgebiet in der Geschichtsforschung der DDR. Nur sehr wenige Arbeiten beschäftigten sich in den 70er Jahren direkt mit dem Ereignis und seinen Akteuren.<sup>20</sup> Nach wie vor behinderten bestehende politische Ressentiments die Erforschung des konservativen Widerstandes. Sie genoß daher auch keinerlei Förderung, war nie eine Position im Zentralen Forschungsplan der Gesellschaftswissenschaften, der seit den 70er Jahren existierte. Am Ende der dritten Phase bestand trotz der aufgezeigten Modifizierungen in der Forschung insgesamt die Polarisierung der Widerstandsbilder in der Bundesrepublik und der DDR weiter fort.

Seit den 70er Jahren – der beginnenden *vierten Phase* – werden methodische und inhaltliche Neuansätze in der Widerstandsforschung und ihrer historisch-theoretischen Erfassung in beiden

15 Vgl. S. Wolf, Zum 14. Jahrestag des 20. Juli 1944, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere 1, 1958, H. 3, S. 6 – 11.

16 Vgl. H. Scheel, Festansprache anlässlich des 20. Jahrestages des 20. Juli 1944 in Berlin, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere 7, 1964, H. 8, S. 3 – 6; Konzeption zur Darstellung der Verschwörung vom 20. Juli 1944, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 1965, Nr. 1, S. 35 – 46, und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 5, Berlin 1966.

17 K. Finker, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1967.

18 M. Lattmann, Oberst Graf von Stauffenberg gehört uns, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere 7, 1964, H. 8, S. 12.

19 Vgl. W. Schumann, Gutachten für die 2. Aufl. des Buches von K. Finker „Stauffenberg und der 20. Juli 1944“ v. 23. 2. 1969, Privatbesitz Finker (Kopie im Besitz d. Verf.).

20 Vgl. K. Finker, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978, und S. Wegner-Korfes, Der 20. Juli und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“: Aus persönlichen Unterlagen der Familie von Oberst Ritter Mertz von Quirnheim, in: ZfG, 1979, H. 6, S. 535 – 544. H. Arndt/D. Ziegs, Zur revolutionären Kommunalpolitik der KPD in den Jahren 1929/33 im Leipziger Stadtparlament, in: Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Leipzig, Leipzig 1979, S. 33 – 55.

deutschen Staaten praktiziert. In der Bundesrepublik erweiterte die Widerstandsforschung die Themenfelder, was keineswegs eine Vernachlässigung des Widerstands des 20. Juli bedeutete. Aber der linke Widerstand wurde besonders auf lokaler und regionaler Ebene intensiver untersucht. Außerdem vollzog sich im Zuge der Hinwendung der Geschichtswissenschaft zur Sozialgeschichtsforschung ein Perspektivenwechsel weg vom Widerstand der gesellschaftlichen und politischen Eliten hin zur sozialhistorischen Analyse des Verhaltens breiter sozialer Schichten unter der NS-Herrschaft. Repräsentativ für einen derartigen Ansatz ist das 1973 vom Münchener Institut für Zeitgeschichte begonnene Projekt „Bayern in der NS-Zeit“:

Auf der Grundlage einer breiten Quellenbasis entstanden viele umfassende Einzelbiographien von Offizieren und Beamten des Widerstandes des 20. Juli 1944, die den Prozeßcharakter der Entwicklung zum Widerstand von anfänglicher Loyalität gegenüber dem NS-Regime über mehrere Stufen der Distanzierung bis hin zum grundsätzlich auf den Umsturz abzielenden Widerstand zeigten. Diese neuen Forschungsansätze führten zu einer intensiven Diskussion über den Widerstandsbegriff. Am Ende entstand ein prozeßorientierter, dynamischer Widerstandsbegriff<sup>21</sup>, der die vielfältigen Entwicklungsphasen und Formen des deutschen Widerstandes zu beschreiben vermochte.

Auch in der Widerstandsforschung der DDR – in der aufgrund der politischen Indoktrinierung die theoretische und methodische Innovation viele Jahre behindert wurde – zeigte sich, daß allmählich die durch politische Vorgaben bestimmte Definition des Widerstandes von den Ergebnissen der Forschung divergierte. Die unterschiedlichen Widerstandsformen sowie die soziale und politische Heterogenität des deutschen Widerstandes vereinbarten sich nicht mehr mit der vereinfachten These: „Der antifaschistische Widerstandskampf war seinem Wesen nach Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse sowie anderen Werktätigen und dem Monopolkapital“<sup>22</sup>. Es begannen neue Überlegungen zur Widerstandsbestimmung, in deren Ergebnis die starre Definition langsam überwunden wurde und sich wie in der Bundesrepublik ein eher dynamischer Widerstandsbegriff herausbildete.<sup>23</sup> Diese Entwicklung wurde durch die Arbeit an dem Werk „Deutschland im zweiten Weltkrieg“<sup>24</sup> befördert. Einer angemessenen Wertung und Würdigung des 20. Juli standen aber nach wie vor, worauf Olaf Groehler zu Recht hinweist<sup>25</sup>, die mangelnde Kritikfähigkeit und Scheu der Geschichtswissenschaft der DDR entgegen, Fehler und Irrtümer sowie Wandlungen und Modifikationen offen zu benennen.

Ende der 70er Jahre begann nach einer Flautephase eine Neubelebung des wissenschaftlichen Interesses am Widerstand sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Ein nicht unwesentlicher Impuls ging von der 32. Versammlung deutscher Historiker im Oktober 1978 aus, die die Widerstandsthematik in einer Sektion behandelte.

Im Zusammenhang mit dem 35. Jahrestag des 20. Juli 1944 wurde dann mehrfach die bundesdeutsche Forschung bilanziert, entstanden eine Reihe von Arbeiten, die neue Ansätze präsentierten, aber auch bewußt auf traditionelle Darstellungs- und Deutungsweisen zurückgriffen. Seit 1983 wurde auf Initiative des damaligen West-Berliner Regierenden Bürgermeistermeisters Richard von Weizsäcker an einer Dauerausstellung über den deutschen Widerstand gearbeitet, die seit 1989 in

21 Vgl. K.-J. Müller/Hans Mommsen, *Der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime. Zur Historiographie des Widerstandes*, in: *Der deutsche Widerstand 1933–1945*, hrsg. v. Klaus-Jürgen Müller, Paderborn 1986, S. 16.

22 K. Mammach, *Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933 – 1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration*, Berlin 1974, S. 255.

23 Vgl. W. Bramke, *Der unbekannte Widerstand in West-Sachsen. Zum Problem des Widerstandsbegriffs*, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 13, 1986, S. 220 – 253.

24 Vgl. Autorenkollektiv (Ltg. W. Schumann), *Deutschland im zweiten Weltkrieg*, Bd. 1, Berlin 1974, S. 303; Bd. 2, Berlin 1975, S. 578 – 580; Bd. 3, Berlin 1979, S. 297 – 301; Bd. 4, Berlin 1981, S. 569 – 571; Bd. 5, Berlin 1984, S. 318 – 323 und Bd. 6, Berlin 1984, S. 283 – 297.

25 Vgl. O. Groehler, *Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite*, in: R. Eckert/ W. Küttler/ G. Seeber (Hrsg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992, S. 416.

der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Berliner Bendler-Block gezeigt wird. Im Juli 1984 fand in Berlin eine wissenschaftliche Konferenz statt, die eine umfangreiche Bilanz der neueren bundesdeutschen Forschungen zur Geschichte des Widerstandes zog und damit auch weitere widerstandshistorische Untersuchungen stimulieren wollte.<sup>26</sup> Die Volkswagen-Stiftung richtete einen Schwerpunkt zur Widerstandsforschung ein und beim Siedler-Verlag wird seit den frühen 80er Jahren eine Schriftenreihe zum deutschen Widerstand herausgegeben, in der Biographien wichtiger Widerständler – vornehmlich des 20. Juli – sowie Zeugnisse und Quellen des Widerstandes publiziert werden. In der Entwicklung der Widerstandsforschung der Bundesrepublik zeigt sich, daß trotz zunehmender Beachtung und Würdigung der gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen, kommunistischen und jugendlichen Opposition der Komplex des 20. Juli den Schwerpunkt der Widerstandshistoriographie bildet. Darüber kann auch nicht die ausgewogene ständige Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand hinwegtäuschen.

In der DDR veränderte sich in der Mitte der 80er Jahre das Bild des 20. Juli in der Wissenschaft und Öffentlichkeit, was nicht zuletzt Ausdruck der gesamten bisherigen politischen und wissenschaftlichen Entwicklung war.

Die sich Ende der 70er Jahre entfaltende Diskussion um Erbe und Tradition und die These von der Herausbildung einer sozialistischen deutschen Nation in der DDR förderte – bei aller Absurdität der letzteren – objektiv die Geschichtswissenschaft, indem die Historiker aufgefordert wurden, die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit, nicht nur wie bisher begrenzt auf revolutionäre und proletarische Bewegungen, zu erforschen und darzustellen.

Außenpolitisch wurde die Geschichtswissenschaft durch die im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß und den Bemühungen um Entspannung und Abrüstung in Europa entstandene Forderung nach der „Koalition der Vernunft“ beeinflusst. Historiker sahen – nicht unumstritten<sup>27</sup> – plötzlich historische Vorformen einer solchen Koalition der Vernunft in der Bewegung des 20. Juli und im Kreisauer Kreis. Dieser aktuell-politische Bezug macht deutlich, daß der Widerstand des 20. Juli in der DDR nach wie vor „polemische Waffe und Vorwand für Agitation“<sup>28</sup> war. Im Wandlungsprozeß der Widerstandsforschung der DDR reagierten viele Historiker auf die Ergebnisse der bundesdeutschen Forschung nicht mehr wie bisher vor allem abwehrend, sondern verstanden sie als positive Herausforderung. In der Zeitschrift „Militärgeschichte“ erschien im März 1984 ein Artikel zum 40. Jahrestag des Attentats unter dem bis dahin ungewöhnlichen Titel „Politischer Realismus und militärisches Verantwortungsbewußtsein. Einige geschichtliche Erfahrungen aus dem 20. Juli 1944“; in dem mit Bezug auf die Beteiligten am Attentat auf Hitler erstmalig für die DDR festgestellt wurde: „Für diese Tat gebührt ihnen Hochachtung und ein ehrenvoller Platz in der Geschichte des antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes.“<sup>29</sup>

Um die gleiche Zeit, vom 28. Februar bis 1. März 1984, fand in Sellin auf der Insel Rügen ein Kolloquium zum Thema „Der Kampf gegen den Faschismus. Aspekte – Probleme – Lehren“ statt, an dem Historiker beider deutscher Staaten teilnahmen.<sup>30</sup> Die Bedeutung dieser Veranstaltung muß darin gesehen werden, daß die in der DDR-Forschung zum Widerstand enthaltene Prämisse der dogmatischen Verklammerung von Antifaschismus und Antiimperialismus aufgegeben wurde.<sup>31</sup> Das ermöglichte es, die Bewegung des 20. Juli insgesamt und vorbehaltlos in die deutsche Widerstandsgeschichte zu integrieren, was dann auch auf dem Ost-Berliner

26 Vgl. dazu den Konferenzband: J. Schmäddecke/P. Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München 1985.

27 Vgl. K. Gossweiler, *Der 20. Juli und die Faschismustheorie*, in: Helmut Bleiber, Walter Schmidt (Hrsg.), *Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte*, Berlin 1988, S. 308 ff.

28 Vgl. Rhein-Neckar-Zeitung vom 19. Juli 1984.

29 K. Finker, *Politischer Realismus und militärisches Verantwortungsbewußtsein. Einige geschichtliche Erfahrungen aus dem 20. Juli 1944*, in: *Militärgeschichte*, 1984, H. 3, S. 195.

30 Vgl. Bericht über das Kolloquium von K. Pätzold u. W. Meinicke, in: *ZfG*, 1984, H. 8, S. 718 – 722.

31 Vgl. O. Groehler, *Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite*, S. 416.

Kolloquium aus Anlaß des 40. Jahrestages des Attentates vom 20. Juli geschah. Zwar blieben für die Geschichtswissenschaft der DDR seit 1984 die Stellung der nationalkonservativen Widerstandskämpfer zur Sowjetunion, zur KPD und zur Bewegung „Freies Deutschland“ nach wie vor Maßstäbe für die historische Bewertung<sup>32</sup>, dennoch wurden wesentliche Akzente neu gesetzt und dogmatische Einengungen überwunden. Erstens erschien der Umsturzversuch eindeutig als antifaschistische Aktion.<sup>33</sup> Zweitens verlor die These vom „volksfeindlichen“ Charakter der Verschwörung ihre Wirksamkeit. Drittens rückte die Stellung, die die Bewegung des 20. Juli zu den Grundfragen der Zeit einnahm, vor allem zur Beendigung des Krieges, in den Mittelpunkt der Bewertung. Viertens erkannte man allen Teilnehmern der Verschwörung zu, daß sie Hitlergegner waren und ihr Leben im nationalen Interesse eingesetzt hatten. Deshalb wurden die Fragen der Kooperation und des Methodenunterschieds gründlicher untersucht und differenzierter beurteilt.<sup>34</sup> Fünftens gewann die Auffassung von der Entwicklung zum Widerstand als einem widerspruchsvollen, prozeßhaften Vorgang spürbar an Bedeutung. Sechstens wurde vermieden, „die einzelnen Teilnehmer der Verschwörung miteinander zu vergleichen, sie hinsichtlich ihrer politischen Ziele zu werten und dem einen mehr fortschrittliche Züge zu bescheinigen als dem anderen“<sup>35</sup>.

Damit kehrte die DDR-Geschichtswissenschaft im Prinzip zu einigen jener Positionen zurück, wie sie bereits 1944/45 bis 1949 bestanden hatten. Die Umbewertung des 20. Juli in der DDR ging nicht mit ähnlichen Prozessen in der Sowjetunion konform, sondern stieß dort auf Kritik.<sup>36</sup> Auch in diesem Punkt deuteten sich Gemeinsamkeiten zur unmittelbaren Nachkriegszeit an.

Von der „neuen“ Sicht auf den Umsturzversuch zeugen nicht zuletzt auch eine Reihe von Gedenkveranstaltungen im Sommer 1984. Waren Gedenkfeiern anläßlich des 20. Juli 1944 seit 1945 in der SBZ/DDR ausschließlich zu allen „runden“ Jahrestagen des Ereignisses veranstaltet worden, so fanden sie seit 1984 an manchen Orten der DDR wie in der Bornstedter Kirche in Potsdam nun regelmäßig statt und nahmen so einen festen Platz im gesellschaftlichen Leben der DDR ein. In diesem Rahmen wurden dann Gedenktafeln oder -steine gestiftet.<sup>37</sup> Die Initiatoren dieser Traditionspflege waren in der Regel die NDPD, LDPD und die CDU, die sich dem 20. Juli und seinen Akteuren seit dem Bestehen ihrer Organisationen in besonderer Weise verpflichtet fühlten.

Die veränderte wissenschaftliche Wahrnehmung des nationalkonservativen Widerstandes in der DDR seit Anfang 1984 brachte fruchtbare Impulse für dessen weitere Erforschung und Popularisierung. In der Folgezeit entstanden neue wissenschaftliche Arbeiten und auch Fernseh-Dokumentarfilme<sup>38</sup>, die für die öffentliche Aufnahme eines veränderten Geschichtsbildes ungeheuer wichtig waren. Bereits ein Jahr später manifestierten sich die neu gewonnenen Resultate im „Wörter-

32 Vgl. u.a. K. Finker, Der Platz des 20. Juli 1944 in der Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, 1985, I–II, S. 13.

33 Vgl. O. Groehler/ K. Drobisch, Der 20. Juli 1944, in: Einheit, 1984, H. 7, S. 636, und K. Finker, Politischer Realismus und militärisches Verantwortungsbewußtsein, S. 200.

34 K. Finker, Widerstand und Geschichte des Widerstandes in der Forschung der DDR, in: P. Steinbach (Hrsg.), Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987, S. 104.

35 Brief von Bernhard Grabowski, Chefredakteur des Neuen Deutschland, an Kurt Finker vom 13. 3. 1984, Privatbesitz Finker (Kopie im Besitz d. Verf.).

36 Vgl. Tageszeitung vom 20. Juli 1984.

37 So u. a. 1988 in Neustrelitz für Hans-Jürgen Graf von Blumenthal, in Göhren für Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanefeld, in Potsdam für Henning und Erika von Tresckow sowie 1989 in Lübbenau für Wilhelm Graf zu Lynar, in Leising für Friedrich Olbricht und in Potsdam für Freiherr Kurt von Plettenberg. Vgl. Neues Deutschland v. 21. 7. 1988; Berliner Zeitung am Abend v. 20. 8. 1988; Lausitzer Rundschau v. 21. 7. 1989; Nationalzeitung und Neues Deutschland, beide v. 21. 7. 1989 und Brandenburgische Neueste Nachrichten v. 27. 11. 1989.

38 Vgl. u. a. K. Finker, An der Seite Stauffenbergs. Zum 100. Geburtstag von Friedrich Olbricht, in Militärgeschichte, 1988, H. 5, S. 461–463, und W. Welkerling, Ein Wehrmachtsgeneral auf dem Weg zum Antifaschisten. Zur Biographie des Generals der Artillerie Fritz Lindemann, in: ZfG, 1989, H. 6, S. 796–811. Zu den Dokumentarfilmarbeiten vgl. u. a. H. Bentzien, Wir haben nichts zu bereuen (1984); R. Schnabel, Das Attentat auf Hitler (1984); G. Marquardt/ U. Teschner, Henning von Tresckow – Chef des Generalstabes oder Tod auf dem Schafott (1986); G. Marquardt/ J. Eike, General Friedrich Olbricht – ein Mann des 20. Juli 1944 (1987); H. Bentzien/E. Thiede, 13 Bilder über Stauffenberg (1989) und K. Seehafer/ J. Eike, Auch er wollte Hitler stürzen. Carl-Hans Graf von Hardenberg und der 20. Juli 1944 (1990).

buch zur deutschen Militärgeschichte“<sup>39</sup>, und 1989 fanden sie dann auch endlich Eingang in die Geschichtslehrbücher.<sup>40</sup>

Im Sommer 1990 wurde dann, nach den politischen Veränderungen in der DDR seit der Wende 1989, in der Nationalen Volksarmee (NVA) eine neue Traditionsbestimmung hinsichtlich des Umsturzversuchs vom 20. Juli vorgenommen.<sup>41</sup> Als Vorboten dafür können zwei Artikel in der „Volksarmee“<sup>42</sup> gelten. Am 20. Juli 1990 wurde dann in fast allen Kasernen des 46. Jahrestags des gescheiterten Bombenattentats Stauffenbergs gedacht und zugleich über 50 000 Soldaten neu vereidigt. Dieser Wandel im Traditionsverständnis der NVA blieb in Teilen der Öffentlichkeit nicht ohne Widerspruch.<sup>43</sup> Bedenklich war in diesem Zusammenhang die völlig unreflektierte Vereinnahmung des Ereignisses und seiner Akteure sowie der unkritische Blick auf dessen publizistische und historische Wahrnehmung in der DDR, insonderheit in der Armee.<sup>44</sup> Dabei wurde vernachlässigt, daß die Anerkennung und Würdigung des 20. Juli und selbst lange Jahre verfemter „Reaktionäre“ wie Goerdeler nicht primär das Resultat des gesellschaftlichen Umbruchs seit dem Herbst 1989 war, sondern in der politischen und wissenschaftlichen Entwicklung der DDR seit Mitte der 80er Jahre wurzelte.<sup>45</sup>

Fassen wir die Betrachtungen zur Tradierung des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und der DDR zusammen, so wird eins deutlich: Der Widerstand gehört zu jenen zeithistorischen Phänomenen, die am stärksten im politischen Spannungsfeld stehen, wie die unübersehbaren Schwankungen seiner Würdigung und Deutung in beiden Staaten seit 1945 verdeutlichen. Die Gründe dafür liegen sowohl in der konträren Systemeinbindung der Bundesrepublik und der DDR als auch in dem Umstand, daß der deutsche Widerstand mit seinem breiten Spektrum an Motivationen sowie politischen Zielen und Vorstellungen auch die Möglichkeit bot, daß sich jeder Teilstaat entsprechend seinen Intentionen und seinem Selbstverständnis Unterschiedliches eklektisch herausgreifen konnte und als Tradition in Anspruch nahm. Letztlich verursachte die Diskrepanz zwischen dem fehlenden Bewußtsein der Betrachter für ihre eigene Gegenwartigkeit und der Geschichtlichkeit des Widerstandes selbst, die erfordert, die Gegner des nationalsozialistischen Systems vor dem Hintergrund der Entwicklung ihrer eigenen Zeit zu sehen<sup>46</sup>, Verkürzungen, Einseitigkeiten und Auslassungen.

Nimmt man die deutsch-deutschen Rezeptionsprozesse in den Blick, muß grundsätzlich hervorgehoben werden, daß der Pluralismus in der Bundesrepublik im Gegensatz zur stalinistisch geprägten Forschung in der DDR es ermöglichte, sich stärker als in der DDR zu allen Zeiten der gesamten Breite des deutschen Widerstandes zu widmen. Seit den 80er Jahren gelingt es dann der DDR-Geschichtswissenschaft, Einseitigkeiten zunehmend auszugleichen. Somit löst sich das anfänglich gesetzte starre Bild vom geteilten Widerstand: hier 20. Juli – dort kommunistischer Widerstand auf, ohne daß die unterschiedliche Schwerpunktsetzung gänzlich nivelliert worden wäre. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zum deutschen Widerstand zeigen bei allen Veränderungen in den inhaltlichen, theoretischen und methodischen Zugängen seit den 40er Jahren: In der DDR überwiegen eindeutig organisationsgeschichtliche und biographische Ansätze gegenüber sozialgeschichtlichen Methoden, wie sie seit den 70er Jahren in der Bundesrepublik praktiziert wurden.

39 Vgl. Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte, Berlin 1985, S. 1023 – 1024.

40 Vgl. Geschichte. Lehrbuch für Klasse 9, Berlin 1989, S. 188 – 190.

41 Vgl. Der Tagesspiegel v. 19. 7. 1990 und Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20. 7. 1990.

42 Vgl. R. Krauz, „Er war fast täglich bei Stauffenberg...“; und W. Ebert, ... eine große vaterländische Tat, beide in: Volksarmee, 1989, Nr. 29.

43 Vgl. Neues Deutschland vom 20. und 21./22. 7. 1990.

44 Vgl. K. Lobmeier/ V. Brunne (Bearb.), Der 20. Juli 1944, Berlin (Ost) 1990 (Material zur Unterstützung der staatsbürgerlichen Bildung), S. 4.

45 Zur Goerdeler-Rezeption in der SBZ und DDR vgl. I. Reich, „Lange haben wir über Goerdeler mehr geschimpft als über Goebbels“; in: Räume voll Leipzig, Arbeitsberichte des Stadtarchivs Leipzig, Neue Reihe, Ausgabe 1994, S. 140 – 171.

46 Vgl. P. Steinbach, Widerstand im politischen Spannungsfeld, S. 4.



FRANK STERN

## Wolfsschanze versus Auschwitz. Widerstand als deutsches Alibi?

Kann man vergleichen, was das Thema der folgenden knappen Ausführungen nahelegen könnte? Natürlich nicht. Das, was in der Wolfsschanze geschah, oder richtiger: nicht geschah, bleibt eine Marginalie der Geschichte, irrelevant für den Geschichtsverlauf, unwesentlich für das Ende des „Dritten Reiches“, bedeutungslos auch für das Überleben des Nationalsozialismus in den deutschen Mentalitäten. Von Bedeutung allerdings ist es in wachsendem Maße für die Ausprägung des konservativen historischen Bewußtseins seit 1945 und nicht minder für den zeitgenössischen Diskurs deutscher Identitätsbildung. Unerläßlich scheint der 20. Juli zu sein – wie alle Diskussion und Aufregung vor dem 50. Jahrestag 1994 über die geplante politisch-offiziös-peinliche Inszenierung zeigt – für den beschwingten Gang des deutschen Geschichtsbewußtseins von den Gesellschaften der deutschen Nachkriegsstaaten zur sich epochal wiederfindenden deutschen Nation. Der 50. Jahrestag des 20. Juli scheint auf nationalkonservativer Seite eine Art von politischem Kuscheleffekt zu erzeugen und auf sozialdemokratischer Seite eine traditionsheischende Anbiederung, als ob es den Widerstand eines Willy Brandt und anderer nie gegeben hätte. Drei knappe Thesen über Wendungen des deutschen Geschichtsbewußtseins sollen folgend skizziert werden.

### *Widerstand, Antifaschismus und die Juden*

Nur solche Taten verdienen doch wohl den Titel Widerstand, die zu ihrer Zeit und auch heute als aktiver kompromißloser Verrat an Hitler und an dem Deutschland, das durch den Nationalsozialismus repräsentiert wurde, zu werten sind. Doch die geschichtlichen Fakten belegen, daß es eine umfassende koordinierte Massenbewegung gegen die Nazi-Herrschaft nicht gegeben hat, allerdings kann sie nun auch trotz aller geschichtsrevisionierenden Bemühungen nicht rückwirkend in die Aktionen einzelner oder die Tätigkeit von Gruppen verschiedener politischer, religiöser oder humanistischer Herkunft hineingelesen werden. Die heutige Masse an Literatur scheint das damalige Fehlen der Massen zu ersetzen. Deutschland unter Hitler bleibt das einzige europäische Land ohne nennenswerten flächendeckenden Widerstand. Es war dem Volke nicht danach, und die einzelnen, auch die einzelnen Gruppen konnten sich bis auf wenige Ausnahmen spätestens seit dem Angriff auf Polen zur geschichtsbildenden Tat nicht mehr bewegen.

Debatten, Konferenzen und schließlich die zu erwartenden national getönten Reden am 20. Juli 1994 würdigen ein Ereignis, das es gar nicht gegeben hat, nämlich eine deutsche Abrechnung mit der NS-Herrschaft, zu einer Zeit, als eingreifendes Handeln und nicht rasonierende Herrenzimmergespräche vonnöten gewesen wäre. Doch dieses umorientierende Handeln, die Beseitigung eines Führers und seiner Mitregenten hat es nicht gegeben. Sie scheiterte an stümperhaftem Dilettantismus der Elite preußischer Militärtradition, an zögerlichem Karriere- und Erfolgschaftsdenken der militärischen Kaste, an nationalistischem Kleinmut und logistischem Schwachsinn. Die Tat hat es nicht gegeben, und dies gehört auf Gedenktafeln und ins deutsche Geschichtsbewußtsein. Der 20. Juli ist wohl kaum das geeignete Symbol allen Widerstands.

Zweifellos versteht es sich, daß kein Name der Verschwörer gegen Hitler in Vergessenheit geraten darf, der Opfer zu gedenken ist, doch handelt es sich hier auch um eine Frage geschichtlicher Proportionen. Ist nach fünfzig Jahren nun doch eine Epoche angebrochen, so läßt sich fragen, in der ohne viel Aufhebens die aufklärerische liberalkonservative Spitze jener der historischen Wahrheit verpflichteten Rede Richard von Weizsäckers vom Mai 1985 vermeintlich im

deutschen Interesse nationalkonservativ weggebogen werden kann? Es scheint, daß die militärischen Verschwörer in den geschichtsträchtigen Status eines künftig staatstragenden Mythos deutschen Widerstandes gehoben werden. Aber wogegen, so muß man fragen, haben die Verschwörer denn widerstanden: gegen den Krieg, gegen den Rassendünkel, gegen die industrielle Massenvernichtung in den deutschen Todesmühlen, gegen das Programm der Vernichtung durch Arbeit, gegen den Terror des Nazi-Regimes, gegen die Verbreitung nationalistischer und rassistischer Ideologie?<sup>1</sup> Und wann – sei betont – haben sie sich denn verschworen? Etwa 1933 am Tag von Potsdam, den sie freudig angesichts künftiger militärischer Siege mitgestaltet haben, oder erst viel zu spät, als ihre eigene – nicht allein Hitlers – Niederlage offenbar war? Pointierter formuliert: Was wäre geschehen, wenn die Männer des 20. Juli sich bereits am 20. Mai zur historischen Tat zusammengefunden hätten, um den Alliierten die Landung in Frankreich zu erleichtern? Haben sie irgendwann praktisch mit ihrem ehrbaren Antisemitismus abgerechnet, ihren antihumanistischen preußischen Ehrenkodex durch Aktionen grundsätzlich in Frage gestellt?

Solche Fragen klingen wie utopische Ansprüche an eine vergangene Realität. Doch ist es 50 Jahre danach nicht gerade angebracht, sich die wirklichen Anforderungen an einen deutschen Widerstand vor Augen zu führen, um nicht nur das Scheitern zu verstehen, sondern gleichermaßen denen zu widerstehen, die heute an neuen nationalen Gründungsmythen des vereinigten Deutschland basteln. Man muß sich vor der Verfestigung eines neuen Mythos in acht nehmen: Es ist dies eine Art negativer Mythos, in dem antifaschistisches Erinnern durch jenen auf den 20. Juli bezogenen Gründungsmythos der Bundesrepublik abgewehrt wird. Weil – so die legitimatorische Unschuld – der 20. Juli scheiterte, kann es dann scheinbar auf keinen Fall eine andere zu bewahrende antifaschistische Erinnerung geben. Allerdings – und das sei betont – kann dieser negative Mythos nur durch eine Wiederbelebung antijüdischer Elemente im deutschen Geschichtsbewußtsein wirksam werden. Anders gesagt: Die retroaktive Hochbewertung des 20. Juli im Sinne eines neuen tragenden nationalkonservativen Geschichtsbewußtseins ist ja nicht nur Teil jener geistigen konservativen Wende, von der seit 1982 die Rede ist, sondern auch ein weiterer Versuch, die historische Gültigkeit jenes nicht-instrumentalisierten Antifaschismus in Abrede zu stellen, der für viele Juden im „Dritten Reich“, neben der militärischen Macht der Alliierten, die einzige deutsche Hoffnung war.

Als der junge Berliner Jude Peter Edel im Frühherbst 1943 in Berlin verhaftet und ins KZ Großbeeren eingeliefert wird, befragt ihn der Scharführer unter Prügel immer und immer wieder: „Was bist du?“ Edel weiß, er muß das Wort „Geltungsjude“ sagen und stößt, von einem Bauchtritt niedergeworfen, hervor „Verbrecher“. „Nationalität?“ fragt der SS-Mann. Edel röchelt „Deutsch“ und fügt hinzu: „Ich – gelte nicht als Deutscher.“ „Was?“ brüllt der SS-Mann. „Ach, du schämst dich wohl, Deutscher zu sein? Was bist du?“ Über seine Gefühle und seine Reaktion in dieser Sekunde schreibt Edel: „Ich lag auf der Erde, blutend, im Dreck, wo ich hingehörte, verkrümmt lag ich da, heulend – mag sein –, schlotternd vor Angst – auch das –, alles andere als ein Held, aber berstend vor Haß und einer Ohnmacht nahe; von weit her das neuerliche „Was bist du?“ hörend, schrie ich aus verquollener Kehle zu dem Schinder empor: „*Kommunist!* Ich – ich bin Kommunist!“<sup>2</sup>

Gewiß, das sagt nichts über die Fehler der KPD oder die späteren Instrumentalisierungen aus, aber viel hingegen über einen geistigen antinazistischen Kontext, der auch nach 1945 in vielen Familien und von zahllosen Überlebenden in Ost und West gelebt wurde – vielleicht oftmals aus realpolitischer Naivität, sicherlich aber begründet in Wertmaßstäben und einer Tradition, der nichts preussisch-militärisches eigen war. Dieser gelebten Erinnerung kann man sich stellen, ja man muß sie bewahren.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Christof Dipper, Der Widerstand und die Juden, in: J. Schmädke/P. Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler (Beiträge der Internationalen Konferenz zum 40. Jahrestag des 20. Juli 1944), München 1985, S. 598 ff.

<sup>2</sup> P. Edel, Wenn es ans Leben geht. Meine Geschichte, Berlin/DDR 1979, Bd. 1, S. 338.

Wenn von Widerstand die Rede ist, können wohl nicht nur das Geschiebe einer Aktentasche wieder und wieder beschrieben werden oder die hilflosen Debatten über den weiteren Verlauf des Krieges oder die Vorstellungen für ein Nachkriegsdeutschland, in dem – so wie es sich die Verschwörer dachten – wahrscheinlich kein aufgeklärter Bundesbürger der 90er Jahre hätte leben wollen. Allein die Bezeichnung „Widerstand“ für die Männer des 20. Juli scheint mir vermessend. Es handelt sich wohl doch eher um schwankende Opposition. Die Partisanen in Polen und in der Sowjetunion, in Jugoslawien und Frankreich, die Haltung des Hofes und der Nazi-gegner in Dänemark, der Aufstand im Warschauer Ghetto, der Aufstand in Sobibor, der Widerstand in Auschwitz, Buchenwald und Mauthausen<sup>3</sup> – das sind nur Beispiele für die europäische Geschichte des Widerstands gegen deutsche Besatzung, gegen den Nationalsozialismus und damit – und dies sei zu betonen – gegen die deutsche Wehrmacht, gegen preußisches Soldatentum und deutsche Militärtradition.

In Paris haben Wehrmachtsoffiziere die SS unter Schutzhaft gestellt. Und wer hätte die Offiziere der Wehrmacht inhaftieren sollen, die lieber ein Deutschland ohne Hitler wollten, gleichzeitig aber gegen die Invasion der Alliierten alle Kräfte mobilisierten? Je mehr die historische Forschung voranschreitet, um so mehr erfahren wir über die Täterrolle gewöhnlicher deutscher Soldaten, Offiziere und Generale im Ausrottungsfeldzug gegen Juden und andere.<sup>4</sup> Die 6. Armee, über die oftmals nur der verdiente Untergang in Stalingrad berichtet wird, hat auf ihrem Zug bis Stalingrad Tausende Zivilisten, die nicht in das Mischkonzept von Raum und Rasse paßten, liquidiert. Bereits am 10. Oktober 1941 hatte Feldmarschall Walter von Reichenau an die Soldaten der 6. Armee appelliert, „als Träger einer unerbittlichen völkischen Idee“ den Aufgaben im Kampf gegen das „jüdisch-bolschewistische System“ gerecht zu werden und für die „harte aber gerechte Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis“ zu haben.<sup>5</sup> Juden, beschwor er in seiner Rede, seien die Saboteure im Rücken der Wehrmacht. Kurz: Auf das Offizierskorps der Wehrmacht sollte nicht nur unter Verlaufsaspekten der Konspiration, die in das Versagen des Juli 1944 mündete, geblickt werden, sondern bezüglich des Tuns jedes einzelnen als militärischer Träger der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik von 1939 an. Wehrmacht und SS tragen Schuld und Verantwortung in Wechselwirkung. Dies ist nicht zu verstehen als Kritik an einer Traditionsbildung, die sich seit langem vollzogen hat und wahrscheinlich auch nicht mehr aufzuhalten ist, sondern als Hinweis auf die Gefahr einer falschen Akzentsetzung, die weniger mit vergangener Geschichte als mit gegenwärtigen nationalen Bedürfnissen zu tun hat.

Das Debakel von 1994 über Sinn und Geschichte des 20. Juli ist jedoch nur ein Spätvollzug dessen, was sich mit Bitburg 1985 ankündigte und vor wenigen Monaten mit der unsäglichen Texttafel in der Neuen Wache Unter den Linden in den Rang eines weiteren geschichtsträchtigen Wiedergründungsmythos des vereinigten Deutschlands erhoben wurde. Mit den Opfern des Krieges, der Bombennächte, kurz mit den deutschen Opfern wurde der spezifisch deutsche Krieg gegen die Juden, die Singularität der industriellen Massenvernichtung einschließlich der aktiven oder passiven Teilhabe der Wehrmacht zu einem Verlaufsereignis unter anderen. Der politischen Relativierung der Vernichtungspolitik folgt mit eigentümlich mythenstärkender Logik die nationale Überhöhung des einsamen Widerstehens. Diese Verschiebungen im deutschen Geschichtsbewußtsein bestätigen sowohl die seit 1989 vielfach in und außerhalb Deutschlands geäußerten Befürchtungen über die „Entsorgung“ der deutschen Geschichte als auch die internationale Kritik an der Präambel des Einigungsvertrages von 1990, deren Text den kollektiven Nichtbezug auf Auschwitz staatsrechtlich nobilitiert hat.

3 Vgl. H. Langbein, ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Frankfurt a. M. 1980.

4 C. R. Browning, Ordinary Men. Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland, New York 1992 (dt. Ausgabe 1994); O. Bartov, Hitler's Army. Soldiers, Nazis, and War in the third Reich, New York/Oxford 1992.

5 Zit. nach G. Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939 – 1945, Berlin 1979, S. 222.

### *Widerstreit der Vergangenheiten*

Alle Fragen der Aufarbeitung, Bewahrung und Überwindung der Vergangenheit lassen sich wie in einem Brennpunkt unter zwei Aspekten zusammenfassen: Erstens geht es nicht um eine homogene, fertige, abgeschlossene Vergangenheit, sondern um den Plural, um Vergangenheiten, die weder abgeschlossen sind, noch sich übereifrig in nationale Identitätsbestimmungen einbetten lassen. Zweitens kann es doch, um Jürgen Habermas zu zitieren, nicht um die „Mobilisierung zustimmungsfähiger“ anstelle „einer Bewußtmachung verstörender“ Vergangenheiten gehen.<sup>6</sup> Nicht alle staubigen Mythen der Adenauer-Ära sollten nach 1990 in den neuen Bundesländern als *dernier crie* eines auf Nachholbedarf orientierten Zeitbewußtseins an den Bürger gebracht werden.

Die einstige DDR-eigene Aufblähung des kommunistischen Widerstandes andererseits sollte nicht dessen Negation, sondern ebenfalls die historische Proportionierung zur Folge haben. Und was immer man in diesem Zusammenhang poststalinistisch meint relativieren zu müssen, eines läßt sich auf jeden Fall festhalten: Die Vorstellungen kommunistischer Gegner der NS-Herrschaft über ein Deutschland nach Hitler waren den Denkern des 20. Juli um zumindest eine Epoche der deutschen Zeitgeschichte überlegen. Beide deutsche Traditionen des Widerstands scheinen mit wachsender historischer Forschung offensichtlich unter wachsender Diskrepanz zu leiden – der Diskrepanz zwischen historischem Faktum und einem zeitbedingten Geschichtsbewußtsein der neunziger Jahre, das sich auf der Suche nach der verlorenen Nation befindet. Ob sich hierzu allerdings die Erinnerung an den deutschen Widerstand überhaupt eignet, scheint mir fraglich. Denn nicht nur der Antifaschismus ist in den fünfziger Jahren in der DDR instrumentalisiert worden, sondern ebenso der 20. Juli in der Bundesrepublik. Schulbücher aus dieser Zeit waren voll von Geschichten des 20. Juli und hüllten sich hinsichtlich der industriellen Massenvernichtung in konjunktives Schweigen. Das scheint jedoch manchen Zeithistorikern zu entgehen.

Hier muß sich ein weiterer Gedanke anschließen. Historisch-logisch nicht in den Reihen der national-konservativen preußischen Offiziere, aber unter den radikal-demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Widerständlern im Exil und den wenigen in Deutschland fanden sich in bemerkenswerter Anzahl auch deutsche Juden. Demgegenüber ist es jedoch erstaunlich, was eine Durchsicht der Literatur zum Widerstand ergibt. Wenn nicht Konrad Kwiet aus Australien oder der verstorbene Helmut Eschwege genannt werden, so finden sich – abgesehen von einigen Broschüren der Berliner Regionalgeschichtsschreibung – kaum deutsche Historiker, die das Kapitel des jüdischen Widerstands zu ihrem Thema gemacht haben.<sup>7</sup> Als Mitte der achtziger Jahre Studenten der Berliner Technischen Universität das Hauptgebäude nach Herbert Baum benennen wollten, dem leitenden Kopf der Berliner jüdischen Widerstandsgruppe, die sich aus jungen Antinazis, Zionisten, Sozialisten und Kommunisten zusammensetzte, war dies dem Berliner Senat nicht zeitgemäß. Baum war Kommunist gewesen. Das paßte nicht in überkommenes Frontstadtdenken. Jahre zuvor war es den offiziellen Stellen in der DDR nicht genehm gewesen, daß Baum Jude war. Das hatte nicht in den vorherrschenden rabiaten Antizionismus gepaßt. Die wissenschaftlich notwendige Akteneinsicht wurde interessierten Forschern dann auch vorenthalten.

Überlieferte Fotos zeigen, daß 1943 überall in Berlin große Plakate prangten, auf denen die Hinrichtung der Gruppe Baum den Berlinern verkündet wurde. Sie waren zwischen 19 und 30 Jahre alt, hatten in der Reichshauptstadt selbst widerstanden und wurden nach Folterungen

6 J. Habermas: Ausführungen vor der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 4. Mai 1994 im Reichstag, gekürzt veröffentlicht als „Die Last der doppelten Vergangenheit“, in: *Die Zeit*, Nr. 20, 13. 5. 1994, S. 54.

7 Vgl. als bisher umfassendste Studie K. Kwiet/H. Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933 – 1945*, Hamburg 1984. Zur Berliner Ausstellung *Juden im Widerstand*, 1993, erschien ein informativer Sammelband: W. Löhken/W. Vathke (Hrsg.), *Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion*, Berlin 1939 – 1945, Berlin 1993.

ermordet oder nach Auschwitz deportiert.<sup>8</sup> Wenige nur überlebten. Ich kann mich, abgesehen von einer Ausstellung in Berlin, an keinen Staatsakt, keine Rede des Regierenden Bürgermeister oder eines Vertreters des Berliner Senats aus dem Jahre 1993, 50 Jahre danach, erinnern. 500 Berliner Juden wurden als Vergeltung für die Aktionen der Gruppe Baum inhaftiert. Eichmann persönlich ließ es sich nicht nehmen, den Vorstandsmitgliedern der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland mitzuteilen, daß 250 erschossen und 250 „in ein Lager abgeführt worden sind“<sup>9</sup> Die 250 Berliner Juden wurden in der traditionsreichen ehemaligen preußischen Kadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde erschossen. Da man auch deren Angehörige anschließend in Theresienstadt, Sachsenhausen, in Auschwitz und anderen Lagern im Osten ermordet hat, kann es in diesem Fall im Unterschied zu den Familien des 20. Juli gleichwohl keine feinsinnigen Interviews mit Schwestern, Frauen, Töchtern und Söhnen geben.<sup>10</sup> Auch die Tagebücher und Briefe oder gar Fotografien der 500 ermordeten Juden sind uns nicht überliefert. Die deutsche Erinnerung ist über diese 500 Berliner Juden längst hinweggegangen. Bis heute hat sich meines Wissens kein deutscher Historiker gefunden, der deren Geschichte erforscht. Vielleicht sollte man hier nach dem Verlust der deutschen Identität suchen.

In seinen Memoiren schreibt Helmut Eschwege, die Gegenüberstellung von deutschen Widerstandskämpfern und jüdischen Märtyrern kritisierend, daß jüdische Widerstandskämpfer entweder „kurzerhand in den deutschen Widerstand integriert“ oder zu „rassisch Verfolgten“ degradiert wurden.<sup>11</sup> Mit verhaltener Ironie erwähnt Eschwege, wie Vertreter sowohl der SED – so der damalige Sekretär der Bezirksleitung Potsdam – als auch der SPD – durch ihre Friedrich Ebert Stiftung – den Widerstand deutscher Juden sozusagen nachträglich eindeutschten. Das Spezifische des jüdischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus ist in beiden deutschen Staaten über Jahrzehnte verloren gegangen. Nun könnte man dies wohlwollend dem langsamen Flug der Eule Minerva zugute halten. Ein weniger wohlwollender Blick könnte allerdings auch aufdecken, daß Juden als Widerstand ausübende Personen den gängigen Klischees vom passiven Opfer widersprechen und schlaglichtartig das Argument der kollaborierenden Mehrheit – „Man hätte ja nichts tun können“ – als bequemes Alibi widerlegen. Die Konzentration auf den Personenkreis des 20. Juli läßt darüber hinaus gar nicht erst den Verdacht aufkommen, das jüdische Kapitel der deutschen Geschichte unter Hitler solle in Betracht gezogen werden. Anders formuliert: Was geschah denn unter anderem noch um den 20. Juli 1944? Am 12. Juli wurde ein großer Transport aus Theresienstadt in Auschwitz liquidiert; am 25. Juli wurde das Getto Kovno vernichtet; am 21. August begann die Vernichtung des Getto Lodz. Widerstand? Am 22. Juli 1944 befreiten sowjetische Truppen die letzten Überlebenden des Vernichtungslagers Majdanek.

### *Geschichtsbild und Identität*

Man wird unschwer verschiedene Diskurse zum Widerstand in der Geschichte der Nachkriegsdeutschländer unterscheiden können. Daß es dabei zumeist um historische Legitimierung gegangen ist und – so scheint es – nach wie vor geht, ist bereits betont worden. Die entscheidende Entwicklung liegt jedoch nicht in den sich entwickelnden Geschichtsbildern beider deutscher Staaten, sondern in der Konjunktur identitätsbildender Geschichtsfragmente im Gesamtverlauf der Herstellung der Einheit Deutschlands – ein Prozeß, der natürlich bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Eine Trivialform läßt sich finden, wenn der Widerstand gegen Hitler auf eine Stufe

8 Vgl. Y. Suhl, *They Fought Back. The Story of the Jewish Resistance in Nazi Europe*, New York 1967; für unterschiedliche Repräsentationen der Gruppe Baum vgl. M. Pikarski, *Jugend im Berliner Widerstand*, Berlin 1978 (2. veränd. Aufl. 1984), sowie W. Wippermann, *Steinerne Zeugen. Stätten der Judenverfolgung in Berlin*, Berlin 1982, und E. Brothers, *On the Anti-Fascist Resistance of German Jews*, in: *Jahrbuch des Leo-Baeck-Instituts*, xxxii (1987), S. 369 ff.

9 Vgl. die knappe Darstellung bei Wippermann, *Steinerne Zeugen*, S. 85.

10 Vgl. exemplarisch D. v. Meding, *Mit dem Mut des Herzens. Die Frauen des 20. Juli*, Berlin 1992.

11 H. Eschwege, *Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden*, Berlin 1991, S. 228 f.

gestellt wird mit dem Widerstand gegen Ulbricht oder Honecker, um so posttotalitaristischen Usancen zu entsprechen. „Vor dem antitotalitären Grundmuster wird alles gleich“, bemerkte Gunter Hofmann vor kurzem in der „Zeit“ und betonte: „Am Ende steht ein großes Ziel: der Traum vom unbefleckten Konservativismus. Deutschland denken, ohne Hitler.“<sup>12</sup>

Aus der Perspektive von draußen, von außerhalb Deutschlands läßt sich *erstens* mit Gewißheit feststellen: Es gibt historische Prioritäten eines auszubildenden demokratischen deutschen Geschichtsbewußtseins. Im Anfang war Auschwitz, und die Erinnerung an die antijüdische Vernichtungspolitik, die von Zehntausenden Deutschen mitgetragen, von Hunderttausenden akklamiert und von Millionen geduldet wurde, gehört zur nationalen Identität der Deutschen. Alles andere, was die Zeit des Nationalsozialismus betrifft, ist dem untergeordnet und erhält seine spezifische Bedeutung ausschließlich in bezug auf das geschichtlich Einzigartige des industriell betriebenen Massenmords. Die Frage an die Männer und Frauen des 20. Juli und deren Nachkommen lautet denn auch ganz einfach: Welche Haltung wurde und wird im Hinblick auf das historische Ereignis eingenommen, für dessen Schuld und geschichtliche Verantwortung das Synonym Auschwitz steht?

*Zweitens*, eine Rede zum 20. Juli, d. h. im weiteren Sinne über die Erfahrung historischen Widerstehens, könnte möglicherweise auch jemand halten, der nicht nur anders gedacht hat oder sich den Mantel der „Gnade der späten Geburt“ umhängt, sondern der unter Einsatz seiner ganzen Person auch anders gehandelt hat. Es leben noch Deutsche, Juden und Nichtjuden, die in den Armeen Englands, der USA oder der Sowjetunion zur Niederlage des deutschen Militärs und damit zum Beginn einer Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus beigetragen haben. Aber, kann man sich etwa vorstellen, daß Bundeskanzler Kohl und Bundespräsident Herzog an Stefan Heym mit der Bitte um eine solche Rede herantreten? Nachdenklich muß es stimmen, daß eine derartige Überlegung in der Tat nicht mehr als eine hilflose demokratische Utopie ist. Sie scheint außerhalb des nationalen Konsensus zu liegen. Warum, so ließe sich fragen, ist hier Stefan Heym genannt. Nun aus eben demselben Grund, aus dem er vor zwei Jahren trotz der Intrigen aus Bonn in Jerusalem den Friedenspreis der israelischen Buchmesse erhalten hat. Daß er auch für eine Partei kandidiert, ist hierbei völlig unwesentlich. So wie die praktizierten Elemente eines demokratischen Verfassungspatriotismus seit 1949 jeder Grundlegung kollektiver Identitäten im 20. Juli überlegen sind, so gilt dies auch im moralischen und intellektuellen Bezug auf einen Antifaschismus, der vielleicht etwas Utopisches an sich hatte, der aber aus der deutschen Geschichte nicht einfach antitotalitaristisch weggedacht werden kann.

*Drittens* angesichts der Reaktionen auf Spielbergs Meisterwerk „Schindlers Liste“: Einem Juden vor 1945 geholfen zu haben, macht auch rückwirkend noch niemanden zu einem Widerständler – eine derartige Tat bewahrte allenfalls ein Stück Menschlichkeit.<sup>13</sup> In den fünfziger Jahren war es philosemitischer Sprachgebrauch in der Bundesrepublik, daß man im „Dritten Reich“ Juden geholfen habe. Seit März 1994 – also seit Spielbergs Film in den Kinos läuft – gibt es plötzlich Unmengen Schindlers in deutschen Landen. Wozu braucht denn Deutschland eine derartige Geschichtslüge? Nun, weil das deutsche Geschichtsbewußtsein sich in kollektiver Hinsicht der Realität der Massenvernichtung bis heute nicht wirklich gestellt hat.

Das deutsche Geschichtsbewußtsein ist so antagonistisch wie die historischen Realitäten eines Gemeinwesens, das das einzigartige deutsche Ereignis der mörderischen Selektionen vor 1945 permanent unter einer Art Wiederholzwang in den Negationen kollektiver Erinnerung wiederholt.

Die Wolfsschanze, um zum Beginn zurückzukehren, kann man ohne Auschwitz nicht denken.

<sup>12</sup> G. Hofmann, „Links und Rechts. Und Gorazde“ in: Die Zeit, Nr. 18 v. 29. 4. 1994, S. 65.

<sup>13</sup> Vgl. u. a. L. Brandt, Menschen ohne Schatten. Juden zwischen Untergang und Untergrund 1938 bis 1945, Berlin 1984; W. Herzberg, Überleben heißt Erinnern. Lebensgeschichten deutscher Juden, Berlin/Weimar 1990.

# DISKUSSION

---

PETER STEINBACH

## Teufel Hitler – Beelzebub Stalin?

*Zur Kontroverse um die Darstellung des Nationalkomitees  
Freies Deutschland in der ständigen Ausstellung  
„Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in der Gedenkstätte  
Deutscher Widerstand*

Die Auseinandersetzungen über die Entscheidung, auch in der Berliner ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ den Kampf gegen den Nationalsozialismus von außen – aus dem Exil und der Kriegsgefangenschaft – zu dokumentieren, haben den Blick auf die Bestrebungen ehemaliger deutscher Kriegsgefangener gelenkt, aus der Kriegsgefangenschaft zum Sturz Hitlers und zur Beendigung des Krieges, auf welche Weise auch immer, aufzurufen. Die teilweise heftigen Kontroversen entzündeten sich vor allem an der Absicht, Bilder, Aufrufe und Lebenszeugnisse ehemaliger Mitglieder des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD) und des „Bundes Deutscher Offiziere“ (BDO) im Rahmen einer Ausstellung zu präsentieren, die ein Gesamtbild des Widerstandes von 1933 bis 1945 zeichnen möchte. Die Auseinandersetzungen machten sehr bald deutlich, in welchem Maß die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus auch heute noch, fünfzig Jahre nach Kriegsende, eine offene Wunde der deutschen Nachkriegsgesellschaft darstellt, die nicht nur durch die zeitgeschichtlichen Erfahrungen der untergegangenen Weimarer Republik und des Dritten Reiches, sondern ebenso durch den Kalten Krieg und die Auseinandersetzung mit den staatssozialistischen politischen Systemen geprägt worden ist.

Die jüngsten Kontroversen können nur vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen über den Widerstand in der Nachkriegszeit und in Kenntnis der präsentierten Texte begriffen und bewertet werden.

### I.

Vier Zitate aus der frühen Nachkriegszeit können die besondere Problematik des Zugangs zum Widerstand verdeutlichen und belegen zugleich die grundsätzliche Ausgangslage gegenwärtiger Würdigung jedes Versuchs, zum Sturz des Regimes der Nationalsozialisten, wo auch immer, d.h. an der „äußeren“ oder „inneren Front“ beizutragen.

- 1.) In einem der frühesten Aufsätze über den Widerstand hatte unmittelbar nach Kriegsende Marion Gräfin Dönhoff geschrieben, „die Tatsache der Existenz einer Widerstandsbewegung beweist, daß eine Opposition jedenfalls möglich war, daß durch diese Tatsache zwar der Begriff der Kollektivschuld ad absurdum geführt wird, das Schuldmaß derjenigen aber, die nicht Widerstand geleistet haben, im Grunde wächst“. Dieser Satz kehrte gleichsam die Beweis- und damit auch die Entschuldigungslast um: Nicht mehr derjenige hatte sich zu rechtfertigen, der Gegner Hitlers war, sondern derjenige hatte sich zu erklären, der sich seinen Zielen willig, passiv, „treu“, „eidtreu“-ergeben und folgsam angeschlossen hatte. Das „Schuldmaß“ derjenigen wachse, schrieb Gräfin Dönhoff, die „NICHT Widerstand geleistet“ hätten; damit hatte sie indirekt zugleich die wohl am meisten verbreitete private Argumentationsstrategie der fünfziger und frühen sechziger Jahre angedeutet, die vor allem auf persönliche Selbsterklärungen und Selbstentlastungen zielte und sich deshalb gegen diejenigen wandte, die an der

inneren und äußeren Front, als „Widerstandskämpfer“ und als „Emigranten“, den Nationalsozialismus zu schwächen versucht hatten, dabei ersichtlich widerstehen mußten oder sich dem nationalsozialistischen Führungsanspruch aus politischen Gründen entziehen konnten.

- 2.) Während des Braunschweiger Remer-Prozesses, den Angehörige von Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 im Jahre 1952 gegen den damaligen SRP-Funktionär und ehemaligen hohen Wehrmachtsoffizier Major (später Generalmajor) Otto-Ernst Remer angestrengt hatten, weil dieser Regimegegner so sehr verunglimpft hatte, daß sie sich bedroht fühlen mußten, hob der damalige Braunschweiger Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in seinem Plädoyer hervor: „Am 20. Juli 1944 war das deutsche Volk total verraten von seiner Regierung, und ein total verratenes Volk kann nicht mehr Gegenstand eines Landesverrats sein.“ – Diese Klarstellung sollte den weit verbreiteten Verratsvorwurf, der gerade in den frühen fünfziger Jahren immer wieder gegen den Widerstand erhoben worden war und der auch demoskopisch manifest ist, proklamatorisch und prinzipiell, gleichsam im Keim, entkräften. Diejenigen, die sich gegen Hitler ausgesprochen und den Nationalsozialismus bekämpft hatten, sollten nicht mehr länger als „Verräter“ bezeichnet werden können. Als eigentlicher Verräter galt für Bauer hingegen Hitler, dessen Verbrechen von seinen Anhängern oder willigen Gefolgsleuten, die sich weiterhin als „eid- und führertreu“ empfanden, nicht erkannt worden waren. Vor dem Hintergrund dieser Stimmungen sind auch die damaligen weithin beachteten Interventionen von Theodor Heuss und die Versuche staatlicher politischer Bildungseinrichtungen zu sehen, den Widerstand zu würdigen.
- 3.) Mitte der fünfziger Jahre schien sich ein Wandel in der Beurteilung des Widerstands zu ergeben, der zum einen außen- und verteidigungspolitische Veränderungen spiegelte, zum anderen aber auch die Diskussion zwischen einer nachwachsenden Generation und der Generation ihrer Eltern über das „Dritte Reich“ reflektierte. Die Argumentationsstrategie der Selbsterklärung wurde dabei von den Zeitzeugen zwar nicht aufgegeben, häufig jedoch modifiziert: Der verbrecherische Charakter des Regimes wurde dabei von ihnen zwar nicht generell abgestritten, jedoch in der Regel von den eigenen persönlichen Lebenserfahrungen getrennt („nichts gesehen, nichts gewußt!“) oder mit den Nachkriegserfahrungen der Deutschen aufgerechnet: Flucht, Vertreibung, Vergehen sowjetischer Soldaten, Teilung Deutschlands und Kriegsgefangenschaft wurden jeweils abwehrend angeführt, wenn der verbrecherische Charakter des Regimes konstatiert und als politisch-moralische Herausforderung für die Zeitgenossen gedeutet wurde. Eine weitere Differenzierung ergab sich aus der Unterscheidung von Widerstandsmotiven, Verfolgungserfahrungen und Oppositionszielen. Sie drückte sich während der frühen fünfziger Jahre besonders deutlich in den Generalklauseln des Bundesentschädigungsgesetzes von 1953 aus.
 

Bereits in den frühen fünfziger Jahren waren Widerstandsgruppen und Widerstandshaltungen nicht selten öffentlich diffamiert worden, wie vor allem der Lüneburger Roeder-Prozeß gegen einen der gefürchtetsten Ankläger der NS-Zeit deutlich machte. Roeder wollte zu seiner eigenen Verteidigung die frühere Ermittlungspraxis der Verfolger des Widerstands vom Vorwurf der reinen Willkür befreien und so belegen, daß die Verfolgung der Regimegegner nicht von vornherein rechtswidrig war, um sich auf diese Weise selbst zu entlasten. Hauptopfer der Verteidigungsstrategie von Roeder waren die Mitglieder der Widerstandsorganisation Harnack/Schulze-Boysen („Rote Kapelle“), wobei sich für ihn als Angeklagten sehr hilfreich auswirkte, daß diese Gruppe seit den fünfziger Jahren in der DDR zunehmend geehrt wurde und aus diesem Grunde bei manchem im Westen als Vorgänger der „zweiten deutschen Diktatur“ abqualifiziert werden konnte.
- 4.) Heftig betonte, oft konträre Bewertungen unterschiedlicher Gruppen waren seitdem durchgängige Begleiterscheinung der Widerstandsdiskussionen. Deshalb konnte Golo Mann in der Besprechung der monumentalen Biographie über Carl Friedrich Goerdeler, die der konserva-

tiv gesinnte Historiker Gerhard Ritter verfaßt hatte, die Frage aufwerfen, weshalb sich die Deutschen immer noch so schwer taten, die ganz unterschiedlichen und doch in ihrer Gegnerschaft zum Regime einen Bezugspunkt ihrer Gemeinsamkeit findenden Widerstandsgruppen anzuerkennen. Golo Mann verwies damit auf eine zunehmend deutlicher werdende Tendenz der öffentlichen Diskussionen, die Selbstentschuldigung und Selbsterklärung der Mitläufer und Angepaßten nicht zur Kritik des eigenen Fehlverhaltens zu steigern, sondern in der zunehmend aggressiven Bestreitung von selbstlosen Widerstandsmotiven und Oppositionsleistungen die Voraussetzungen für eine politisch motivierte Diffamierung des Gesamtwiderstands zu schaffen. Aus der historischen Konstruktion unterschiedlicher Felder und Traditionen des Kampfes gegen das NS-Regime konnte so bald die politisch-moralisch motivierte Anklage einzelner Persönlichkeiten und Ziele des Widerstands werden, die von den Nachlebenden dann später in den rückverlängerten Kampf unterschiedlicher Systeme hineingestellt wurden. Kommunistische Widerstandskämpfer wurden bald immer offener als Parteigänger Stalins oder als Vorgänger der DDR bezeichnet und verurteilt. Diese Konstruktion von angeblichen Kontinuitäten belastet manche Diskussionen bis heute. Verstärkt wurde diese Distanzierung der kommunistischen Regimegegner vom Gesamtwiderstand durch die Kritik an Emigranten, und zwar durch jene, die dem Nationalsozialismus und seiner Politik nach 1933 oftmals folgten oder ihm verfügbar blieben. Der Rechtfertigung des eigenen passiven Gehorsams standen dabei Hinweise auf nationale Gemeinsamkeiten, auf die angeblich von Hitler ausgehende Faszination, auf den „Eid“ oder auch auf die innere Übereinstimmung vieler mit seinen Zielen, in der Regel allerdings mit Ausnahme der Ermordung der Juden, zur Verfügung. Wurde der Widerstand in diesem Zusammenhang von ehemaligen Angepaßten und Mitläufern noch kritisch-distanziert betrachtet, so lehnten viele Zeitgenossen das Exil offen und nicht selten vollständig ab. Neben Selbstmord und Desertion galt, wie exemplarisch die frühe Studie von Dieter Ehlers verdeutlichte, die Emigration als einer der moralisch relativ tiefstehenden und niedrigen Versuche, den Nationalsozialismus zu bekämpfen. Ehlers faßte die verbreitete Ansicht in den Worten zusammen: „Was konnte ein Emigrant praktisch tun? Er konnte Flugschriften und Broschüren verfassen, nach Deutschland schmuggeln und damit Widerstandskämpfern im Lande fertiges Druckmaterial liefern.“ So betrachtet, gefährdete der Emigrant nach Ehlers geradezu den Kämpfer an der inneren Front, denn sein illegales Schrifttum hinterließ Spuren und gab so der Gestapo Hinweise, die zu Verhaftungswellen führten. Zusammenfassend stellte Ehlers deshalb fest: „Mit verbalen Waffen war der Koloß nicht zu stürzen.“ – Diese Feststellung zielte darauf ab, den Emigranten aus dem Kreis aktiver Regimegegner auszugrenzen, denn angebliche Wirkungslosigkeit auf der einen, schließlich die wiederholt apodiktisch konstatierte Gefährlichkeit des Exils für die Widerstandskämpfer auf der anderen Seite belasteten das Exil in vielfältiger Hinsicht.

## II.

Dieses Verdikt über den Kampf von außen mußte sich in besonderer Weise gegen die Beschäftigung mit Versuchen richten, aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zum Sturz des Regimes aufzurufen. In Verbindung mit den zuvor aufgeführten Einflußfaktoren entwickelte sich seit den fünfziger Jahren eine zunehmend formelhafter werdende Verurteilung, in der Begriffe wie „Verrat“, „Kameradenschinderei“, „Spitzeltum“, „Opportunismus“ ebenso eine bedeutende Rolle spielten wie die Unterstellung, die sich in der Sowjetunion gegen das NS-Regime stellenden Gefangenen hätten stets die Errichtung einer neuen totalitären, diesmal kommunistischen, Diktatur im Auge gehabt. Vor allem spät- und spätestheimkehrende Kriegsgefangene trugen nach 1950 zur Verbreitung dieses Urteils bei, obwohl bekannt war, daß vielfach politische Konflikte in aller Schärfe in der Gefangenschaft ausgetragen worden waren. Die Reaktionen der Öffentlichkeit auf

die Entlastungsbestrebungen und Belastungsversuche ehemaliger Kriegsgefangener spiegelten in den frühen fünfziger Jahren zumindest noch eine gewisse Unsicherheit des historisch-politischen Urteils. In den sechziger Jahren wurden dann jedoch zunehmend vielfach die negativen Urteile durch massiven Verbands- und organisierten Protestdruck durchgesetzt, geradezu regelmäßig nach der Ausstrahlung von Fernseh-Sendungen, in denen auch die Motive der NKFD-Mitglieder dargestellt wurden. Viele der Tendenzen, die bis heute in den Diskussionen über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu spüren sind, bündelten sich schließlich seit etwa fünf Jahren in den Versuchen, die „Erwähnung“ des Nationalkomitees Freies Deutschland in der Ausstellung zu verhindern, die als Teil der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Sommer 1989 endgültig eröffnet worden ist. Als Methode dieser Auseinandersetzung sind politische Pressionsversuche, Leserbrief- und Briefkampagnen, Artikelfolgen und schließlich öffentliche Proteste nachweisbar, die in einer idealtypisch anmutenden, verdichteten Weise die immer wieder in der Nachkriegszeit aufzeigbaren Urteile über das NKFD artikulieren und sich eng mit der Kritik des Widerstands und des Exils verbinden konnten. Die meisten Proteste erfolgten ohne jede Kenntnis der in der Ausstellung präsentierten Objekte und Betextungen, bedienten sich aber vielfach der Stereotype, die der u. a. in rechtsextremistischen Zeitschriften publizierende Strasser zu Beginn der sechziger Jahre bereits formuliert hatte: „Das Nationalkomitee als Keimzelle der DDR“.

Unbestreitbar ist, daß in der DDR seit 1957 regelmäßig der Gründung des Nationalkomitees gedacht wurde. Ebensowenig ist aber abzustreiten, daß einige führende Offiziere der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei im Nationalkomitee Freies Deutschland organisiert waren. Dies bedeutet aber nicht, die These übernehmen zu müssen, daß sich zwischen der Geschichte des Nationalkomitees, vor allem in den Jahren 1943/44, und der Geschichte der DDR eine bruchlose personale und politische Kontinuität ableiten ließe oder daß die Gründung des NKFD gar in der Absicht erfolgte, „Führungskader“ für die angeblich fest geplante DDR zu rekrutieren. Eine derartig unilineare Argumentation liefert sich den Deutungen aus, die in den fünfziger Jahren unter dem Eindruck des Systemkonflikts formuliert worden sein mochten, historisch betrachtet aber nach allem, was wir bisher aus den Quellen wissen, keinerlei Rückhalt in der tatsächlichen Überlieferung finden konnten.

Die Exponate und Texte der Berliner Widerstandsausstellung bringen die Geschichte des Nationalkomitees in den Zusammenhang des kommunistischen Widerstands und der Volksfrontbestrebungen. So heißt es: „Nach dem Überfall deutscher Truppen auf die Sowjetunion im Sommer 1941 beginnen Kommunisten erneut, von außen gegen das Dritte Reich zu kämpfen. In Übereinstimmung mit der sowjetischen Führung versuchen sie zunächst, die deutschen Kriegsgefangenen im ‚antifaschistischen‘ Sinn zu beeinflussen. Dabei stützen sie sich auch auf deutsche Deserteure, die zur Roten Armee übergelaufen sind. Im Oktober 1941 appellieren erstmals 151 Kriegsgefangene an die Soldaten der Wehrmacht, ihre Waffen zu strecken. Im Sommer 1943 wird unter Beteiligung kommunistischer Emigranten auf Initiative der sowjetischen Führung das Nationalkomitee Freies Deutschland gegründet. Es soll zum Sturz des NS-Regimes aufrufen und wird zum Mittel der sowjetischen Politik, aber auch der Beeinflussung von Kriegsgefangenen. Als sich zeigt, daß die Rote Armee ohne Hilfe des Nationalkomitees Freies Deutschland die deutsche Front geradezu unaufhaltsam zurückdrängt, verliert das Nationalkomitee für die Sowjetunion endgültig seine Bedeutung und wird im Herbst 1945 aufgelöst.“

Das Programm des Nationalkomitees wird in der Ausstellung im Zusammenhang mit der Präsentation des Manifests vom 12./13.7.1943 beschrieben. Durch seine Propaganda rufe es dazu auf, Hitler zu stürzen, die Waffen zu strecken und den geordneten Rückmarsch zur Reichsgrenze anzutreten. Dabei versuche es, Regimegegner „ganz unterschiedlicher Richtungen, Traditionen und Schichten“ anzusprechen. Der Ausstellungstext verschweigt dabei nicht, daß die verschiedenen Versuche, aus den Gefangenenlagern heraus das Regime Hitlers zu bekämpfen, bei den Gefangenen umstritten gewesen sind: „Für manche bedeutet die Unterstützung der Rück-

zugs- und Umsturzforderungen ‚Verrat‘; andere empfinden sich als ‚eid- oder sogar als ‚führer-treu‘. Sie können sich nicht vorstellen, daß Stalin demokratische Verhältnisse in Deutschland hinnehmen würde.“

Auch die Vielfalt der Ziele des NKFD will die Ausstellung ansprechen, wenn es heißt: „Das Nationalkomitee soll zunächst vor allem Propaganda betreiben, um die Front zu ‚zersetzen‘. Flugblätter, ein Rundfunksender und die wöchentlich erscheinende Zeitung ‚Freies Deutschland‘ sollen über die Ziele des Nationalkomitees, aber auch über die Lage an der Front und in Deutschland berichten. ‚Frontbeauftragte‘ versuchen, über Lautsprecher ihre Kameraden aus der Wehrmacht zum Überlaufen zu bewegen. Im Sommer 1944 wird die ‚Zersetzung‘ der deutschen Front, die zunehmend weniger zu halten ist, zum vorrangigen Ziel. Einzelne Mitglieder kämpfen aktiv an der Seite der Roten Armee – sie wollen das Regime Hitlers mit allen Mitteln beseitigen. Als sie erleben, daß auch sowjetische Soldaten unbeteiligte deutsche Zivilisten ermorden, macht sich bei vielen Entsetzen breit. Sie fühlen sich nach diesen Übergriffen zum zweiten Male getäuscht und verraten.“

Unter einer Abbildung von Weinert, Pieck und Seydlitz ist – ein letztes Beispiel – folgender Text zu lesen: „Das Nationalkomitee soll ein breites Bündnis von Regimegegnern verkörpern. Dennoch ist der außergewöhnlich große Einfluß kommunistischer Emigranten unbestreitbar. Im Präsidium sollen verschiedene Gruppen, Dienstgrade und weltanschauliche Richtungen vertreten sein. Entscheidenden Einfluß auf die Aktivitäten des Nationalkomitees, das sich nach dem Zusammenschluß mit dem ‚Bund Deutscher Offiziere‘ im September 1943 auch als ‚Bewegung Freies Deutschland‘ bezeichnet, nehmen Mitglieder des Zentralkomitees der KPD, die im Moskauer Exil leben ... Ihnen gelingt es zunehmend, das Nationalkomitee zu einem Mittel sowjetischer Politik zu machen, mit dem die Kriegsgefangenen politisch beeinflusst werden sollen. Damit zerschlagen sich die Hoffnungen nichtkommunistischer Gefangener, aus Lagern einen politisch eigenständigen Kampf gegen das NS-Regime führen zu können, um den Krieg abzukürzen und den deutschen Nationalstaat zu retten.“

In ganz ähnlicher Weise wird in der Ausstellung auch die Geschichte des „Bundes Deutscher Offiziere“ dargestellt. Dabei heißt es in einem Einführungstext: „Bereits im Winter 1941/42 erkennen manche Offiziere, daß Hitler einen verantwortungslosen Krieg führt. Die Wehrmacht ist nicht auf den Winterkrieg vorbereitet. Der taktische Rückzug wird von Hitler strikt untersagt und als Befehlsverweigerung geahndet. Im Winter 1942/43 opfert Hitler bei Stalingrad seinem Durchhaltebefehl 22 Divisionen. Mehr als 100 000 deutsche Soldaten fallen, erfrieren oder verhungern vor der Kapitulation der 6. Armee Ende Januar 1943. 90 000 Mann werden gefangen genommen – nur 6 000 von ihnen überleben die Kriegsgefangenschaft. Die Katastrophe von Stalingrad erinnert einige der gefangenen Offiziere an ihre eigentliche militärische Verantwortung, das Leben von Soldaten nicht sinnlos zu opfern. Sie wenden sich von Hitler ab und entschließen sich nach dem Fehlschlag einer deutschen Gegenoffensive bei Kursk im Herbst 1943, das Regime Hitlers aus der Gefangenschaft zu bekämpfen. In Aufrufen entlarven sie die verbrecherische Kriegsführung Hitlers und betonen, daß durch seine Haltung das Reich vernichtet und der deutsche Name geschändet werde.“

Die eigentliche Gründungsgeschichte des BDO hingegen wird mit folgenden Worten beschrieben: „Die sowjetische Führung um die kommunistischen Emigranten um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht erkennen im Sommer 1943, daß die Propaganda des Nationalkomitees Freies Deutschland ohne Unterstützung gefangener deutscher Generale wirkungslos bleiben muß. Unter dem Eindruck der verantwortungslosen Kriegsführung Hitlers, der immer wieder Truppen mit seinen Durchhaltebefehlen in Gefangenschaft und Tod schickt, erkennen einige gefangene hohe Offiziere, daß der Krieg verloren ist. Sie stehen unter dem Eindruck des ihnen von sowjetischen Gesprächspartnern gegebenen Versprechens, den Bestand des Deutschen Reiches zu garantieren, wenn sich die Wehrmachtsführung von Hitler abwendet, sein Regime beseitigt und den

Befehl zum geordneten Rückzug auf die Reichsgrenzen gibt. Deshalb gehen sie auf die Forderungen der sowjetischen Seite ein.“

In der Bewertung des BDO versucht der Ausstellungstext immer wieder, auf die unterschiedlichen Ziele hinzuweisen, die vor allem aus der engen Verbindung mit dem Nationalkomitee abgeleitet werden. Deshalb legt die Ausstellung besonderes Gewicht auf die differenzierte Darstellung der Bundesziele. „Das Programm des Bundes Deutscher Offiziere soll die Unterstützung der Gefangenen finden, die sich von der Agitation des Nationalkomitees Freies Deutschland abgestoßen fühlen und die kommunistische Einflußnahme auf Versuche ablehnen, Hitler aus den Gefangenenlagern zu bekämpfen. Obwohl der Bund Deutscher Offiziere bereits am Tage nach seiner Gründung mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland verschmolzen wird, erreichen die nationalkonservativ geprägten Argumente dieser Offiziersgruppe eine wachsende Zahl gefangener Offiziere.“ Die in den Gefangenenlagern vielfach heftig diskutierte und umstrittene Bundesgründung wird dabei mit den folgenden Sätzen angesprochen: „Dennoch bleibt die Entscheidung der Generale in den Offizierslagern heftig umstritten. Die Gegensätze zwischen Anhängern und Gegnern des Bundes Deutscher Offiziere werden derart heftig, daß es zu Übergriffen kommt.“

Entscheidende Bedeutung kam bei den Kontroversen über die Darstellung des NKFD und BDO im Zusammenhang mit der Widerstandsausstellung der Frage zu, ob eine Präsentation unterschiedliche Gruppen und Ziele des Gesamtwiderstandes „gleichstellen“ könne. Dieses in zahlreichen Einwendungen vorgebrachte Argument bediente sich des Anspruchs, den „ehrwürdigen Widerstand“ der Attentäter des 20. Juli 1944 gegen den angeblich minderwertigen oder gar moralisch verwerflichen der führenden NKFD-Mitglieder verteidigen zu müssen. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß der Darstellung der Bundesziele besondere Bedeutung zukommen mußte. Dabei war beabsichtigt, die Programmatik von NKFD und BDO authentisch zu präsentieren. Bewertet wird zunächst lediglich die Wirkungsgeschichte, wenn es heißt: „Das Ziel des Offiziersbundes, die Generalität der Wehrmacht zu beeinflussen, wird nicht erreicht – so scheitern NKFD und BDO politisch und militärtaktisch. Damit sinkt seine Bedeutung für die sowjetische Politik. Seit 1944 werden die Generale aus den einflußreicheren politischen Positionen im Nationalkomitee und in der Propagandaarbeit verdrängt. Manche erkennen, daß sie für die sowjetischen Kriegsziele mißbraucht worden sind.“

Im Zusammenhang mit der Ausstellung der „25 Artikel zur Beendigung des Krieges“ im Flugblatt „an Volk und Wehrmacht“ vom März 1944 heißt es weiterhin: „Nachdem offenbar geworden ist, daß die Führung des Bundes Deutscher Offiziere das Ziel verfehlt, Einheiten der deutschen Wehrmacht zum geordneten Rückzug zu bewegen, rückt das Ziel in den Vordergrund, die Angehörigen der kämpfenden deutschen Einheiten aufzufordern, ihre Waffen zu strecken und den Weg in die Gefangenschaft dem Tod vorzuziehen. Im Frühjahr 1944 veröffentlicht das Nationalkomitee, das seit dieser Zeit zunehmend den Einfluß des nationalkonservativen Offiziersbundes um Seydlitz zurückdrängt, ein Programm zur raschen Beendigung des Krieges. Noch immer versuchen die kommunistischen Präsidiumsmitglieder, den nationalen Gefühlen vieler Offiziere entgegenzukommen. Auch die 25 Artikel weisen zahlreiche Übereinstimmungen mit den Zielen der Widerstandskämpfer im Reich und mit den Zielen der Emigranten auf, die auf das Ende des Dritten Reiches warten und sich öffentlich gegen Hitlers Deutschland erklären.“

Mit dieser Formulierung soll auf die Aufmerksamkeit verwiesen werden, die in Widerstandskreisen und in der Emigration, unbeschadet einer je differenzierten politischen Sympathie oder Antipathie gegenüber dem NKFD, den Manifestationen des Kampfes gegen den Nationalsozialismus aus den sowjetischen Gefangenenlagern entgegengebracht wurde. Vielfach wurde in den Kreisen, die gegen die Darstellung des NKFD im Rahmen der Ausstellung protestieren, behauptet, das NKFD sei – etwa von Stauffenberg – als „landesverräterische“ Bewegung abgelehnt worden, um so eine angebliche Feststellung autoritativ gegen die Auswahl von Ausstellungsobjekten zu nützen. Diese Ansicht stützt sich vor allem auf eine wesentlich spätere Aussage von Stauffenbergs

Frau Nina gegenüber Peter Hoffmann, die wahrscheinlich unter dem Eindruck der – Ende der sechziger Jahre erschienenen – Stauffenberg-Biographie von Kurt Finker formuliert wurde. Die Ausstellungskommentierung stellt deshalb fest: „Widerstandskämpfer wie Adam von Trott und der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau Werner Graf von der Schulenburg versuchen, aus den Proklamationen des Nationalkomitees die Grundlagen der sowjetischen Deutschlandpolitik zu erkennen. Trott will unter Hinweis auf diese Propaganda die Amerikaner und Briten bewegen, sich in ähnlicher Weise wie die Sowjets auf ihre Kriegsziele festzulegen und so die alliierte Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation korrigieren. Schulenburg hat sich bei Diskussionen der Widerstandskämpfer über die außenpolitische Orientierung des Reiches stets dafür ausgesprochen, auch nach einer Verständigungsmöglichkeit mit der Sowjetunion zu suchen. Stalin selbst hat der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland und dem Bund Deutscher Offiziere vermutlich aber nur zugestimmt, um die westlichen Alliierten durch die Drohung, mit Deutschland einen Waffenstillstand zu schließen, unter Druck zu setzen und zu veranlassen, seinen territorialen Forderungen zuzustimmen. Er hat dieses Ziel erreicht, als die Westalliierten ihm 1943 in Teheran ganz Osteuropa als künftigen sowjetischen Einflußbereich zugestehen und sich verpflichten, 1944 in Europa eine zweite Front zu errichten.“

Weil in der Forschung heute unbestritten ist, daß die politische Bedeutung des NKFD nicht allein durch mögliche Überlegungen Stalins charakterisiert werden kann, kam es darauf an, die Breite von Aktionen der NKFD- und BDO-Mitglieder anzudeuten. Ein Foto von einem Flugzeug, in das Flugblätter verladen werden, wird deshalb unter anderem wie folgt kommentiert: „Im Laufe des Jahres 1944 nimmt die Propagandatätigkeit des Nationalkomitees Freies Deutschland zu. Immer wieder werden eingeschlossene deutsche Verbände durch Flugblätter, Rundfunksendungen und Aufrufe von Frontbeauftragten aufgefordert, sich zu ergeben und so der Gefahr zu entgehen, bei den Kämpfen zu fallen oder vor Entkräftung zu erfrieren.“

Unbestritten ist heute, daß diese Aktivitäten nicht nur aus der Moskauer Zentrale erfolgten, sondern nicht selten in der Hand von dezentral operierenden Frontbeauftragten oder sogar hinter den deutschen Linien operierenden Gruppen ehemaliger deutscher Soldaten oder Emigranten lagen, die als NKFD-Mitglieder teilweise Verbindung mit Partisanengruppen suchten, nicht selten aber auch unabhängig von ihnen im deutschen Hinterland operierten oder sich sogar völlig in Einheiten der deutschen Wehrmacht einfügten, bis sie entdeckt wurden oder sich von der rückweichenden Front überrollen lassen konnten. Leider sind die Schicksale von Regimegegnern, die sich nach ihrer Gefangennahme durch sowjetische Truppen bereiterklärten, hinter den deutschen Linien die Arbeit des NKFD fortzusetzen, ausstellungs-dokumentarisch nur äußerst schwer eindringlich zu präsentieren. Das jüngst von C. D. Krohn dargestellte Beispiel des Hamburgers A. ist hervorragend geeignet zu belegen, welches hohe persönliche Risiko manche Mitglieder des NKFD einzugehen bereit waren. Auf eindrucksvollere Weise läßt sich der immer wieder gegenüber NKFD-Mitgliedern erhobene Vorwurf der opportunistischen Vorteilshascherei („Kaschisten“) und der egoistischen Risikofurcht nicht widerlegen. Auch die Behandlung der Angehörigen einiger NKFD-Mitglieder, die nach dem Anschlag vom 20. Juli 1944 ebenso bedrängt und verfolgt wurden wie die Angehörigen der Attentäter vom 20. Juli, gibt Hinweise auf die Risiken, die das im Moskauer Rundfunk oder in Gefangenenzeitschriften öffentlich dokumentierte Engagement im NKFD bedeuten konnte, ganz abgesehen davon, daß immer umstritten war, ob und unter welchen Bedingungen die persönliche „Kapitulation“ der geschmähten „Kaschisten“ erfolgte und welche Konsequenzen sie für die – in nationalsozialistischer Terminologie – „Verräter“ haben mußte.

Entscheidend für eine Auseinandersetzung mit dem Nationalkomitee sind heute so neben den lebensgeschichtlichen Umständen einzelner Mitglieder die Diskussionen über mögliche politische Ziele und Handlungsspielräume, die objektiv gegeben waren oder subjektiv von Gefangenen empfunden wurden. Weiterhin muß die Reaktion der Nationalsozialisten auf die Komiteegründung von zentraler Bedeutung für eine historisch-politische Urteilsbildung sein.

Die aufgeführten Texte sind zweifellos, wie alle auf Konzentration und Verdichtung zielenden Ausstellungstexte, diskutierbar, denn manches Ergebnis differenzierter zeitgeschichtlicher Forschung läßt sich auf dem in einer Ausstellung zur Verfügung stehenden Raum nicht breiter darstellen; aber sie sind sachlich angemessen. Entscheidend für die Grundlinie des Ausstellungstextes war so eine Mischung aus Deskription und Wertung, Entschiedenheit und Offenheit – die Texte sollen vor allem nicht den Blick des Betrachters durch eindeutige Wertungen verstellen, sondern eine eigenständige Beschäftigung mit der Sache und eine daraus folgende Urteilsbildung ermöglichen. Insofern hat eine Kommentierung der Objekte pluralistisch unterschiedliche Perspektiven anzudeuten.

### III.

Unbestreitbar können sich angesichts des inhaltlichen Problems eine Fülle von Fragen ergeben. Sie zielen auf den Widerstandsbegriff ebenso wie auf die Bewertung des Verhaltens einzelner, auf die Erfassung der sozialen Situation im Gefangenenlager oder die Bewertung der politischen Handlungsspielräume der einzelnen Gefangenen, seine Funktionen und Absichten. In einer Ausstellung lassen sich zu den erwähnten Fragen keine eindeutigen Antworten geben, sondern es können nur Materialien ausgebreitet oder Interpretationen angedeutet werden, welche weiterführende Überlegungen anstoßen sollen. Hilfreich wird dabei die Beschäftigung mit einzelnen Schicksalen sein. Die Ausstellung präsentiert deshalb im Zusammenhang mit dem NKFD als Beispiele Heinrich Graf von Einsiedel, Pfarrer Josef Kayser, Hauptmann Ernst Hadermann und General Walther von Seydlitz-Kurzbach. Über Einsiedel, der in der Nachkriegszeit in besonderer Weise vielfältiger Kritik und persönlichen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, heißt es dabei: „Durch Verhöre und Gespräche mit sowjetischen Offizieren, aber auch durch seine Erfahrungen mit Hitlers Kriegsführung wendet sich Einsiedel von dem Regime ab, dessen verbrecherischen Charakter er zunehmend erkennt. Bald beginnt er, unter den Gefangenen dafür zu werben, sich offen gegen Hitler zu erklären. Dem Nationalkomitee Freies Deutschland gehört Leutnant Einsiedel als Vizepräsident an. Bereits vor 1945 erkennt er wie andere Mitglieder des Nationalkomitees – unter ihnen Jesco von Puttkammer und Hellmuth Gerlach –, daß sich die mit der Gründung des Nationalkomitees verknüpften politischen Ziele nicht erreichen lassen. Seit 1950 lebt er in der Bundesrepublik.“ Inzwischen wird von Kritikern auch darauf hingewiesen, die Gedenkstätte stelle mit von Einsiedel einen PDS-Spitzenkandidaten aus. Dem ist entgegenzuhalten, daß auch der Präsidentschaftskandidat der Republikaner Hirzel in der Ausstellung einen Platz hat.

Die aufgeführten Textbeispiele haben vermutlich deutlich gemacht, daß sich die Ausstellung darum bemüht, den zeitgeschichtlichen Zusammenhang eines Kampfes gegen das NS-Regime ebenso wie den politischen und sozialgeschichtlichen Kontext der Kriegsgefangenschaft zu beachten, plakative Wertungen zu vermeiden und nicht zuletzt auch die Entscheidung für die Mitarbeit im Nationalkomitee aus den massiven Verurteilungen und vor allem durch den Kalten Krieg geprägten Vorurteilen mancher Zeitgenossen zu befreien.

Um zu verdeutlichen, daß die Nationalsozialisten die Mitglieder des NKFD und BDO sowie deren Angehörige massiv bedrohten, wird deshalb der Blick auf die deutsche Gegenpropaganda gelegt. Zum Flugblatt des Oberkommandos des Heeres gegen das NKFD, welches im Herbst 1944 verbreitet wurde und von Generaloberst Guderian unterzeichnet worden ist, heißt es in der Ausstellung: „Nach dem 20. Juli 1944 gehört Guderian als Chef des Generalstabes des Heeres dem ‚Ehrenhof‘ von Offizieren an, die Hitler treu ergeben sind. Dieser ‚Ehrenhof‘ stößt die Widerstandskämpfer des 20. Juli aus der Wehrmacht aus, damit sie vom Volksgerichtshof verurteilt werden können. Sein Flugblatt wendet sich gegen Versuche des Nationalkomitees, Soldaten zum Überlaufen zu bewegen. Für die Nationalsozialisten sind alle Mitglieder des NKFD der ‚bolschewistischen Agitation‘ erlegen – sie gelten als Landesverräter und ‚willenlose Werkzeuge in der

Hand Stalins‘. Wider besseres Wissen behauptet Guderian auch, daß der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 mit dem Nationalkomitee abgestimmt worden sei.“

In der Ausstellungseinheit über den Bund Deutscher Offiziere heißt es in ähnlichem Zusammenhang: „Hitler nimmt die Aufrufe der Mitglieder des Bundes Deutscher Offiziere, dem sich nach jeder deutschen Niederlage weitere Offiziere anschließen, so ernst, daß er die Feldmarschälle zu einem Treuegelöbnis zwingt. Dabei erklären sie, Seydlitz habe das Recht verwirkt, ‚den Offiziersrock zu tragen‘. Er ‚habe die geheiligte Tradition des deutschen Heldentums mit Füßen getreten‘ und ‚das Andenken an die Gefallenen dieses Krieges besudelt‘. Monate vor dem Ende des Krieges bekennen sie sich zum Nationalsozialismus und zu ihrer ‚unwandelbaren Treue‘ gegenüber Hitler.“

Diese Formulierungen lassen zwar nicht die komplizierte Reaktion der NS-Führung auf die Gründung des Komitees deutlich werden, die Eva Bliembach im Zusammenhang mit der Ausstellung von Flugblättern des NKFD in der Bibliothek der Stiftung Preußischer Kulturbesitz herausgearbeitet hat; ihre Absicht bestand darin, die nationalsozialistischen Argumente und Diffamierungen anzuführen, weil sie manche der bis in die Gegenwart verbreiteten Kategorien und Maßstäbe der Urteilsbildung spiegeln.

Das ausgestellte Flugblatt Guderians macht viele Vorurteile und Diffamierungen sichtbar, die bis in unsere Gegenwart das Bild des Nationalkomitees in einer Teilöffentlichkeit, die vor allem durch Angehörige der „Kriegsgeneration“ und der Soldatenverbände repräsentiert wird, bestimmen kann. Dabei ist bemerkenswert, daß die Kritiker der bloßen Erwähnung des NKFD in der Ausstellung vor allem einen scharfen Trennungsstrich zwischen dem Widerstand des 20. Juli 1944 und dem NKFD zu ziehen suchen. Damit sprechen sie einen Zusammenhang an, der erstmals vor allem von den Nationalsozialisten akzentuiert wurde. Um Versuche führender Nationalsozialisten zu illustrieren, die Aktivitäten des NKFD und den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 im Zusammenhang zu deuten, wird in der Ausstellung ein „Ermittlungsbericht“ der Sonderkommission des Reichssicherheitshauptamtes vom 29. II. 1944 präsentiert und wie folgt kommentiert: „Nach dem 20. Juli 1944 versucht die Gestapo, mögliche Beziehungen zwischen dem Nationalkomitee Freies Deutschland und dem Bund Deutscher Offiziere auf der einen, den Berliner Widerstandskämpfern um Stauffenberg auf der anderen Seite aufzuklären. Dabei stellte sich heraus, daß es keine Verbindungen zwischen den Offizieren gibt, die Hitler aus den Gefangenenlagern bekämpfen wollen, und denen, die im Reich das Risiko des Widerstands auf sich nehmen. Umso überraschender ist die inhaltliche Übereinstimmung ihrer Ziele.“

Die hier angedeuteten Versuche der nationalsozialistischen Führung, die Mitglieder des NKFD zu belasten, sind weitaus komplizierter und gehörten in den Zusammenhang von Maßnahmen, die sich im Dritten Reich gegen jede Oppositionsströmung richteten. Ein erster Höhepunkt der Diffamierung und Verfolgung von NKFD-Mitgliedern war die in Abwesenheit erfolgte Verurteilung des Generals Seydlitz zum Tode, ein weiterer Versuch, militärische Niederlagen der Wehrmacht im Osten, vor allem den Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944, als Folge eines systematischen Verrats zu erklären. Viele der nationalsozialistischen Argumente, Verunglimpfungen und Erklärungen finden sich bis heute in den öffentlichen Debatten über das NKFD, wie ein nur oberflächlicher Blick in einschlägige Leserbriefspalten und Diskussionen insbesondere der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zeigt.

Die darin sichtbar gewordene Enge manchen Urteils über die am NKFD und BDO beteiligten Personen will die Ausstellung durch die Darstellung einzelner Lebensgeschichten problematisieren. So wird Hadermann wie folgt charakterisiert: „Ernst Hadermann wird wenige Wochen nach dem Überfall auf die Sowjetunion schwerverletzt gefangengenommen. Nach dem Ersten Weltkrieg hat er Philologie und Geschichte studiert und ist 1930 Studienrat geworden. 1939 meldet er sich freiwillig zur Wehrmacht und nimmt am Krieg gegen Polen und Frankreich teil. Im Offiziersgefangenenlager Jelabuga setzt er sich erstmals intensiv mit dem NS-Staat auseinander und

wendet sich 1942 mit einem hunderttausendfach verteilten ‚Manneswort eines deutschen Hauptmanns‘ an die deutschen Truppen. Darin beschreibt er den nationalsozialistischen Staat als ein verbrecherisches Regime, das durch den Krieg die Substanz der deutschen Nationalkultur vernichten wird. Im Sommer 1943 schließt er sich dem Nationalkomitee Freies Deutschland an und soll vor allem die Angehörigen des Bürgertums ansprechen.“

Auf Seiten des Bundes Deutscher Offiziere wird in ähnlicher Weise General Walther von Seydlitz geschildert. Hier heißt es: „An der Spitze des Bundes Deutscher Offiziere steht General von Seydlitz, der bis zu seiner Gefangennahme im Januar 1943 als besonders fähiger General gilt. Seydlitz erkennt bereits im Spätherbst 1942, daß Stalingrad von den deutschen Truppen nicht zu halten ist. Er fordert General Friedrich Paulus, den Befehlshaber der 6. Armee, deshalb im November 1942 auf, sich Hitler zu widersetzen. Die Niederlage in Stalingrad bedeutet für ihn nicht nur die Wende des Krieges, sondern beweist die Verantwortungslosigkeit und Unfähigkeit der deutschen Führung. Seydlitz fühlt sich nicht mehr an einen Eid auf Hitler gebunden. Sein Aufruf, den ‚Führer‘ zu stürzen und den Krieg zu beenden, gilt im Reich als ‚ehrloser Verrat‘. Seydlitz wird in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Seine Angehörigen werden Opfer der Sippenhaft. Seit 1944 spürt Seydlitz, daß er von der sowjetischen Führung mißbraucht worden ist. Er wird 1950 in der Sowjetunion als Kriegsverbrecher verurteilt und erst 1955 entlassen. Seydlitz stirbt 1976 in Bremen.“

Hadermann, Seydlitz und auch Einsiedel gelten in den öffentlichen Kontroversen über das NKFD als Repräsentanten der Gefangenen, die sich der Desertion, des Verrat und nicht zuletzt des Opportunismus schuldig gemacht haben. Jeder ist auf seine Weise in der Nachkriegszeit zum Opfer heftiger Angriffe und Verunglimpfungen geworden, vielleicht auch, weil sie insgesamt ausnahmslos besonders nachdenkliche, zum Einstellungswandel fähige Persönlichkeiten waren, die ihre Beweggründe plausibel zu machen wußten und damit alle Kontrahenten herausforderten, die auf ihr bisheriges Verhalten fixiert blieben. Ganz anders gelagert ist das Urteil über die Christen im Nationalkomitee, als deren Vertreter in der Ausstellung der weitgehend unbekannt gebliebene Pfarrer Kayser gilt. Die Ausstellung stellt allgemein die Gruppe der Theologen im NKFD mit folgenden Worten vor: „Zu den entschiedenen Befürwortern der Versuche, den Nationalsozialismus aus den Kriegsgefangenenlagern zu bekämpfen, gehören etwa 100 Wehrmachtspfarrer beider Konfessionen, Ordensangehörige und Theologiestudenten. Sie rechtfertigen ihre Haltung vor allem durch die Unterdrückung ihrer Kirchen im Reich und durch die Haltung von Bischöfen, die dort vereinzelt gegen die Ermordung Geisteskranker protestieren. Einzelne Pfarrer bekennen sich offen zu den Zielen des Nationalkomitees, andere sind zurückhaltender. Sie erklären sich nur zur Mitarbeit in einem Arbeitskreis bereit, der im Sommer 1944 im Offizierslager Lunjowo gegründet wird. (...) Die Geistlichen wenden sich mit Flugblättern, Rundfunkvorträgen und Predigten an die Soldaten an der Front und an die Christen im Reich.“

Als Vertreter dieser Theologengruppe wird der katholische Geistliche Josef Kayser, der bis vor kurzer Zeit in der Nähe von Bonn lebte, vorgestellt. Über ihn ist in der Ausstellung zu lesen: „Josef Kayser nimmt am Krieg gegen die Sowjetunion als Wehrmachtspfarrer teil und wird bei Stalingrad gefangengenommen. Er schließt sich im Sommer 1943 dem Nationalkomitee Freies Deutschland an, weil er als Geistlicher auch gegen die Unterdrückung der Kirchen im Dritten Reich ein Zeichen setzen will. Unter seinen Kameraden genießt er hohes Ansehen, weil er immer wieder Verwundete aus den vordersten Kampflinien gerettet hat. Kayser gehört dem Nationalkomitee an, weil er hofft, den Einfluß der Kommunisten begrenzen zu können. Nach 1945 arbeitet er als Geistlicher in einem Krankenhaus im Sauerland.“

Von besonderer Bedeutung für die Kritiker der Ausstellungspläne war die Einschätzung des Nationalkomitees durch die Widerstandskämpfer um Stauffenberg, Beck und Goerdeler. Obwohl die zeitgeschichtliche Forschung inzwischen deutlich herausgearbeitet hat, daß keiner der Berliner Widerstandskämpfer die Bestrebungen von Seydlitz moralisch verurteilt hat (sieht man

einmal von dem bereits erwähnten, viel später und durch Nachfrage entstandenen, quellenmäßig außerordentlich problematischen Diktum von Stauffenbergs Frau ab), wird doch regelmäßig in mancher gegen die Ausstellung gerichteten Diskussion ein scharfer Gegensatz zwischen den Regimegegnern in Berlin und dem NKFD konstruiert, um daraus die Legitimation abzuleiten, die NKFD- und BDO-Bestrebungen nicht nur zu kritisieren, sondern aus der Ausstellung zu verbannen. Deshalb sei abschließend noch jener Ausstellungstext zitiert, der sich diesem Problem zuwendet: „Nach den Aussagen einzelner Widerstandskämpfer vor der Gestapo lehnt nicht nur Stauffenberg ‚Proklamationen hinter Stacheldraht‘ ab, sondern kritisieren auch Mertz von Quirnheim ebenso wie Beck und Goerdeler Versuche, aus den sowjetischen Gefangenenerlagern heraus die deutschen Interessen zu vertreten.“

## IV.

Die Auseinandersetzung über die Darstellung des Nationalkomitees in der Berliner Widerstandsausstellung zeigt in exemplarischer Weise, in welchem geringem Maße der Kampf gegen den Nationalsozialismus selbst von denen anerkannt wird, die in der Regel historisch argumentieren. Die zunehmend in den Mittelpunkt gerückten Auseinandersetzungen über Widerstandsdefinitionen entspringen dabei weniger der Bemühung um eine angemessene historische Begrifflichkeit als vielmehr dem Wunsch, durch die Verengung von angeblich wissenschaftlichen Definitionen Widerstandsbereiche aus dem Gesamtspektrum der Gegnerschaft zu verdrängen und auf diese Weise auch aus der Berliner Ausstellung auszugrenzen. Am Ende soll nicht die Beschäftigung mit allen Bereichen des Widerstands stehen, sondern die Auslöschung einzelner Gruppen aus der Geschichte antinationalistischer Gesamtgegnerschaft durch Nichterwähnung. Die Angriffe auf die Berliner Ausstellung zeichneten sich durch Unbedingtheit und Unbelehrbarkeit, durch nationalistisches Eiferertum und nicht selten blanken Antikommunismus aus, der geradezu zwangsläufig die entscheidende Reduzierung historisch-politischer und sozialer Wirklichkeit bewirken muß und so einen differenzierten Forschungsstand verfehlen hilft. Sie sind, so gesehen, auch ein geschichtspolitisches Symptom. Die fachwissenschaftliche Diskussion über das NKFD und der Kampf gegen den Nationalsozialismus von außen wird jedoch, so bleibt zu hoffen, durch die aktuellen Auseinandersetzungen erneut angestoßen. Sie könnte entscheidend durch neu verfügbare zeitgeschichtliche Quellen auf sichere Grundlagen gestellt werden, allerdings ist eine entsprechende Anregung, ein Forschungsprojekt zu initiieren, bisher von den angesprochenen staatlichen Stellen nicht positiv entschieden worden.

Allgemein betrachtet, scheint die Polemik symptomatisch für den gegenwärtigen Umgang mit Geschichte zu sein. Tabuisierung zeitgeschichtlicher Bereiche aus angeblich politisch-moralischen Gründen und Bewertungsmaßstäben kann die ganze Wirklichkeit vielfältiger Vergangenheit nicht erfassen helfen, sondern muß sie nahezu unvermeidlich reduzieren. Dennoch spiegelt sich in der Debatte auch eine wissenschafts-ethische Dimension: Der Zugang zur Geschichte darf nicht von fragwürdigen Moralvorstellungen, die nicht selten auf Erklärung des eigenen Fehlverhaltens vor 1945 und in der Zeit des Kalten Krieges zielen, abhängig gemacht werden.